

Ausgabe 01|26

EINSICHTEN + PERSPEKTIVEN

Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte



Bayerische Landeszentrale
für politische Bildungsarbeit



[IM FOKUS]

Die Wehrpflicht hat nicht ausgedient

[IM FOKUS]

Der Schutz vor Gewalt als grundlegendes Gut

[ESSAY]

Wie politisch ist der Glaube?

Geschätzte Leserin, geschätzter Leser,

die US-amerikanische Nationalfigur „Uncle Sam“ ist aller Wahrscheinlichkeit nach im frühen 19. Jahrhundert nach dem Vorbild eines Metzgers entstanden, der die Army mit Fleischwaren belieferte. Sie steht häufig konkret im Kontext der Anwerbung von Soldaten in den USA und scheint im übertragenen Sinn als globale Symbolfigur die Frage an Betrachtende zu richten: Wie bringst Du Dich für Dein Land ein?

Nach langen Perioden eines sehr hohen Wohlstandslevels in Friedenszeiten, die viel Raum für individuelle Lebensgestaltungen ließen, kommen durch die Rückkehr von bedrohlichen Kriegsszenarien und damit verbundenen weiterreichenden Herausforderungen wieder Grundsatzfragen zurück, die längst ad acta gelegt schienen. Wie muss sich Europa, wie die Bundesrepublik auf mögliche Krisen- und Kriegsszenarien einstellen? Welchen Beitrag hat der/die Einzelne dabei zu leisten?

So ist auch die Frage nach Wehrdienst und Wehrpflicht mit neuer Dringlichkeit in den politischen und gesellschaftlichen Diskurs zurückgekehrt. Dabei geht es nicht allein um militärische Notwendigkeiten, sondern ebenso um Grundfragen von Freiheit, Verantwortung und gesellschaftlichem Zusammenhalt.

Der Schwerpunkt dieser Ausgabe widmet sich diesem Themenfeld aus unterschiedlichen Perspektiven. Jörg Echternkamp eröffnet mit einem Leitartikel, der die Entwicklung der Wehrpflicht historisch nachzeichnet und die gegenwärtigen Diskussionen um ihre mögliche Wiedereinsetzung sowie um neue Modelle des Wehrdienstes einordnet. Gregor Köstler richtet den Blick sowohl auf Formen der Werbung für Wehrdienst und Wehrpflicht als auch auf die Geschichte und Gegenwart der Wehrdienstverweigerung. In einem weiteren Beitrag beleuchtet er zudem, wie vielfältig Engagement für Deutschland gedacht und praktiziert werden kann – sei es in militärischer oder in ziviler Form. Hendrik Meyer-Magister widmet sich der Position der Evangelischen Kirche in Deutschland und zeichnet nach, wie sich deren Haltung zur Wehrpflicht und zum Wehrdienst verändert hat.

Über den Schwerpunkt hinaus eröffnet Udo Hahn in seinem Essay eine grundsätzliche Perspektive auf das Verhältnis zwischen Glaube und Politik.

Im letzten Beitrag unserer Reihe zu weiblichen Persönlichkeiten in der bayerischen Politik widmet sich Daniela Neri-Ultsch der Grünen-Politikerin Margarete Bause und deren politischen Wirken.

Abschließend analysiert Simon Bein die Ergebnisse der Kommunalwahlen in Bayern. Er ordnet die Verschiebungen in den kommunalen Kräfteverhältnissen ein, arbeitet zentrale Trends heraus und zeigt, welche politischen Dynamiken sich daraus für die kommenden Jahre ableiten lassen.

Wir wünschen Ihnen eine angenehme und im besten Fall unterhaltende Lektüre.

Die Redaktion

Autorinnen und Autoren

Univ.-Prof. Dr. Simon Bein vertritt aktuell den Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft (Schwerpunkt Europa) am Institut für Politikwissenschaft der Universität Regensburg.

Prof. Dr. Jörg Echternkamp ist Leitender Wissenschaftlicher Direktor am ZMSBw in Potsdam und lehrt Neuere und Neueste Geschichte an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Udo Hahn ist Pfarrer und Publizist und seit 2011 Direktor der Evangelischen Akademie in Tutzing.

Gregor Köstler arbeitet als Referent an der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit.

Dr. Hendrik Meyer-Magister ist Rektor des Theologischen Studienseminars der VELKD in Pullach.

Prof. Dr. Daniela Neri-Ultsch ist Hochschullehrerin für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Regensburg.

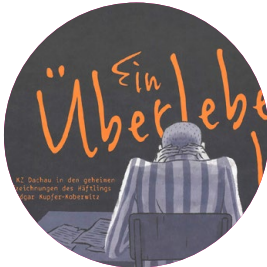


INFO

Leserbriefe richten Sie bitte an folgende E-Mail-Adresse: landeszentrale@blz.bayern.de
Stichwort: Einsichten und Perspektiven.

Hier können Sie auch ein kostenloses Abonnement der Zeitschrift beziehen.

INHALTSVERZEICHNIS



IM FOKUS

Die Wehrpflicht hat nicht ausgedient <i>von Jörg Echternkamp</i>	4
Wehrdienst und Gewissen <i>von Gregor Köstler</i>	16
Dienst fürs Land! Dienst für die Demokratie? Wehrdienst, zivilgesellschaftliches Engagement und Bevölkerungsschutz im Überblick <i>von Gregor Köstler</i>	18
Der Schutz vor Gewalt als grundlegendes Gut <i>von Hendrik Meyer-Magister</i>	24

COMIC

Die stärkste Armee Europas	33
-----------------------------------	----

MUSIK UND POLITIK

Der Sound der Zeit	34
---------------------------	----

ESSAY

Wie politisch ist der Glaube? <i>von Udo Hahn</i>	36
---	----

AKTUELL

Verfassungskonvent und Grundgesetz erkunden im Verfassungsmuseum Herrenchiemsee	45
--	----

SERIE

Wegbereiterinnen und Vorbilder – Spitzenpolitikerinnen im Bayerischen Margarete Bause <i>von Daniela Neri-Ultsch</i>	46
---	----

GRAPHIC NOVEL

„Ein Überleben lang“ - Die Geschichte des Edgar Kupfer-Koberwitz als Graphic Novel	56
--	----

KOMMUNALWAHLEN 2026

Zur Einordnung und Analyse der Kommunalwahlen in Bayern am 8. März 2026 <i>von Simon Bein</i>	58
---	----

DAS POLITISCHE BILD

15. März 2011 - ein Tag, der die globale Politik veränderte?	67
---	----

DIE WEHRPFLICHT HAT NICHT AUSGEDIENT

von Jörg Echternkamp



Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesverteidigungsminister Karl Theodor zu Guttenberg in der ersten Debatte zur Aussetzung der Wehrpflicht, 24. Februar 2011

Bild: Picture Alliance/ Fotograf: Wolfgang Kumm

Trotz längerer Diskussion ging es zum Schluss ganz schnell: Am 24. März 2011 beschloss der Deutsche Bundestag, die Wehrpflicht ruhen zu lassen. Wozu noch eine allgemeine Wehrpflicht, wenn der Kalte Krieg doch längst vorbei war? Diese Frage hatte Widerspruch provoziert: Musste die Wehrpflicht nicht unbedingt beibehalten werden, damit zwischen Militär und Gesellschaft keine Kluft aufriss? Schnöde Haushaltszwänge schienen schließlich eine Debatte entschieden zu haben, die streckenweise emotional geführt worden war. Der Kampf gegen die Schuldenkrise mit milliardenschweren Hilfspaketen der EU sorgte damals für unruhige Zeiten ebenso wie die Nuklearkatastrophe von Fukushima und der stufenweise Atomausstieg sowie der islamistisch motivierte Terrorismus, der mit einem Anschlag am Frankfurter Flughafen erstmals Deutschland erreichte. Die Initiativen Karl-Theodor zu Guttenbergs, des Verteidigungsministers im Kabinett der schwarz-gelben Koalition aus CDU, CSU und FDP unter Bundeskanzlerin Angela Merkel, spiegelten den Trend zur Freiwilligenarmee in den Mitgliedstaaten von NATO und EU wider. Auch wenn die Wehrpflicht nur „ausgesetzt“ und nicht abgeschafft wurde: Zum 1. Juli 2011 entfiel für alle männlichen deutschen Staatsbürger ab 18 Jahren die Pflicht, in den Streitkräften Wehrdienst zu leisten. Auch der Zivildienst als Ersatzdienst wurde erst einmal auf Eis gelegt.

Dabei hatte die allgemeine Wehrpflicht ein halbes Jahrhundert lang als Kern des Modells Bundeswehr gegolten.¹ Die Ausbildung immer neuer Rekruten legitimierte die westdeutschen Streitkräfte als Armee in einer Demokratie. Manch einer sah in der

1 Wilfried von Bredow: Militär und Demokratie in Deutschland: Eine Einführung, Wiesbaden 2007.



Wehrpflicht geradezu ein Basiselement der deutschen Demokratie und ein Bollwerk gegen ein möglicherweise problematisches Eigenleben der Streitkräfte. Um zu verhindern, dass die Armee wieder einen Staat im Staate bilden könne – so lautete eine bekannte Formel, die auf Zustände in der Weimarer Republik anspielte –, müsse man Militär und Gesellschaft eng miteinander verzahnen. Dahinter stand die besondere historische Erfahrung der Deutschen von zwei Weltkriegen, NS-Diktatur und Genozid an Juden wie Sinti und Roma in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Vor diesem Hintergrund galt die allgemeine Wehrpflicht seit Gründung der Bundeswehr 1955 als Königsweg zur gesellschaftlichen Integration der Streitkräfte. Die Wehrpflicht lässt sich daher auch als Teil der politischen Kultur der alten Bundesrepublik verstehen, in dem sich zugleich die Einstellung der Westdeutschen gegenüber dem politischen System widerspiegelte.² Die Wehrpflicht

abzuschaffen schien tabu. Kein Wunder, dass die Debatte nicht nur rationalem Kalkül folgte, sondern auch durch Gefühle befeuert wurde und schließlich dazu führte, dass die Wehrpflicht rund 55 Jahre nach ihrer Einführung „ausgesetzt“, aber nicht aufgehoben wurde.

Integration der Streitkräfte: Wehrpflicht und Innere Führung

Nach der Kapitulation im Mai 1945 hatten die Alliierten das besiegte Deutschland entmilitarisiert. Die Zeit deutscher Militärmacht schien ein für alle Mal vorbei. Doch als sich der Ost-West-Konflikt spätestens mit dem Korea-Krieg ab 1950 verschärfte, wurde auch in der Bundesrepublik darüber diskutiert, wieder Streitkräfte aufzustellen, die sich an der Abwehr einer möglichen Aggression der Sowjetunion beteiligen könnten. Die öffentlichen Proteste gegen die von der Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP angestrebten „Wiederbewaffnung“ – rund zwei Drittel der Befragten lehnten Ende 1950 einen neuen Militärdienst ab – führten zu den ersten

Proteste gegen die deutsche Wiederbewaffnung und Gründung der Bundeswehr 1955. Demonstrationen von Wehrdienstverweigerern, Köln, 16. Juni 1956
Foto: Picture Alliance/ akg-images

² Ines-Jacqueline Werkner: Wehrpflicht und Zivildienst – Bestandteile der politischen Kultur? In: APuZ 28/2011, 28.11.2011, S. 39-45.

Feierliche Aufnahme im Rahmen der Sitzung des NATO-Rates im Palais de Chaillot in Paris: Bundeskanzler Konrad Adenauer reicht dem französischen Außenminister Antoine Pinay die Hand.

Foto: Picture Alliance/akg-images



großen innenpolitischen Auseinandersetzungen der jungen Bundesrepublik. Verhindern konnten sie die Aufstellung westdeutscher Streitkräfte letztlich nicht. Bundeskanzler Konrad Adenauer verfolgte mit seiner Aufrüstungskampagne nicht zuletzt das Ziel, nationale Souveränität zu erlangen und die Bundesrepublik in den Westen zu integrieren.

Als Gründungsdatum der Bundeswehr gilt der 12. November 1955. An diesem Tag erhielten die ersten freiwilligen Soldaten der Bundeswehr während einer schlichten Zeremonie in der Kfz-Halle einer Bonner Kaserne ihre Ernennungsurkunde. Zwar war 1954 der Plan gescheitert, die Bundesrepublik an einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft zu beteiligen und deutsche Truppen in eine europäische Armee einzubinden. Doch auch die Aufnahme der Bundesrepublik in das westliche Militärbündnis am 5. Mai 1955 setzte voraus, dass die Land-, See- und Luftstreitkräfte – die es zu dem Zeitpunkt noch gar nicht gab – in die militärische Organisation der NATO eingebunden waren.

Plötzlich stand die Frage der Wehrpflicht wieder im Raum. Die Möglichkeit dafür war im Grundgesetz verankert und damit erstmals in der deutschen

Geschichte in einer Verfassung, die auf eine freiheitlich-demokratische Staats- und Gesellschaftsordnung zielte. Artikel 12a des Grundgesetzes von 1949 regelt, dass Männer vom vollendeten 18. Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivildienstverband verpflichtet werden „können“.

Die Bewaffnung der Bundesrepublik setzte einige Änderungen des Grundgesetzes voraus. Am 6. März 1956 verabschiedete der Bundestag die sog. Wehrverfassung und das Soldatengesetz. Damit war geregelt, wer Wehrdienst leistet und welche Rechte und Pflichten Soldaten haben. Gegen den Protest von Gewerkschaften und Kirchen trat am 21. Juli 1956 die allgemeine Wehrpflicht in Kraft. Fortan waren alle Männer zwischen 18 und 45 Jahren (im Verteidigungsfall bis 60 Jahren) wehrpflichtig. Das Verfahren war klar. Wer einberufen, gemustert und für tauglich befunden wurde, hatte die Wahl: Er konnte zur Bundeswehr gehen oder Zivildienst leisten, sofern er auf seinen Antrag hin als Wehrdienstverweigerer anerkannt wurde. Wer sich für mindestens vier Jahre ehrenamtlich im Zivil- und Katastrophenschutz engagierte, etwa

beim Technischen Hilfswerk, wurde vollständig vom Wehrdienst oder Ersatzdienst befreit (§ 13a Wehrpflichtgesetz). Bereits zum 1. April 1957 wurden die ersten jungen Männer zum Grundwehrdienst einberufen, der zunächst zwölf Monate umfasste. Von 1962 bis 1972 wurde er auf 18 Monate ausgeweitet, anschließend nach und nach verkürzt, bis er am Ende nur noch sechs Monate dauerte.

Das Modell der Wehrpflicht war mit einer militärischen „Unternehmensphilosophie“ gekoppelt, die alle Soldaten als „Staatsbürger in Uniform“ begriff. Als Kern der „Inneren Führung“ sollte dieses Leitbild dafür sorgen, dass militärische Effizienz und demokratische Verantwortung nicht in Widerspruch gerieten. Nun sind Streitkräfte ihrer Natur nach keine basisdemokratische Veranstaltung. Gleichwohl ging es darum, die Bundeswehr in dem Sinne zu demokratisieren, dass sich die Rechte und

deutschen Militärgeschichte, der aufgrund der Vereinbarkeit mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik und deren Streitkräften als traditionswürdig gilt.

Wehrpflicht = Demokratie?

Für die historische Begründung der Wehrpflicht und ihre Verankerung im Traditionsverständnis der Bundeswehr ging der Blick ins späte 18., frühe 19. Jahrhundert zurück. Im Absolutismus war das Stehende Heer das militärische Instrument der Monarchen gewesen, eine professionelle Streitmacht, die im Gegensatz zu Söldnerarmeen dauerhaft kampfbereit war. Mit der Französischen Revolution von 1789 und der massenhaften Mobilisierung (*Levée en masse*) von Soldaten, die sich mit den nationalen

Das Zentrum Innere Führung in Koblenz
Foto: Picture Alliance/Fotograf: Thomas Frey



Pflichten der Soldaten ebenso am Grundgesetz orientierten wie das Führungsverhalten ihrer Vorgesetzten.

Wehrpflicht und Innere Führung waren die Determinanten des zivil-militärischen Verhältnisses in der Bundesrepublik. Sie galten als Korrektiv militaristischer Traditionen. Um militärisches und ziviles Personal entsprechend auszubilden, wurde 1956 eigens eine Schule der Bundeswehr für Innere Führung gegründet, die sich seit 1957 in Koblenz befindet und seit 1981 als Zentrum Innere Führung firmiert. Die Formel „Staatsbürger in Uniform“ greift das Leitmotiv der preußischen Heeresreformen von 1807 bis 1814 auf. Sie zählen zu jenem Teil der

Zielen identifizierten, verbreitete sich die Überzeugung, dass Bürger aus ihrer Bereitschaft und der Verpflichtung, ein Gemeinwesen militärisch zu verteidigen, das Recht auf die politische Mitwirkung an diesem Gemeinwesen ableiten konnten. Die allgemeine Wehrpflicht wurde zu einem Kern liberaler Nationsvorstellungen. Es mag paradox klingen: Das Prinzip der Wehrpflicht ging zunächst Hand in Hand mit den Ideen von Freiheit und Gleichheit. In den deutschen Ländern galten die „Befreiungskriege“ gegen Napoleon im Rückblick als historischer Beleg für die Wirkungsmacht des Wehrpflichtmodells – ein Mythos, da die umfassende Volksbewaffnung den Herrschenden zu riskant erschienen war.

Wolf Graf von Baudissin war maßgeblich am Aufbau der Bundeswehr und insbesondere an der Entwicklung der Inneren Führung beteiligt.
Foto: Picture Alliance/dpa



Ein junger Rekrut, gerade zum Wehrdienst einberufen, umarmt seine Mutter, bevor er 2007 am Bahnhof der Stadt Kemerowo, Westsibirien, Russland, zum Dienstort aufbricht.

Foto: Picture Alliance/Fotograf: Maxim Shipenkov

Öffentliche Verabschiedung von Rekruten und Rekrutinnen auf dem Mariahilfplatz in München am 12. November 2025

Foto: Picture Alliance/Fotograf: Johannes Simon

Doch die Kehrseite wird oft übersehen: Die Wehrpflicht kann in einer autoritären, diktatorischen Regierungsform leicht missbraucht werden, wie der deutsche Fall besonders deutlich zeigt.³ Erstmals wurde die allgemeine Wehrpflicht in einer Monarchie mit der Gründung des Deutschen Kaiserreichs 1871 in der Verfassung verankert. Während alle Männer ab 25 Jahren den Reichstag wählen konnten, blieb den Soldaten aufgrund ihres Treueeids auf den Kaiser das aktive Wahlrecht verwehrt.

Die politischen Auseinandersetzungen hatten in den Streitkräften nichts zu suchen – so sah es jedenfalls die Obrigkeit. Nach dem Ersten Weltkrieg geriet das Militär bei den einen in Verruf. Pazifismus lautete ihre Antwort auf das Massensterben in Materialschlachten. Bei den anderen verband sich der Stolz auf die Frontkämpfer mit der Idee, „im Felde unbesiegt“ geblieben zu sein. Revolutionäre Sozialdemokraten und Juden an der Heimatfront seien dem Heer in den Rücken gefallen: Diese sog. Dolchstoßlegende sollte die Weimarer Republik delegitimieren. Dazu gehörte die Überzeugung, dass ein wiedererstarktes Deutschland ohne militärische Stärke und damit ohne Volksbewaffnung nicht zu haben sein würde. Dem stand der Versailler Vertrag entgegen. Um eine erneute militärische Aggression

zu verhindern, verbot er die allgemeine Wehrpflicht. Das Berufsheer blieb auf 100.000, die Marine auf 15.000 Mann beschränkt.

Kaum war Adolf Hitler 1933 Reichskanzler geworden, ließ er die Soldaten der Reichswehr auf seine Person vereidigen, rüstete auf und führte 1935 die allgemeine Wehrpflicht wieder ein. Wer den Eid brach und den Dienst an der Waffe verweigerte, riskierte den Tod. Ohne die wehrpflichtigen Männer zwischen 18 und 45 Jahren wären die Eroberungskriege in Europa und auch der Vernichtungskrieg im Osten nicht möglich gewesen.

Militärischer Widerstand – eine zweite Traditionssäule der Bundeswehr – blieb die Ausnahme. In der DDR diente die bewaffnete Macht nicht zuletzt dazu, die Herrschaft der Staatspartei SED zu untermauern, die ihrerseits mit dem militärischen Apparat eng verflochten war. Heute ist die brutale Einberufung von Wehrpflichtigen in Russland das beste Beispiel dafür, dass Wehrpflicht und Demokratie keineswegs



immer zwei Seiten einer Medaille sind. Das Bonmot des ersten deutschen Bundespräsidenten Theodor Heuss (FDP), der die Wehrpflicht 1949 als „das legitime Kind der Demokratie“ charakterisierte, führt insofern rasch in die Irre.

3 Ute Frevert: Die kasernierte Nation. Militärdienst und Zivilgesellschaft in Deutschland, München 2001.

Recht auf Verweigerung

Wie die Wehrpflicht war auch die Verweigerung von vornherein im Grundgesetz angelegt. „Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden“, hieß es dort bereits in Artikel 4, Absatz 3. Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, präzisierte Artikel 12a, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Von Bedeutung war bei diesem Zusatz, dass dieser Ersatzdienst in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte (und des Bundesgrenzschutzes) stehen durfte. Hätte es diesen Rechtsanspruch nicht gegeben, wäre die Wehrpflicht bis weit in die 1960er Jahre in der Gesellschaft kaum durchzusetzen gewesen. Die Akzeptanz der Wehrpflicht wie des Wehersatzdienstes unterliegt dem gesellschaftlichen Wandel. Kriegsdienstverweigerer – wie sie sich selbst bezeichneten – galten in den Augen der Mehrheit lange als „Drückeberger“,

Foto rechts:
Schulterstücke
an der Uniform
von sog. Bau-
soldaten der Na-
tionalen Volks-
armee (NVA)
Foto: Picture Al-
liance/ image-
BROKER/Fotograf:
Sylvio Dittrich



Altenpflege oder im Rettungsdienst immer weniger gut funktionieren. Akzeptanz und Wertschätzung spiegeln sich im Zahlenverhältnis wider: 1998 entschieden sich erstmals mehr Wehrpflichtige für den Zivildienst als für den Dienst in der „Truppe“. Es wäre mithin irreführend, dahinter 170.000 Pazifisten zu vermuten.⁴

In diesem Punkt unterschied sich der Zivildienst in der Bundesrepublik deutlich von dem „Zivildienst“ in der DDR. Den Dienst in der Nationalen Volksarmee (NVA) aus Gewissensgründen zu vermeiden, war hier erst gar nicht vorgesehen. Wer partout keine Waffe in die Hand nehmen wollte, wurde als „Bausoldat“ beschäftigt – in der NVA. Ihm haftete der Ruch des Regimekritikers an; Nachteile in der Ausbildung und im Beruf waren wahrscheinlich.⁵



Demonstration
in München 1956
gegen Wieder-
aufrüstung, ver-
anstaltet von der
„Internationalen
der Kriegs-
dienstgegner“
Foto: Picture
Alliance

wenn sie nicht gleich unter Kommunismusverdacht gerieten. In den 1970er und 1980er Jahren dagegen erkannten immer mehr Bundesbürger den Zivildienst als eine angemessene, gleichwertige Form gesellschaftlichen Engagements an, das insbesondere im Wohlfahrtswesen zu einer festen Größe wurde. Der mit dem Wehrdienst verknüpfte zivile Ersatzdienst wurde immer mehr zu einer regulären Variante. Ohne die „Zivis“ würden, da war man sich sicher, soziale Berufe wie in der

- 4 So argumentiert Patrick Bernhard: Zivildienst zwischen Reform und Revolte. Eine bundesdeutsche Institution im gesellschaftlichen Wandel 1961-1982, München 2005. Ders.: Kriegsdienstverweigerung und Zivildienst, Bundeszentrale für politische Bildung, 2016, <https://www.bpb.de/themen/militaer/deutsche-verteidigungspolitik/216758/kriegsdienstverweigerung-und-zivildienst/> [Stand: 06.02.2026].
- 5 Vgl. Militär und Gesellschaft in Ost- und Westdeutschland 1970-1990. Mit Beiträgen von Angelika Dörfler-Dierken, Jörg Echternkamp, Dorothee Hochstetter, Markus Thureau und Rüdiger Wenzke, hg. v. Jörg Echternkamp, Berlin 2021 (= Deutsche Militärgeschichte, Bd. 2); Rüdiger Wenzke: Geschichte der Nationalen Volksarmee 1956-1990, Erfurt 2017.



Militärparade zum Abzug der russischen Truppen aus Berlin am 25. Juni 1994
Foto: Picture Alliance/Fotograf: Wolfgang Kumm

Ende des Kalten Krieges – Ende der Wehrpflicht?

Mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten 1990, dem Ende des Warschauer Paktes und dem Zerfall der Sowjetunion 1991 änderte sich die außen- und sicherheitspolitische Lage fundamental. Zwar bestand die Gefährdung durch den Terrorismus fort. Doch Deutschland wurde nicht länger unmittelbar militärisch bedroht, einer halben Million Bundeswehrsoldaten (1989) fehlte der Gegner. Landes- und Bündnisverteidigung verloren an Bedeutung. Die Zeit schien reif für die „Friedensdividende“, die Entlastung des Staatshaushalts durch Senkung der Rüstungsausgaben. Kein Wunder, dass die „Armee der Einheit“ bis 2010 auf etwa die Hälfte reduziert und der Verteidigungsetat deutlich zurückgefahren wurde.⁶ Vierzig Jahre lang hatten die beiden deutschen Staaten an der explosiven Trennlinie der beiden Blöcke gelegen. Das Territorium war allein durch die Dauerpräsenz alliierter Truppen beispiellos hochgerüstet; im Fall der Fälle wäre es außerdem zum zentralen Kriegsschauplatz geworden. Heute wird gerne vergessen, dass die Verteidigungsausgaben zu Zeiten der sozialliberalen Koalition unter

6 Vgl. Matthias Rogg: Armee der Einheit? Deutsche Streitkräfte zwischen Friedlicher Revolution und Wiedervereinigung, Berlin 2025.

Kanzler Willy Brandt gut drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausgemacht haben (2025: 2,4 Prozent). Dagegen warnte die Friedensbewegung vor dem Risiko eines Atomkriegs und forderte „Frieden schaffen ohne Waffen“. Als sich dieses Szenario 1989/1990 erledigt hatte, schien der Rückbau von Streitkräften – endlich! – die logische Konsequenz.

In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre sah sich das vereinte Deutschland mit der Erwartung konfrontiert, weltweit mehr Verantwortung zu übernehmen. Der erste Kampfeinsatz der Bundeswehr im Kosovo 1999 ließ dazu ein neues Argumentationsmuster erkennen: Statt „Nie wieder Krieg!“ hieß es jetzt: „Nie wieder Auschwitz!“. Der Schutz verfolgter Minderheiten durch friedens erzwingende und friedenssichernde Einsätze, notfalls mit militärischer Gewalt, legitimierte fortan den stets multilateralen Auslandseinsatz deutscher Soldaten. Für die Umstellung zu einer Einsatzarmee, die gut ausgebildete Profis in internationalen Verbänden



Foto rechts: Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Friedensdemonstration beim 87.

Deutschen Katholikentag in Düsseldorf am 2. September 1982

Foto: Picture Alliance/dpa/Fotograf: Ossinger

in Krisengebiete schickte, spielten junge Rekruten keine große Rolle mehr, zumal sie nicht zu einem Einsatz gezwungen werden konnten. Die Wehrpflichtigen hatten in dieser Zeit eher eine symbolische Funktion, erinnerten sie doch an den älteren, antimilitaristischen Leitgedanken, die Streitkräfte gesellschaftlich einzuhegen.

Das blieb nicht ohne Folgen für die Wehrpflicht. Im Kalten Krieg mussten sich nahezu alle jungen Männer Jahrgang für Jahrgang in den Kreiswehersatzämtern mustern lassen; die meisten wurden wenig später „eingezogen“. Die Wehrpflicht war tatsächlich eine allgemeine. Weil die Bundeswehr aber immer weniger Wehrpflichtige benötigte, schnellte jetzt die Zahl derer, die gar nicht „zum



Bund“ mussten, in die Höhe. Mit der Freistellung vom Wehrdienst entfiel die Notwendigkeit des Ersatzdienstes. Das fanden nicht nur die Rekruten und Zivildienstleistenden unfair, deren Grundrechte durch die Wehrpflicht eingeschränkt wurden. Wo blieb die Wehrgerechtigkeit? Die Wehrpflicht geriet nicht deshalb in die Kritik, weil sie grundsätzlich angezweifelt wurde oder die Bundeswehr in Verruf geraten war, sondern weil der Gleichheitsgrundsatz nicht hinreichend berücksichtigt schien. Eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht 2004 scheiterte jedoch. Gleichzeitig stieg der Kostendruck. Wehrpflichtige verursachen Ausbildungskosten, binden Kräfte. Die Infrastruktur des überkommenen Wehrpflichtmodells zu finanzieren, ließ sich nicht länger mit dem Bedarf an Wehrpflichtigen rechtfertigen. Das Argument, der dringend benötigte Ersatzdienst wäre ohne Wehrpflicht nicht zu leisten, führte deren ursprüngliche Legitimation ad absurdum. Am Ende wurde die Bundeswehr am 1. Juli 2011 zu einer Freiwilligenarmee – vorläufig. Seitdem konnten sich sowohl Männer als auch Frauen ab dem vollendeten 17. Lebensjahr für den Dienst in der Bundeswehr verpflichten – wenn sie es denn wollten.

Geopolitische, nicht gesellschaftspolitische Begründung

Nach der „Zeitenwende“, die Bundeskanzler Olaf Scholz in seiner Regierungserklärung am 27. Februar 2022 beschwor, stellte sich die Frage der Wehrpflicht mit neuer Dringlichkeit. Denn die angesichts

der realen Bedrohung intensiviertere Verteidigungspolitik ist ohne eine neue Wehrhaftigkeit der Gesellschaft nicht zu haben. Schon länger hatten technische Mängel – vom defekten Hubschrauber bis zum hitzeempfindlichen Sturmgewehr – die Bundeswehr in die Schlagzeilen gebracht. Landes- und Bündnisverteidigung stehen spätestens seit Russlands Angriff auf die gesamte Ukraine am 24. Februar 2022, durch einen Schock von außen mithin, wieder ganz oben auf der Agenda. Alle Blicke richteten sich auf die Ostflanke des NATO-Bündnisgebietes. Deren Gefährdung nähme deutlich zu, wenn russische Truppen nach einem bloßen Waffenstillstand nicht länger in der Ukraine gebunden wären. Mit Hilfe eines sog. Sondervermögens von mehr als 100 Milliarden Euro soll die Bundeswehr technisch modernisiert und personell erweitert werden. Dazu soll die Bundeswehr, die sich zwischenzeitlich professionalisiert und spezialisiert hat, bis 2035 auf 260.000 aktive Soldaten und Soldatinnen anwachsen. Vorgesehen sind darüber hinaus rund 200.000 Reservistinnen und Reservisten. Im Verteidigungsfall sollen so bis zu 460.000 Soldatinnen und Soldaten zur Verfügung stehen. Die Zahl der freiwilligen Bewerber wird aller Voraussicht nach zum gegenwärtigen Zeitpunkt dazu bei weitem nicht ausreichen.

Schon bald war klar, dass man um die systematische Erfassung und eine Reform der Wehrpflicht nicht herumkommen würde, wollte man den Personalbedarf zügig decken. Das gesellschaftspolitische Argument für die Wehrpflicht, die Integration der Streitkräfte in ihr ziviles Umfeld, trat in der Begründung hinter das Militärpolitische zurück.

In der Bundeswehr können Frauen grundsätzlich auf allen Verwendungsebenen ihren Dienst tun.
Foto: Picture Alliance/dpa/Fotograf: Marcus Brandt

Sondersitzung des Deutschen Bundestages am 27. Februar 2022 mit der sog. „Zeitenwende“-Rede von Bundeskanzler Olaf Scholz
Foto: Picture Alliance/SZ-Photo/Fotograf: Metodi Popov

Diskutiert wurde nicht die mögliche Übermacht des Militärs nach innen, sondern seine nach außen gerichtete Fähigkeit, durch Kriegstauglichkeit einen möglichen Gegner glaubhaft abzuschrecken. Von der Reaktivierung der allgemeinen Wehrpflicht wurde erwartet, diese Kapazität durch den Aufwuchs des Personals möglichst rasch herzustellen. Auf professionalisierte Streitkräfte kann die Bundeswehr weiterhin nicht verzichten – auf ganze Jahrgänge wehrtauglicher Menschen auch nicht.

Die Behauptung, dass die Streitkräfte unpopulär waren, wird durch ihre Wiederholung nicht wahrer. Die Bundeswehr genießt seit vielen Jahren mit Werten von über 80 Prozent eine hohe Akzeptanz in der Gesellschaft. Das zeigen die jährlichen Bevölkerungsumfragen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw). Nach dem Vollangriff auf die Ukraine erreichte die Zustimmung 2023 mit 86 Prozent ihren bisherigen Höchstwert. Neun von zehn Befragten hatten eine positive Einstellung zur Bundeswehr.⁷ Kritik an einem Einsatz und Kritik an der Einsatzarmee sind demnach für die Bevölkerung zwei Paar Schuhe. In die Irre führt daher die landläufige Annahme einer Entfremdung zwischen den Deutschen und ihren Streitkräften; von einem „freundlichen Desinteresse“ hatte Bundespräsident Horst Köhler 2005, am 50. Geburtstag der Bundeswehr, gesprochen.⁸ Vor diesem Hintergrund befürwortete eine Mehrheit der Bundesbürger die allgemeine Wehrpflicht, von 1997 bis 2010 zwischen 68 und 80 Prozent. Nur einer von drei Deutschen zog die Abschaffung der Wehrpflicht ihrer Beibehaltung vor. Die Rückkehr zur Landes- und Bündnisverteidigung könnte die Zustimmung der Bürger zur Bundeswehr als Institution wie auch zu ihrem Auftrag

noch weiter erhöhen – sofern ihr Sicherheitsgefühl weiterhin deutlich beeinträchtigt wird (2025 sahen 67 Prozent Russland als militärische Bedrohung an⁹).

Vorsichtiger Kurswechsel: Neuer Wehrdienst

Damit die Bundeswehr möglichst zügig wächst, beschloss der Bundestag am 5. Dezember 2025 mit den Stimmen der Regierungsfractionen von CDU, CSU und SPD die Reform des Wehrdienstes. Die Fraktionen von AfD, Grüne und Die Linke hatten dagegen gestimmt. Für warnende Zwischentöne sorgte ein „Schulstreik gegen Wehrpflicht“ am selben Tag, der sich aus der Angst vor einer Militarisation der Gesellschaft und Kürzungen im Bildungswesen speiste. Die Aktion deutete nicht nur den Konflikt mit der „Generation Zeitenwende“ an, die sich von den Älteren nicht genug gehört fühlt. Die Schüler erinnerten auch an das unaufhebbare zivil-militärische Paradox: Militär muss stark sein, um äußere Bedrohungen abzuwehren, gewinnt aber eben dadurch gefährlich an Macht gegenüber der Zivilbevölkerung und der Politik. Doch eine absolute Mehrheit der Befragten hielt 2025 die Wiedereinführung des Wehrdienstes für notwendig.¹⁰

Den Neuen Wehrdienst begründet das BMVg nüchtern mit der Umstrukturierung der Bundeswehr: „Angesichts der massiv verschärften Bedrohungslage in Europa infolge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine richtet sich die Bundeswehr noch konsequenter auf die Landes- und Bündnisverteidigung aus.“¹¹ Der Aufwuchs der Streitkräfte durch die Neue Wehrpflicht ist Teil des Aufbaus der Abschreckung, dem der Krieg gegen die Ukraine nur eine Schonfrist setzt. Noch fehlt es für die flächendeckende Wehrerfassung und Musterung an der nötigen Infrastruktur. Nach der Aussetzung der Wehrpflicht vierzehn Jahre zuvor waren die meisten Kreiswehrrersatzämter abgeschafft worden. Jetzt müssen Karrierecenter ausgebaut und neue Musterungszentren errichtet werden.

7 ZMSBw: Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland 2023. Bearbeiter: Timo Graf, Forschungsbericht 136, 2024, S. 41. 2025 hatten über 83 Prozent ein positives Bild; ders.: Forschungsbericht 139 (2025).

8 Rede von Bundespräsident Horst Köhler bei der Kommandeurtagung der Bundeswehr in Bonn, 10.10.2025. Die Deutschen hielten seit 1945 „gern vorsichtige Distanz zu allem Militärischen“, und weil die Wehrpflicht fast freiwilligen Charakter angenommen habe, sei die lebenspraktische Bedeutung der Bundeswehr für die Bürger gering geworden. https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Horst-Koehler/Reden/2005/10/20051010_Rede.html [Stand: 24.03.2026].

9 Ebd., S. 13.

10 Ebd., S. 32.

11 Vgl. <https://www.bmvg.de/de/neuer-wehrdienst> [Stand: 05.02.2026].



Reservistenappell in der Zitadelle Vechta anlässlich des ersten Nationalen Veteranentages 2025
Foto: Picture Alliance/dpa/Fotograf: Hauke-Christian Dittrich

Das Ergebnis ist nicht die Reaktivierung der allgemeinen Wehrpflicht, wie sie in Deutschland bis 2011 galt. Das Gesetz zur Modernisierung des Wehrdienstes (WModG) zwingt niemanden, die Uniform anzuziehen. Ab dem Geburtsjahrgang 2008 geht es per QR-Code zu einem Online-Fragebogen, auf dem zwölf Fragen zu beantworten sind. Männer müssen, Frauen dürfen. Die Männer sind ferner zur Musterung durch medizinisches Personal der Bundeswehr in einem Karrierecenter verpflichtet. So will man feststellen, wie die rund 650.000 Männer und Frauen, die jedes Jahr ihr 18. Lebensjahr vollenden, für den Wehrdienst motiviert sowie körperlich, mental und charakterlich geeignet sind. Mindestens sechs, höchstens elf Monate beträgt die Dienstzeit eines FWDLers – der oder die freiwillig Wehrdienst Leistende hat die Wahl. Die Bundeswehr lockt mit einem monatlichen Grundgehalt von ca. 2.600 € und „mehr Netto vom Brutto“: durch kostenfreie Unterkunft, Heilfürsorge und Bahnfahrten, günstige Verpflegung und einen Zuschuss zum Führerschein.¹² Der Neue Wehrdienst wird auch als Einstieg in eine längerfristige Laufbahn bei der Bundeswehr betrachtet. Im Regelfall wird der FWDLER nach dem Ende der aktiven Dienstzeit in die Reserve beordert.

Der Aufwuchs der Reserve ist, das wird leicht übersehen, ein wesentlicher Zweck des Modells. Der Reservist wiederum profitiert von einer weiteren sicherheitspolitischen Entwicklung, die als Folge der Auslandseinsätze angestoßen worden war. Jeder, der ehrenhaft aus dem aktiven Dienst der Bundeswehr ausscheidet, mithin auch der ehemalige Wehrdienstleistende, gilt nach der weitgefassten Definition des BMVg aus dem Jahr 2018 als „Veteran“. Über Unterstützung im Alltag hinaus zielt die Veteranenpolitik darauf, den ehemaligen Soldaten – und damit der Bundeswehr – mehr Sichtbarkeit und Anerkennung zu verschaffen. Ein Beispiel ist die Einführung des Nationalen Veteranentags, der seit 2025 am 15. Juni eines jeden Jahres gefeiert wird.

Wie der Neue Wehrdienst ist auch die neue Veteranenkultur das Ergebnis außen- und sicherheitspolitischer Veränderungen auf der einen Seite und eines innergesellschaftlichen Aushandlungsprozesses auf der anderen. Die Gesellschaft ist im Begriff, sich über ihre Wehrhaftigkeit neu zu verständigen. Klar ist, dass es kein „Weiter-So“ geben kann. Die Reform von Wehrdienst und Wehrpflicht ist insoweit Teil einer weitgreifenden Resilienz-Debatte, die etwa auch die Zumutungen wirtschafts-, sozial- und kulturpolitischer Konsequenzen

12 <https://www.bundeswehr.de/de/menschen-karrieren/neuer-wehrdienst> [Stand: 05.02.2026].

thematisieren muss.¹³ „Wehrpflicht“ könnte zu einem Schlüsselbegriff der Zivilgesellschaft avancieren. Wer sich selbst zum Wehrdienst verpflichtet, zeigt bürgerschaftliches Engagement über individuelle Interessen hinaus. Und das in einer „postheroischen“ Gesellschaft, in der Opfer zu bringen kein Leitwert war.

Das Bild des Soldaten und damit auch des Wehrdienstleistenden, ob normativ oder deskriptiv, hat sich mit dem militärischen Auftrag und seiner Wahrnehmung in der Gesellschaft wiederholt gewandelt.¹⁴ Vereinfacht formuliert: Sollte der „Staatsbürger in Uniform“ ab 1955 den „heldenhaften Kämpfer“ der Wehrmacht ersetzen, galt in den 1990er Jahren nicht der Verteidiger des Vaterlandes als typisch, sondern

betont, könnte es überkommene Geschlechterrollen verstärken. Ein Ziel des Wehrdienstes, Menschen für den Soldatenberuf zu begeistern, würde dort verfehlt, wo Frauen in einer Einheit ihren Dienst leisten, in der diskriminierende Rhetorik und Rituale Teil einer ganz besonderen Militärkultur zu sein scheinen.

Geschlechtergerecht?

Die Reform der Wehrpflicht spiegelt die geschlechterpolitische Seite der Bundeswehr wieder. Dass der „Dienst an der Waffe“ für Frauen tabu war, hatte schon das Grundgesetz festgeschrieben.



Am 5. Dezember 2025 protestieren in Frankfurt (links) und am 5. März 2026 in Berlin (rechts) mehrere tausend Menschen gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht für junge Männer in Deutschland. Die Frage um eine Wehrpflicht auch für Frauen wird auf allen Ebenen der Gesellschaft kontrovers diskutiert. Fotos: Picture Alliance

der technisch spezialisierte Soldat im Auslandseinsatz. Der Ukraine-Krieg verändert das Soldatenbild erneut, indem er die „Kriegstüchtigkeit“ zu seinem Kern macht. Der kämpferische Wehrdienstleistende ist kein Gedankenspiel mehr angesichts eines Krieges in Europa, der ins fünfte Jahr geht. Indem das Idealbild des Kämpfers immer noch weitgehend einem Männlichkeitsbild entspricht, das Stärke und Härte

Frauen in der Bundeswehr fanden sich daher – zwanzig Jahre nach der Gründung – nur im Sanitätswesen (ab 1975) und im Musikkorps (ab 1991). Erst, als der Europäische Gerichtshof 2000 urteilte, dass diese Norm gegen den Gleichberechtigungsgrundsatz verstieß, und das Grundgesetz 2001 entsprechend geändert wurde, öffnete die Bundeswehr alle Berufslaufbahnen auch für weibliche Freiwillige. Frauen stellen heute rund 14 Prozent der Truppe. Die Wehrpflicht dagegen blieb Männersache.¹⁵ An diesem Prinzip rüttelt auch die jüngste Reform nicht.

„Bedarfswehrpflicht“ und Reserve sollen die Einsatzbereitschaft der Streitkräfte im multilateralen Rahmen verbessern. Das Verfahren folgt dem schwedischen Wehrdienstmodell. Wie bisher können sich junge Männer aber auch für ein Freiwilliges

13 Vgl. Herfried Münkler: Macht im Umbruch. Deutschlands Rolle in Europa und die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, Berlin 2025.

14 Klaus Naumann: Das politische Gefechtsfeld. Militärische Berufsbilder in den Neuen Kriegen. In: Mittelweg 36, 23 (2014/15), 6, S. 28-48; Heiko Biehl: Kämpfer auf dem Vormarsch? Über die Folgen von Einsatz und Gefecht für die Bundeswehr. In: ebd., S. 49-72. Nina Leonhard/Heiko Biehl: Soldatsein als Beruf. In: Militärsoziologie – Eine Einführung, hg. v. Nina Leonhard/Ines-Jacqueline Werkner, Wiesbaden, 32023, S. 393-427.

15 Vgl. nur Gerhard Kümmel: Frauen im Militär, in: Militärsoziologie – Eine Einführung, hg. v. Nina Leonhard/Ines-Jacqueline Werkner, Wiesbaden, 32023, S. 455-487.



Eine Soldatin der finnischen Streitkräfte bei einer NATO-Übung im Dezember 2025
Foto: Picture Alliance/empics/Fotograf: Owen Humphreys

Soziales Jahr (FSJ) oder den Bundesfreiwilligendienst (BFD) entscheiden, der 2011 quasi als Ersatz für den Zivildienst eingeführt worden war. Falls sich auf diese Weise nicht genügend Freiwillige finden, soll der Bundestag über einen verpflichtenden Wehrdienst entscheiden können. Für den geplanten Aufwuchs wurde ein zeitlicher „Korridor“ festgelegt, der die regelmäßige Kontrolle ermöglicht. Einen Automatismus gibt es freilich nicht. Die neuen Regeln gelten ab dem 1. Januar 2026. Es ist ein hart errungener Kompromiss zwischen Pflicht und Freiwilligkeit angesichts einer erkennbar verschärften Sicherheitslage. In der Langzeitperspektive wäre das Comeback der allgemeinen Wehrpflicht eine Rückkehr zum historischen Normalfall.

Wenn es so käme: Sollte die Wehrpflicht dann nicht auch für Frauen gelten? Der Begründungszusammenhang, in dem mögliche Antworten auf diese Frage stehen, hat sich ebenfalls verändert. Hinter der Forderung, schließlich auch Frauen zum Wehrdienst zu verpflichten, mag man einen Antifeminismus vermuten, der wie ein Wolf im Schafspelz Gleichberechtigung fordert, wo er Benachteiligung meint. Man kann aber auch argumentieren, dass ein Festhalten an der „männlichen“ Wehrpflicht überkommene Geschlechterstereotype zementiert. Die technische Weiterentwicklung der Streitkräfte stützt die Forderung nach einer Wehrpflicht, wenn sie denn erforderlich wird, für Männer und Frauen. Längst sei die Palette der Einsatzmöglichkeiten so breit geworden, heißt es, dass heute kein Grund mehr existiere, Wehrpflicht als ein männliches Vorrecht zu definieren und Frauen aus den Streitkräften herauszuhalten. Warum sollten Frauen beispielsweise nicht in der Lage sein, in der am 1. Mai 2014 aufgestellten vierten Teilstreitkraft Cyber- und Informationsraum (CIR) zu dienen, wo nicht Muskelkraft zählt, sondern

IT-Affinität? Die zunehmende Offenheit gegenüber gesellschaftlicher Diversität, die den Diskriminierungsfall erst zu einem Vorfall macht, spricht ebenfalls dafür. Falls die allgemeine Wehrpflicht kommt, lautet das Fazit hier, sollte sie in diesem Sinne geschlechtergerecht sein.¹⁶ Die skandinavischen Länder, darunter das neue NATO-Mitglied Schweden (2024), könnten dann in Hinblick auf eine generelle, geschlechterneutrale Wehrpflicht als Vorbild dienen. In Schweden liegt der Anteil der Soldatinnen derzeit bei etwa 20 Prozent. Annähernd die Hälfte der befragten Deutschen befürwortete 2025 einen Wehrdienst für Männer und Frauen; 55 Prozent von ihnen sahen alle, die tauglich waren, in der Pflicht.¹⁷

Feststeht, dass alle Männer zwischen 18 und 60 Jahren Wehrdienst leisten müssen, sobald der Bundestag mit Zweidrittelmehrheit den Spannungsfall nach Artikel 80a des Grundgesetzes ausruft, zum Beispiel bei Cyberangriffen oder wenn feindliche Truppen an der Grenze zusammengezogen werden und ein bewaffneter Angriff droht. Auch Frauen würden dann bei Personalmangel zu Sanitäts- oder Versorgungsdiensten verpflichtet. Der Neue Wehrdienst soll den Aufwuchs der Bundeswehr vorantreiben, um durch demonstrative „Kriegstauglichkeit“ den Kriegsfall zu verhindern. Ob Integration in die Gesellschaft oder Abschreckung durch Aufwuchs, ob freiwillig oder erzwungen, ob ausschließlich für Männer oder geschlechtergerecht: Die Wehrpflicht hat nicht ausgedient. ▲

16 Vgl. Karen Hagemann: Vergessene Soldatinnen. Frauen im Militär und in den Kriegen Europas seit 1600, Frankfurt am Main 2026.

17 ZMSBw (wie in Anm. 7), S. 35.

WEHRDIENST UND GEWISSEN?

WIE WEHRDIENST, VERWEIGERUNG UND STAATSBÜRGERLICHE VERANTWORTUNG ÖFFENTLICH VERHANDELT WERDEN – UND WIE DAFÜR GEWORBEN WIRD

von Gregor Köstler

Die Diskussion über die Re-Aktivierung der Wehrpflicht ist auch in den Schulen angekommen, hier: Aufruf zum Schülerstreik in Nürnberg 2025.

Foto: Picture Alliance/Eigner-Pressefoto/Fotograf: Ardan Fuessman

Die Frage, ob und wie Menschen ihrem Staat „dienen“ sollen, gehört zu den klassischen Konfliktlinien politischer Bildung in der Bundesrepublik. Wehrpflicht und Kriegsdienstverweigerung, militärischer Dienst und ziviles Engagement standen dabei nie nur für organisatorische Modelle, sondern immer auch für konkurrierende öffentliche Deutungen von Verantwortung, Demokratie und Gewissensfreiheit. Wie diese Fragen publizistisch vermittelt und gesellschaftlich verhandelt wurden, hat sich im Laufe der Jahrzehnte stark verändert – ihr bildungspolitischer Kern jedoch ist erstaunlich konstant geblieben.

Pflicht und Protest auf Papier: Öffentliche Debatten im Kalten Krieg

In den Jahrzehnten des Kalten Krieges war die Auseinandersetzung um Wehrdienst und Verweigerung vor allem eine Sache des gedruckten Wortes. Bücher, Broschüren und Flugschriften waren zentrale Instrumente öffentlicher Meinungsbildung – sie informierten, positionierten und strukturierten den Diskurs.

Auf der einen Seite standen staatliche Informationsmaterialien der Bundeswehr. Broschüren zum Grundwehrdienst, Plakatkampagnen mit Leitmotiven wie dem „Staatsbürger in Uniform“ oder Anzeigen in reichweitenstarken Printmedien vermittelten den Wehrdienst als demokratisch legitimierten Beitrag zur nationalen Sicherheit. Wehrpflicht wurde hier nicht nur erklärt, sondern kommunikativ gerahmt: als Ausdruck politischer Teilhabe und staatsbürgerlicher Verantwortung.

Dem gegenüber entwickelte sich eine umfangreiche Verweigerungs- und Zivildienstliteratur. Handbücher wie „Kriegsdienstverweigerung – Ein Leitfaden“, Publikationen kirchlicher Arbeitsstellen oder Texte aus dem Umfeld der Friedensbewegung verstanden sich ausdrücklich als Gegenöffentlichkeit. Sie boten Argumentationshilfen, ordneten rechtliche Verfahren ein und zielten darauf, Gewissensentscheidungen öffentlich legitimierbar zu



machen. Für die politische Bildung war dies zentral: Publizistik wurde hier zum Raum der Urteilsbildung.

Vom Plakat zur Plattform: Reichweite, Storytelling, Gegenrede

Heute wird dieselbe Grundfrage unter völlig anderen publizistischen Bedingungen verhandelt. Politische Bildung und politische Kommunikation sind enger zusammengerückt und finden zunehmend über Kampagnen, soziale Medien und persönliche Erzählformate wie auf YouTube oder per Podcast statt.



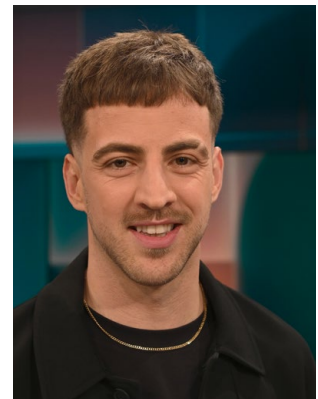
Die Bundeswehr agiert dabei als professioneller Kommunikationsakteur. Kampagnen wie „Mach, was wirklich zählt“ oder „Wir. Dienen. Deutschland.“ nutzen emotionale Bildsprache, biografisches Storytelling und digitale Reichweitenlogiken. Ergänzt werden sie durch Social-Media-Formate wie „Die Rekruten“ oder die Kanäle einzelner Soldatinnen und Soldaten, die ihren Dienstalltag öffentlich darstellen. Der Wehrdienst erscheint hier als erzählbare Erfahrung für die Entfaltung der individuellen Persönlichkeit.¹

Parallel dazu formieren sich kritische, distanzierte oder widersprechende Öffentlichkeiten. Pazifistische Initiativen, kirchliche Akteure und politisch engagierte Influencerinnen und Influencer

nutzen dieselben Plattformen, um die – aus deren Sicht – Militarisierung zu problematisieren, ethische Grenzen zu markieren oder zivile Alternativen sichtbar zu machen. Auch ironische oder bewusst nicht-positionierende Formate sind Teil dieser publizistischen Landschaft: Sie kommentieren den Diskurs, ohne ihn eindeutig zu besetzen.

Für die politische Bildung ist diese Vielfalt ambivalent. Einerseits entstehen neue Zugänge und niedrigschwellige Anknüpfungspunkte, andererseits konkurrieren Deutungen stärker um Aufmerksamkeit. Urteilsbildung vollzieht sich weniger entlang linearer Argumente als im Vergleich medialer Narrative.

Großformatiges Werbeplakat der Bundeswehr zur Personalgewinnung an einem Wohngebäude in Essen, 2025
Foto: Picture Alliance/Fotograf: Jochen Tack



Kontinuitäten, Deutungen, Lernräume

Trotz aller medialen Veränderungen bleibt die Grundfrage dieselbe: Wie viel Pflicht braucht eine Gesellschaft – und wie viel Gewissensfreiheit hält sie aus? Ob Broschüre oder Instagram-Post, staatliche Kampagne oder zivilgesellschaftliche Gegenrede; stets geht es um die öffentliche Aushandlung von Sicherheit, Verantwortung und Zumutbarkeit.

Für politische Bildung liegt der Wert dieser Geschichte gerade in ihrer publizistischen Dimension. Sie zeigt, dass in demokratischen Gesellschaften nicht nur Entscheidungen zu treffen sind, sondern diese auch erzählt, begründet und vermittelt werden müssen. 🟢

Hohe Reichweite, höchst streitbar: Podcaster und Autor Ole Nymoen (li.) und der Jugendoffizier und Influencer David Matei – beide hier als Gäste in der ARD-Talkshow „Hart aber fair“ im März 2025 – vertreten auf Social Media ihre (gegen-sätzlichen) Positionen zum Thema Wehrdienst und Verteidigung.
Beide Fotos: Picture Alliance/dpa/Fotograf: Horst Galuschka

¹ Beispielsweise folgen dem YouTube-Kanal „Bundeswehr Exclusive“ aktuell (Stand: 16.03.2026) 531.000 Abonnentinnen/Abonnenten und er bietet 819 Videos an.

DIENST FÜRS LAND! DIENST FÜR DIE DEMOKRATIE?

WEHRDIENST, ZIVILGESELLSCHAFTLICHES ENGAGEMENT UND BEVÖLKERUNGSSCHUTZ IM ÜBERBLICK

von Gregor Köstler

Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine und der Ausrufung der „Zeitenwende“ im Februar 2022 wird in Deutschland intensiver über Notwendigkeiten sowie Ausgestaltungformen von Wehrdienst, Wehrpflicht und gesellschaftlicher Verantwortung im Allgemeinen diskutiert. Doch Verteidigungsfähigkeit erschöpft sich nicht in der Frage nach Kasernen und Rekrutenzahlen. Sie berührt Grundfragen demokratischer Kontrolle, zivilgesellschaftlichen Engagements und staatlicher Vorsorge. Zwischen Bundeswehr, Reservistenarbeit, Bundesfreiwilligendienst, Zivildienst sowie individueller Notfallvorsorge spannt sich ein weites Feld von Möglichkeiten, staatsbürgerliche Verantwortung zu übernehmen. Dieser Beitrag ordnet die unterschiedlichen Modelle militärischen und zivilen Engagements systematisch ein, erläutert deren rechtliche Grundlagen und fragt nach ihrem Wert für die Bundesrepublik in einer Zeit wachsender (sicherheitspolitischer) Herausforderungen.

Die Bundeswehr als „Parlamentsarmee“?

Die Bundeswehr ist gemäß Art. 87a des Grundgesetzes zur Verteidigung aufgestellt. Ihre Einbindung in das demokratische System unterscheidet sie grundlegend von all ihren Vorgängern wie der Reichswehr (1919-1935) und der Wehrmacht (1935-1945). Zentrales Prinzip ist dabei das einer „Parlamentsarmee“: Über bewaffnete Auslandseinsätze (Art. 24 Abs. 2 GG) entscheidet der Deutsche Bundestag im Rahmen eines sog. Parlamentsvorbehalts. Diese Konstruktion wurde 1994, ausgelöst durch die *out-of-area*-Debatte, durch das Bundesverfassungsgericht präzisiert (Parlamentsbeteiligungsgesetz)

– und ist bis heute Gegenstand verfassungsrechtlicher Diskussionen.¹ Anders als etwa in Frankreich (semipräsidentielles Regierungssystem) oder den USA (präsidentielles Regierungssystem), wo die Exekutive größere Spielräume der Machtausübung besitzt, ist die Bundesregierung in Deutschland auf die konstitutive Zustimmung des Parlaments mit einfacher Mehrheit angewiesen. Die Bundeswehr ist

1 <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/188072/vor-25-jahren-bundesverfassungsgericht-billigt-auslandseinsaetze/> [Stand: 10.03.2026].



damit fest ins parlamentarische Regierungssystem eingefügt – eine eindeutige Lehre aus der nationalsozialistischen Machtkonzentration: Militärische Gewalt soll in Deutschland nicht wieder einer unkontrollierten Exekutivmacht überlassen werden.

Das Grundgesetz unterscheidet zwischen dem Verteidigungsfall (Art. 115a GG), dem Spannungsfall (Art. 80a GG) und dem Bündnisfall (Art. 80a Abs. 3 GG). Der Verteidigungsfall wird mit einer qualifizierten Mehrheit von Bundestag und Bundesrat festgestellt, wenn das Bundesgebiet mit Waffengewalt angegriffen wird oder ein solcher Angriff unmittelbar droht. Spannungs- und Bündnisfall beschreiben die Vorstufe erhöhter Bedrohung. Die Notwendigkeit einer Unterscheidung zwischen Verteidigungsfall und Verteidigung erscheint nicht eindeutig.²

Eine weitere institutionelle Besonderheit ist das Amt der bzw. des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages. Seit 2025 hat dieses Amt Henning Otte (CDU) inne. Es handelt sich um ein Hilfsorgan des Bundestages zur Kontrolle der Streitkräfte. Der oder die Wehrbeauftragte kann Eingaben³ von Soldatinnen und Soldaten entgegennehmen, Truppenbesuche durchführen und Missstände rügen. Der jährliche Bericht an den Bundestag analysiert strukturelle Defizite – von Ausrüstungsmängeln über Ausbildungsfragen bis hin zu Problemen der Inneren Führung. Diese Berichte dienen der parlamentarischen Kontrolle und Transparenz. Vergleichbare Ombudsstellen existieren auch in skandinavischen Ländern, jedoch nicht flächendeckend in allen NATO-Staaten. Das deutsche Modell gilt daher, auch über das Bündnis hinaus, als besonders ausgeprägt.⁴

Bundeskanzler Konrad Adenauer (1949–1963) hält eine Ansprache vor Rekruten der neu aufgestellten Bundeswehr in Andernach, Januar 1956.
Foto: Picture Alliance/akg-images

2 Der CDU-Politiker und Verteidigungsexperte Roderich Kiesewetter brachte Ende September 2025 angesichts zunehmender russischer Provokationen die Ausrufung des Spannungsfalls in Spiel. Vgl. u.a.: <https://www.sueddeutsche.de/politik/bundeswehr-bundesregierung-kiesewetter-spannungsfall-li.3319567?reduced=true> [Stand: 10.03.2026].

3 Damit sind in diesem Kontext Anliegen in E-Mail- oder Briefform gemeint, welche Soldatinnen und Soldaten direkt und ohne Beachtung des Dienstwegs an die bzw. den Wehrbeauftragten richten können.

4 Erläuterung und Übersicht bietet: <https://www.bundestag.de/resource/blob/814844/WD-2-090-20-pdf.pdf> [Stand: 10.03.2026].



Bundestagspräsidentin Julia Klöckner (li.) nimmt von Henning Otte den Jahresbericht für das Jahr 2025 entgegen, Berlin, 3. März 2026.
Foto: Picture Alliance/Fotograf: Metodi Popow

„Dienst tun“ bei der Bundeswehr

Möglichkeiten, als Soldatin oder Soldat aktiv zu sein, gibt es verschiedene – im Rahmen des Wehrdienstes, aber auch der Reservedienstleistung (RDL). Der „Freiwillige Wehrdienst als besonderes staatsbürgerliches Engagement“ (FwDL – Freiwilligen Wehrdienst Leistende) – so die offizielle Bezeichnung⁵ – ermöglicht es deutschen Staatsbürgerinnen und -bürgern, zwischen sieben und 23 Monaten Dienst zu leisten. Soldatinnen und Soldaten auf Zeit (SaZ) verpflichten sich mehrere Jahre (zwei bis maximal 25). Die Grundausbildung dauert in der Regel drei Monate und vermittelt militärische Basiskompetenzen, gefolgt von einer Spezialausbildung in der jeweiligen Truppengattung.

Mit der Aussetzung der Wehrpflicht 2011 wurde die Praxis der allgemeinen Einberufung beendet, jedoch nicht abgeschafft. Sie bleibt im Grundgesetz verankert (Art. 12a GG) und könnte reaktiviert werden. Eine zentrale Rolle in den Aufwuchsplänen der Bundeswehr spielt daher die Reserve. „Beorderung“ bedeutet in diesem Zusammenhang,

dass Reservistinnen und Reservisten einem konkreten Dienstposten zugeordnet sind und regelmäßig an Wehrübungen teilnehmen. Diese Übungen dauern meist einige Tage bis mehrere Wochen pro Jahr. Demgegenüber steht die beorderungsunabhängige Reservistenarbeit, die stärker auf freiwilligem Engagement in der sicherheitspolitischen Bildungsarbeit oder Unterstützung von Verbänden beruht. Im Zuge der Neuausrichtung wurde insbesondere die Heimatschutzstruktur ausgebaut. Die 2022 aufgestellte Heimatschutzdivision mit sechs Regimentern und Sitz in der Julius-Leber-Kaserne in Berlin

Jährlich wird am 15. Juni der Nationale Veteranentag als Gedenktag gefeiert – erstmals 2025 und sichtbar vor dem Deutschen Bundestag.
Foto: Picture Alliance/IPON/Fotograf: Stefan Boness



5 Vgl. § 58b Soldatengesetz – SG: https://www.gesetze-im-internet.de/sg/_58b.html [Stand: 10.03.2026].

Kräfte des
Heimatschutzes
bei einem An-
treten in München
mit eigener, neuer
Barettfarbe und
Abzeichen
Foto: Picture Alli-
ance/dpa/Foto-
graf: Matthias
Balk



bündelt Kräfte für den territorialen Schutz und die Unterstützung ziviler Behörden vor Ort. Heimatschutzkräfte werden in einer mehrmonatigen modularen Ausbildung qualifiziert, um Objektschutz, Sicherungsaufgaben oder Amtshilfe leisten und die hauptberuflichen Soldatinnen und Soldaten zur eigentlichen Erfüllung deren Aufträge entlasten zu können.

Für Reservistinnen und Reservisten wie auch für freiwillig Engagierte stellt sich dabei die nicht unwesentliche Frage der Freistellung durch den Arbeitgeber. Das Arbeitsplatzschutzgesetz (ArbPlSchG) regelt, dass Beschäftigte für Wehrübungen freizustellen sind; der Staat erstattet dem Arbeitgeber den Verdienstaufschlag. Gleichwohl berichten insbesondere kleine und mittlere Unternehmen von organisatorischen Belastungen. Ähnliche Fragen stellen sich bei längerfristigem ehrenamtlichem Engagement im Katastrophenschutz.

Zivilschutz, Katastrophenschutz und Bevölkerungsschutz

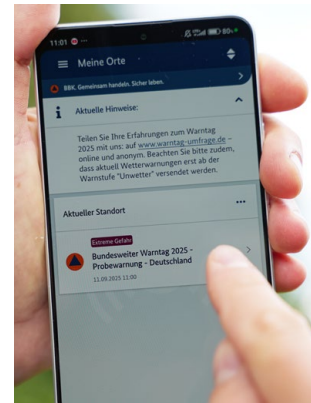
Begrifflich ist zu unterscheiden: „Zivilschutz“ bezeichnet Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung im Verteidigungsfall. Er ist Bundesaufgabe. „Katastrophenschutz“ hingegen betrifft

Naturkatastrophen oder schwere Unglücksfälle in Friedenszeiten und liegt in der Zuständigkeit der Länder. „Bevölkerungsschutz“ fungiert als Oberbegriff, der beide Bereiche integrieren soll.⁶ Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), dem Bundesministerium des Innern und für Heimat nachgeordnet, koordiniert auf Bundesebene Vorsorgekonzepte, betreibt Warnsysteme und unterstützt die Länder. Es unterhält beispielsweise das Modulare Warnsystem (MoWaS), an das die Warn-App NINA angeschlossen ist.⁷ Notfallvorsorge umfasst staatliche wie individuelle Maßnahmen. Das BBK empfiehlt Bürgerinnen und Bürgern, Vorräte für mehrere Tage vorzuhalten, Notgepäck bereitzustellen und sich über Warnmittel zu informieren.⁸ Kommunen sind für Gefahrenabwehr

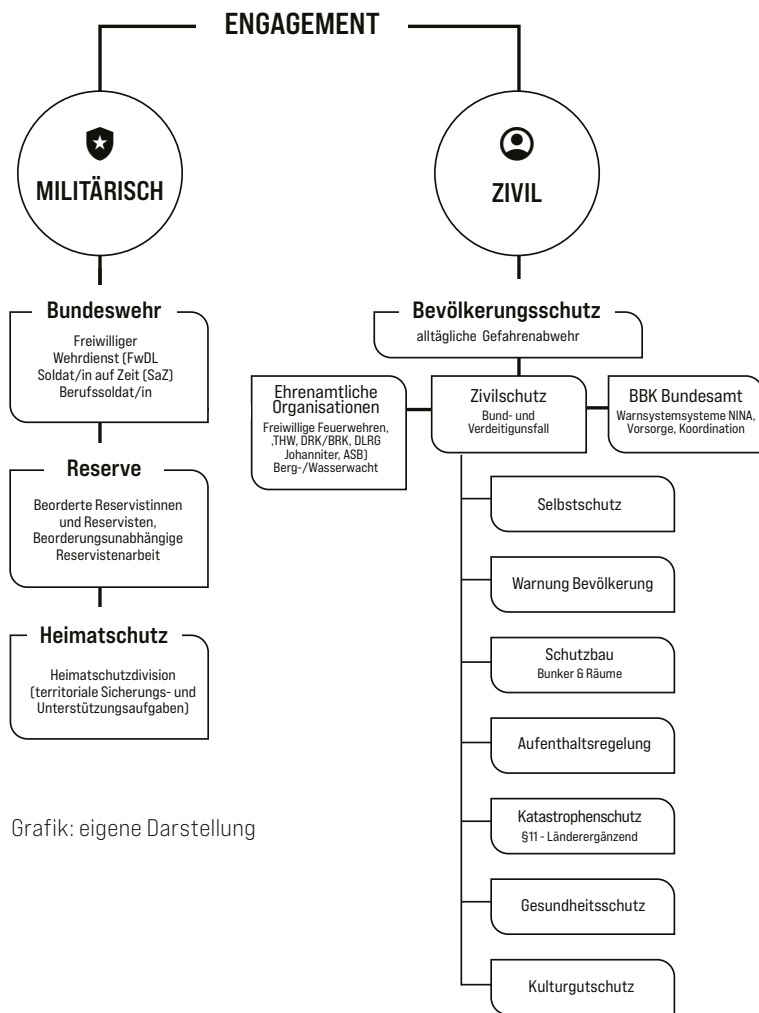
6 Vgl. <https://www.bmi.bund.de/DE/themen/bevoelkerungsschutz/zivil-und-katastrophenschutz/zivil-und-katastrophenschutz-artikel.html> [Stand: 10.03.2026].

7 Vgl. https://www.bbk.bund.de/DE/Warnung-Vorsorge/Warn-App-NINA/warn-app-nina_node.html [Stand: 10.03.2026].

8 Vgl. https://www.bbk.bund.de/DE/Warnung-Vorsorge/Vorsorge/Ratgeber-Checkliste/ratgeber-checkliste_node.html [Stand: 10.03.2026].



Mit der Warn-App NINA (Notfall-Informationen- und Nachrichten-App des Bundes) werden wichtige Warnmeldungen des Bevölkerungsschutzes gemeldet.
Foto: Picture Alliance/CHROMORANGE/Fotograf: Michael Bihlmayer



Grafik: eigene Darstellung

und erste Einsatzleitung zuständig, die ihnen per Ländergesetze zugewiesen sind; Länder organisieren den Katastrophenschutz; der Bund unterstützt bei national bedeutsamen Lagen.⁹

Ehrenamtliche Organisationen sind tragende Säulen dieses Systems. Das sind in erster Linie die Freiwilligen Feuerwehren auf kommunaler Ebene sowie das Technische Hilfswerk (THW) als eine Bundesanstalt im Geschäftsbereich des BMI, welches auf technische Hilfeleistung spezialisiert ist. Dazu kommen Organisationen wie das Deutsche/Bayerische Rote Kreuz (DRK/BRK), die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG), die

Johanniter-Unfall-Hilfe, der Malteser Hilfsdienst und Arbeiter-Samariter-Bund oder die Berg- und Wasserwacht in Bayern. Sie sind in die Katastrophenschutzstrukturen der Länder eingebunden, stellen u.a. Feuerlösch-, Bergungs- und Instandsetzungs-, Sanitäts- und Betreuungsdienst, Rettungshundestaffeln oder Wasserrettungseinheiten.

Mit dem sog. „Operationsplan Deutschland“ (auch: OPLAN DEU) entwickelt die Bundeswehr gemeinsam mit zivilen Behörden, Unternehmen und Hilfsorganisationen Verfahren, um im Krisen- oder Konfliktfall militärische Operationen auf deutschem Territorium mit zivilen Unterstützungsleistungen – etwa Transport, Infrastruktur, Logistik oder Schutz kritischer Einrichtungen – zu koordinieren. Der formelle Verteidigungsfall nach Art. 115a GG würde dabei den verfassungsrechtlichen Rahmen schaffen, in dem Bund, Länder und Streitkräfte ihre Zuständigkeiten enger verzahnen und zusätzliche zivile Ressourcen für die Landes- und Bündnisverteidigung mobilisieren können.¹⁰

Auch hier ist die Freistellung durch Arbeitgeber gesetzlich abgesichert, etwa durch landesrechtliche Regelungen. Dadurch entstehen aber auch Spannungen zwischen betrieblicher Planungssicherheit und gesellschaftlichem Engagement.

„Resilienz“ als Leitbegriff

In sicherheitspolitischen Debatten hat sich der Begriff „Resilienz“ etabliert. Er bezeichnet in diesem Zusammenhang die Fähigkeit eines Systems, Krisen zu bewältigen und sich anzupassen. Ursprünglich aus der Psychologie und Ökologie stammend, wird er heute zunehmend inflationär gebraucht. „Resilienz“ meint jedoch mehr als bloße Widerstandskraft; sie umfasst Lernfähigkeit, Anpassung und Vorsorge. Im Kontext von Wehrdienst und Bevölkerungsschutz bedeutet Resilienz die Verzahnung militärischer Abschreckung, funktionierender ziviler Gefahrenabwehr und informierter Bürgerinnen und Bürger. Bei Überdehnung des Begriffs geht jedoch seine analytische Schärfe verloren. Zumal nicht jede politische Maßnahme automatisch die Resilienz erhöht.

9 Vgl. <https://www.bmi.bund.de/DE/themen/bevoelkerungsschutz/zivil-und-katastrophenschutz/gefahrenabwehr-und-katastrophenschutz/gefahrenabwehr-und-katastrophenschutz-node.html> [Stand: 10.03.2026].

10 Vgl. dazu u.a.: <https://www.bundeswehr.de/de/organisation/operatives-fuehrungskommando-der-bundeswehr/auftrag-und-aufgaben/operationsplan-deutschland> [Stand: 10.03.2026].



Bei der Bekämpfung der Flutkatastrophe im Ahrtal im Juli 2021 waren sämtliche militärischen und zivilen Organisationen, wie hier THW, Freiwillige Feuerwehr oder Deutsches Rotes Kreuz, eingebunden.
Foto: Picture Alliance/Eigner-Pressefoto/
Fotograf: Jörg Niebergall

Für die Demokratie!

Deutschland ist eingebunden in das Militärbündnis der Nordatlantischen Allianz (NATO) und die Europäische Union. Militärische Einsatzbereitschaft, zivile Krisenreaktionsfähigkeit und gesellschaftliche Vorsorge stärken nicht nur die eigene Sicherheit, sondern auch die Bündnisfähigkeit. Wehrdienstmodelle, Reservestrukturen und ehrenamtlicher Katastrophenschutz sind Ausdruck eines erweiterten Sicherheitsbegriffs, der Staat und Gesellschaft zusammendenkt.

Wehrdienst und Wehrpflicht sind mehr als Rekrutierungsinstrumente. Sie berühren das Selbstverständnis einer demokratischen Gesellschaft, die Sicherheit nicht allein staatlichen Institutionen überlässt, sondern auf Mitwirkung baut. Ob in Uniform, im Zivilschutz oder in der individuellen Notfallvorsorge: Engagement stärkt die Handlungsfähigkeit des Gemeinwesens. Die demokratische Einbindung der Streitkräfte, die föderale Struktur des Bevölkerungsschutzes und das breite ehrenamtliche Fundament bilden gemeinsam ein System, das Sicherheit als gesamtgesellschaftliche Aufgabe versteht. 🟢



Der verlustreichste und einer der anspruchsvollsten Auslandseinsätze der Bundeswehr unter NATO-Führung: der Afghanistan-Einsatz 2003-2021
Foto: Picture Alliance/AP/Fotograf: Anja Niedringhaus

DER SCHUTZ VOR GEWALT ALS GRUNDLEGENDES GUT

von Hendrik Meyer-Magister

Die Evangelische Kirche in Deutschland betont in ihrer neuen Friedensdenkschrift, „dass der Schutz vor Gewalt unabdingbare Voraussetzung für umfassende Friedensprozesse ist.“¹



Bundesaußenminister Johann Wadepuhl (CDU) bei der Diskussion zur neuen Denkschrift der EKD
Foto: Picture Alliance/epd-bild/
Fotograf: Christin Ditsch

Am 13. November 2025 legte die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) ihre wenige Tage zuvor

erschienene neue Friedensdenkschrift „Welt in Unordnung – Gerechter Friede im Blick“ der politischen Öffentlichkeit Berlins zur Diskussion vor. Der Einladung der Evangelischen Akademie zu Berlin waren 200 Gäste ins Haus der EKD am Gendarmenmarkt gefolgt, viele weitere verfolgten die Veranstaltung online. In seiner Keynote hob der deutsche Außenminister Johann Wadepuhl an der Neupositionierung der Kirche – „seiner Kirche“, wie er betonte – lobend hervor, „dass der Schutz vor Gewalt die Grundlage, eine notwendige, wenn auch keine hinreichende

1 Evangelische Kirche in Deutschland: Welt in Unordnung – Gerechter Friede im Blick. Evangelische Friedensethik angesichts neuer Herausforderungen. Eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Leipzig 2025, S. 49, verfügbar unter: <https://www.ekd.de/friedensdenkschrift-2025-91393.htm> [Stand: 21.02.2026].



Ökumenisches Friedensgebet zum vierten Jahrestag des russischen Angriffs auf die Ukraine in der Französischen Frauenstadtkirche Berlin, 24. Februar 2026. V.l.n.r.: EKD-Vorsitzende Kirsten Fehrs, die Ehefrau des Bundespräsidenten, Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, der Botschafter der Ukraine in Deutschland S.E. Oleksii Makeiev, dessen Ehefrau, Außenminister Johann Wadepuhl (CDU), die Bevollmächtigte der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in Berlin Anne Gidion und der orthodoxe Bischof Emmanuel von Christoupolis

Foto: Picture Alliance/
Fotograf: Christian Ditsch

Voraussetzung für Freiheit, Gerechtigkeit und Pluralität – die anderen drei Elemente der protestantischen Friedensethik – ist.“²

Die Neuakzentuierung der evangelischen Friedensethik angesichts aktueller Herausforderungen

Der Schutz vor Gewalt ist die Grundlage anderer Elemente protestantischer Friedensethik. Damit greift Außenminister Wadepuhl punktgenau das zentrale Anliegen der neuen Denkschrift auf. Sie bekennt sich ausdrücklich zum Leitbild des Gerechten Friedens, das 2007 entwickelt worden war. In der letzten großen Friedensdenkschrift der EKD hieß es damals „Friede erschöpft sich nicht in der Abwesenheit von Gewalt, sondern hat ein

Zusammenleben in Gerechtigkeit zum Ziel.“³ Daher rief die damalige Denkschrift vier Dimensionen auf, die einen gerechten Frieden ausmachen: den „Schutz vor Gewalt“, die „Förderung von Freiheit“, die „Abbau von Not“ sowie die „Anerkennung kultureller Vielfalt“. Die damalige Denkschrift beschrieb Frieden nicht als Zustand, sondern als einen Prozess abnehmender Gewalt und zunehmender Gerechtigkeit“, in der sich die vier Dimensionen „gegenseitig ermöglichen, ermutigen und fördern.“⁴ Als Mittel und Wege in diesem Prozess wurden vor allem das internationale Völkerrecht und die zivile Konfliktbearbeitung betont. „Rechtserhaltende Gewalt“ sei zwar in „Grenzsituationen nicht auszuschließen“,⁵ heißt es. In Summe spricht aus der damaligen Denkschrift aber ein großer Optimismus, dass der Einsatz von Gewalt als ultima ratio, um Menschen vor Gewalt zu schützen, angesichts der Potentiale ziviler Friedensarbeit lediglich noch hypothetisch in Betracht kommt.

2 Auswärtiges Amt: Rede von Außenminister Wadepuhl bei der Vorstellung der neuen Friedensdenkschrift der EKD „Welt in Unordnung – Wege zum Gerechten Frieden“ am 13.11.2025 in Berlin, verfügbar unter: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/2743454-2743454> [Stand: 21.02.2026].

3 Evangelische Kirche in Deutschland: Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen. Eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Gütersloh 2007, S. 54, verfügbar unter: https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/ekd_friedensdenkschrift.pdf [Stand: 25.02.2026].

4 Ebd., S. 53-56, hier S. 54.

5 Ebd., S. 65.



Die Tradition der Ostermärsche als pazifistische und anti-militaristische Bewegung reicht bis in die 1960er Jahre zurück.

Foto: Picture Alliance/dpa/Fotograf: Horst Brix

Vor allem unter dem Eindruck des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine setzt nun die neue Friedensdenkschrift einen neuen Akzent. Die vier Dimensionen des Gerechten Friedens werden neu profiliert. Insbesondere gilt nun „der Schutz vor Gewalt als grundlegendes Gut, auf dem die anderen drei Dimensionen aufbauen.“⁶

Der Wehrdienst als vorrangig freiwilliger Dienst am Gemeinwesen

An der Frage des Wehrdienstes wiederholt sich im eigenen Leben die anspruchsvolle Argumentationsfigur evangelischer Friedensethik, dass, wer den Frieden sichern und erreichen wolle, sich möglicherweise zu Ausübung von Gewalt gezwungen sehe, um einen grundlegenden Schutz vor Gewalt zu gewährleisten und weitere Schritte zum Gerechten Frieden gehen zu können. Diese Überlegung stellt gerade für Christinnen und Christen eine besondere Herausforderung dar, angesichts des biblischen Tötungsverbot, Jesu Mahnungen zur Gewaltlosigkeit sowie des verheißenen umfassenden Frieden Gottes als Grund und Ziel menschlichen Lebens und Handelns in der Welt.

Die neue EKD-Friedensdenkschrift enthält eine ausführliche Passage zum Wehrdienst – fasst, bevor die jetzige politische Regelung beschlossen wurde. Grundsätzlich gilt: Es ist als am Gemeinwesen orientierte Konkretion christlicher Nächstenliebe gut begründbar, dass sich Einzelne

6 Evangelische Kirche in Deutschland (wie Anm. 1). So die Ratsvorsitzende der EKD, Bischöfin Kirsten Fehrs, in ihrem Vorwort, S. 8.

für die Belange und die Sicherheit aller einsetzen und dafür auch in die Pflicht genommen werden können. Da es sich aber erstens immer um ein zunächst vom Individuum ausgehendes Pflichtgefühl handelt und zweitens individuelle Freiheitsrechte gegen die Verpflichtungen für das Gemeinwesen abzuwägen sind, ist in der Perspektive evangelischer Ethik der Ausbau freiwilliger Dienstmöglichkeiten allen staatlichen Pflichtdiensten vorzuziehen. Für eine evangelische Position zum Wehrdienst und anderen Pflichtdiensten gilt daher: „So viel Freiwilligkeit wie irgend möglich“, wie die EKD bereits im Oktober 2025 aus Anlass der Bundestagsdebatte zum Wehrpflichtgesetz verlauten ließ.⁷ Eine Musterung und Wehrüberwachung sei zwar mit diesem „Vorrang der Freiwilligkeit“ vereinbar,⁸ grundsätzlich sei aber eine auf Freiwilligkeit grün-



Protest verschiedener Friedensorganisationen vor dem Bundestag im Oktober 2025 gegen das Wehrdienstmodernisierungsgesetz

Foto: Picture Alliance/SZ-Photo/Fotograf: Christian Ditsch

dende Berufsarmee vorzuziehen. Ein Dienst an der Waffe müsse ferner „in ein umfassendes friedenspolitisches Konzept eingebettet werden“,⁹ in dem Wehrdienst und Friedensdienst zusammengedacht würden. Auch andere Dienste, die die Resilienz der Gesellschaft im Kriegs- und Krisenfall stärken, müssten hier Berücksichtigung finden: der Katastrophenschutz, die kritische Infrastruktur und die Krankenversorgung sind als Beispiele im Blick.

7 Vgl. Bischöfin Fehrs: Wehrdienst und Friedensdienst zusammendenken. Pressemitteilung der EKD vom 16.10.2025, verfügbar unter: <https://www.ekd.de/92341.htm> [Stand: 25.02.2026].

8 Evangelische Kirche in Deutschland (wie Anm. 1), S. 129.

9 Ebd., S. 133.

Auch die friedensfördernde Bildungsarbeit etwa in der evangelischen Jugend-, Gemeinde- und Erwachsenenbildungsarbeit und die Diskursarbeit der evangelischen Akademien gehören dazu. Nur unter der Voraussetzung, dass die Möglichkeiten freiwilliger Dienste ausgeschöpft werden, erwägt die Denkschrift nicht zuletzt auch Argumente für eine allgemeine Dienstpflicht.

Im Horizont der Abwägung individueller Rechte und kollektiver Ansprüche gehört das grundgesetzlich garantierte Recht auf Kriegs- und Wehrdienstverweigerung für die EKD unaufgebar zur Gestaltung jeden Wehrdienstes dazu. Die Kirche sieht ihre Rolle bei der Frage nach der Verweigerung in der Sicherung des grundlegenden Rechts in Art. 4. Abs. 3 GG, der Förderung der öffentlichen Debatte sowie in der Beratung von Menschen, die sich mit der Frage tragen, den Wehrdienst zu leisten oder zu verweigern. Am Ende geht es der evangelischen Kirche darum, Menschen Gewissensbildung und ethische Urteilsbildung zu ermöglichen. Dabei – das ist ein neuer Akzent in der Denkschrift – ist für die Kirche nun die Angst vor dem eigenen Tod ausdrücklich ein legitimer Verweigerungsgrund.¹⁰ Die individuellen Gewissensentscheidungen sind von Kirche und Gesellschaft unbedingt zu akzeptieren. Wichtig in diesem Zusammenhang ist aber auch festzuhalten, dass die Beratung und Begleitung in ethischen Fragen und persönlichen Nöten auch für Soldatinnen und Soldaten gelten. Auch sie bleiben ihrem Gewissen verpflichtet und die Militärseelsorge und sowie andere Stellen der evangelischen Kirche stehen ihnen zur Verfügung.

Der lange Lernweg des deutschen Nachkriegsprotestantismus in Friedensfragen

Mit der jetzt veröffentlichten Denkschrift ist eine neue Wegmarke auf einem langen Lernweg erreicht, den der Protestantismus seit 1945 zurücklegen musste. Auf dem Weg positionierte er sich unterschiedlich und teils widersprüchlich in gesellschaftlichen Debatten. Er rang bisweilen erbittert mit sich selbst und – stieß und stößt auch immer wieder an eigene Grenzen.

¹⁰ Ich danke Martin Tontsch für diesen Hinweis: Martin Tontsch: Gerechter Frieden erfordert Urteilskraft, Demokratie und Glauben, 12. 11. 2025, verfügbar unter: <https://www.sonntagsblatt.de/artikel/kirche/martin-tontsch-zur-neuen-ekd-denkschrift-gerechter-frieden-erfordert-urteilskraft> [Stand: 25.02.2026].



Ein Vertreter des IDK (Internationale der Kriegsdienstverweigerer) vor einer Erfassungsstelle in der Ettstraße in München 1956
Foto: Picture Alliance/SZ-Photo/
Fotograf: Otfried Schmidt



Wie weit entfernt der Ausgangspunkt dieses Lernweges von den Überlegungen der Denkschrift aus diesem Jahrtausend liegt, lässt sich exemplarisch an Hanns Lilje verdeutlichen. Der Theologe wurde 1945 Mitglied des Rates der neugegründeten Evangelischen Kirche in Deutschland und war von 1947 bis 1971 Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannovers. Er hatte das Ende des Ersten Weltkriegs an der Westfront miterlebt, feierte aber 1941 in einer kleinen Schrift den „Krieg als geistige Leistung“. Er wies ihm darin als Werkzeug Gottes eine schöpferische Kraft zur Neuordnung der Welt zu. Dem Einzelnen böte der Krieg die Chance, sich auf neue Weise existentiell zu

Hanns Lilje und Hermann Dietzfelbinger im Gespräch 1968
Foto: Picture Alliance/Fotograf: Fritz Neuwirth

Blick auf die Ruine der Frauenkirche in Dresden. Im Zweiten Weltkrieg zerstört erklärte das DDR-Regime die Kirchenruine 1966 offiziell zum Mahnmal gegen den Krieg. Foto: *Picture Alliance/imageBROKER/Fotograf: Sylvio Dittrich*



bewähren.¹¹ Das war, nach Johanna Vogel, durchaus eine verbreitete Ansicht im deutschen Protestantismus bis 1945.¹²

Nur vereinzelt gab es auch andere Stimmen: Ein Beispiel ist der Pfarrer Friedrich Siegmund-Schultze. Er war Mitorganisator der Weltkirchenkonferenz gewesen, die am Vorabend des Ersten Weltkriegs 1914 in Konstanz stattfand. Als unmittelbare Reaktion auf den Ausbruch des Krieges gründete Siegmund-Schultze noch auf der Rückreise zusammen mit dem britischen Quäker Henry Hodgkin den „Internationalen Versöhnungsbund“. Während des Ersten Weltkrieges begann auch sein Engagement für die Kriegsdienstverweigerer, das sein weiteres Wirken bis in die spätere Bundesrepublik begleitete.¹³ Wie sehr Siegmund-Schultze vor 1945 eine Ausnahme blieb, zeigt der Umstand, dass unter den vermutlich tausenden Kriegsdienstverweigerern, die von den

Nationalsozialisten getötet wurden,¹⁴ mit Hermann Stöhr, dem deutschen Sekretär des Internationalen Versöhnungsbundes, nur ein Fall bekannt ist, in dem ein evangelischer Christ aus dem landeskirchlichen Spektrum unter Bezug auf seinen Glauben den Kriegsdienst verweigerte und zum Tode verurteilt wurde.¹⁵ Einen echten Neubeginn stellte daher die Verlautbarung der Kirchenversammlung vom 13. Juli 1948 in Eisenach dar: „Auf der Gewalt liegt kein Segen, und Kriege führen nur tiefer in Bitterkeit, Haß, Elend und Verwahrlosung hinein.“¹⁶

Nach der Gründung der beiden deutschen Teilstaaten warf in der Bundesrepublik der entschlossene Westintegrationskurs der Regierung Adenauer bald die Frage auf, wie ein westdeutscher Verteidigungsbeitrag aussehen könnte. Schon 1955 wurden die ersten Bundeswehrsoldaten vereidigt, ab 1956 galt eine Wehrpflicht. Für den Protestantismus war die Wiederbewaffnungsdebatte eine große diskursive Herausforderung. Eine Mehrheit unterstützte Adenauers Kurs und sprach sich entsprechend für die Wiederbewaffnung und

11 Vgl. Hanns Lilje: *Der Krieg als geistige Leistung*, Berlin 1941.

12 Vgl. Johanna Vogel: *Kirche und Wiederbewaffnung*. (Arbeiten zur kirchlichen Zeitgeschichte B,4), Göttingen 1974, S. 89.

13 Vgl. dazu ausführlicher: Hendrik Meyer-Magister: *Kriegsdienstverweigerung als die richtige persönliche Haltung vor Gott und den Menschen. Das Engagement Friedrich Siegmund-Schultzes für die Kriegsdienstverweigerung in den frühen Jahren der Bundesrepublik*, in: *Zeitschrift für Evangelische Ethik* 61 (1) (2007), S. 40-59.

14 In den historischen Akten wird unter dem Tatbestand der „Wehrkraftzersetzung“ nicht zwischen Menschen unterschieden, die sich ihrer Einberufung widersetzen oder die von ihrer Einheit desertierten, daher bleiben die Zahlen ungenau.

15 Vgl. dazu wie zum folgenden: Hendrik Meyer-Magister: *Wehrdienst und Verweigerung als komplexes Handeln (Religion in der Bundesrepublik Deutschland 7)*, Tübingen 2019, hier: S. 98.

16 Zit. nach: *Evangelische Kirche in Deutschland und die Wiederaufrüstungsdiskussion in der Bundesrepublik 1950-1955*, hg. v. Wolf Werner Rausch/Christian Walther, Gütersloh 1978, S. 22 f.

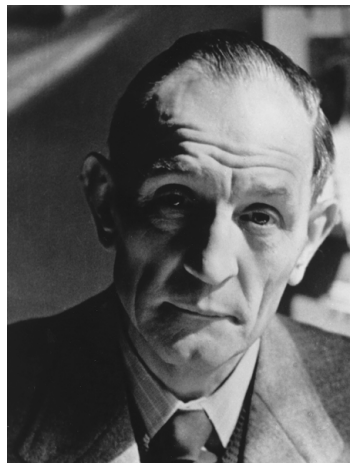


Bei der Podiumsdiskussion „Deutsche Zerrissenheit – Frieden schaffen mit Waffen“ auf dem 39. Evangelischen Kirchentag im Mai 2025 zeigen Anwesende ihre Meinung deutlich. Foto: Picture Alliance/epd-bild/Fotograf: Paul-Philipp Braun

die Wehrpflicht und eine sehr enge Auslegung des Rechtes auf Kriegsdienstverweigerung aus. Ein kleinerer, aber sehr prominenter Teil um den zurückgetretenen Innenminister der ersten Adenauerregierung Gustav Heinemann und den Darmstädter Kirchenpräsidenten Martin Niemöller protestierte lautstark gegen die Westintegrations- und Wiederbewaffnungspläne.

Als in den späten 1950er Jahren gar eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr im Raum stand, zerbrach die evangelische Kirche beinahe an der Frage, ob Christen als Soldaten an der atomaren Abschreckung teilhaben könnten. In dieser Situation gab es schließlich nur den Ausweg, in den sogenannten Heidelberger Thesen von 1959 die Entscheidung über Wehrdienst und Verweigerung ganz ins individuelle Gewissen zu verlagern. Jeder müsse selbst wissen, in welcher Weise er besser dem Weltfrieden diene: „[N]icht jeder muß dasselbe tun, aber jeder muss wissen, was er tut.“¹⁷ Beide Handlungen, der Wehrdienst und seine Verweigerung, seien praktisch wie ethisch „komplementär“. Diese Komplementaritätsformel ermöglichte es, eine Spaltung des Protestantismus anhand der Wehrdienstfrage zu vermeiden.

Ende der 1950er Jahre waren so wichtige friedensethische Grundeinsichten erreicht, die den westdeutschen und wiedervereinten Protestantismus nachhaltig prägten. Das betrifft erstens die Einsicht, dass ein Krieg im Zeitalter von Atomwaffen die überkommenen Kriterien des Gerechten Krieges nicht erfüllen könne. Konsequenterweise wurde



dann in der Denkschrift von 2007 die Theorie des Gerechten Krieges programmatisch durch die Leitidee des Gerechten Friedens ersetzt. In Differenz zu den Heidelberger Thesen wurde darin aber auch festgehalten, dass eine Drohung mit Atomwaffen nicht mehr zu rechtfertigen sei. Die sicherheitspolitische Lage hatte sich im Vergleich zum Kalten Krieg verändert. Im Kontext der asymmetrischen Kriege nach dem 11. September 2001 schien ein großer Landkrieg, noch dazu unter Einsatz von Atomwaffen, für die Autorinnen und Autoren keine reale Gefahr mehr. Aus heutiger Sicht ist bezeichnend, dass Russland in der friedensethischen Denkschrift der EKD von 2007 nur dreimal erwähnt wird. Das dabei transportierte Bild ist das eines Partners für die Sicherheit in Europa, zum dem das Vertrauen ausgebaut werden muss.

Die nun aktualisierte Position aus dem November 2025 hält zwar erstens daran fest, dass eine Drohung mit Atomwaffen ethisch nicht zu rechtfertigen sei, stellt aber angesichts des Krieges gegen die Ukraine und der neuerlichen Drohungen

Foto links: Martin Niemöller 1946 Foto: Picture Alliance/dpa

Foto rechts: Gustav Heinemann im September 1949 Foto: Picture Alliance/ ASSOCIATED PRESS

17 Vgl. Günter Howe: Atomzeitalter. Krieg und Frieden, Witten/Berlin 1959, S. 235.

1952: ähnliche Schlagzeilen wie in der Gegenwart
 Foto: Picture Alliance/SZ-Photo/Fotograf: Poehlmann



Richard von Weizsäcker bei einer Rede in der Stadtkirche von Wittenberg anlässlich des Evangelischen Kirchentags der DDR im Lutherjahr 1983. Das Kreuz im Vordergrund trägt die Aufschrift ‚Christus - Frieden‘.
 Foto: Picture Alliance/SZ-Photo/Fotograf: Manfred Kunst

Russlands mit dem Einsatz von Atomwaffen auch fest, dass es nicht nur politisch, sondern auch ethisch unter dem Primat des Schutzes vor Gewalt geboten sein könne, zur Abschreckung Atomwaffen vorzuhalten – in dem Bewusstsein, dass dann mit ihrem Einsatz auch glaubhaft gedroht werden muss. Die Denkschrift erkennt an, dass hier ethische Dilemmata entstehen, die nicht aufgelöst werden können: „Egal, welche Option sie wählen, die Verantwortlichen laden Schuld auf sich.“¹⁸ Daher betont auch die neuere Denkschrift, dass langfristig

18 Evangelische Kirche in Deutschland (wie Anm. 1), S. 114.

die nukleare Abschreckung zugunsten des Vorrangs ziviler Konfliktbewältigung überwunden werden müsse.¹⁹

Zweitens hat der Protestantismus in der Bonner und Berliner Republik bis in die Gegenwart an der ethischen Gleichbewertung eines „Friedensdienstes mit und ohne Waffen“ festgehalten, wie die prominente Formel des Kirchentags 1967 lautet. Auch die neue Denkschrift betont, dass man weder behaupten könne, „dass eine außerhalb der Bundeswehr abgeleistete Dienstpflicht das deutlichere Zeichen christlichen Einsatzes für den Frieden darstellt, noch [sei] es sachgemäß, den Militärdienst als die vorzugswürdigere Form der Verantwortungsübernahme für den Frieden auszuweisen.“²⁰ Damit wird erneut eine Formulierung abgewiesen, die 1965 in der Konferenz der evangelischen Kirchenleitungen der DDR gefunden wurde und die in den 1980er Jahren auch in der Friedensbewegung der Bundesrepublik populär wurde: Die Kirchen in der DDR sprachen 1965 – unter anderen politischen Vorzeichen – von einem „deutlicheren Zeichen“ für den Frieden, wenn Christen den unbewaffneten Dienst als Bausoldaten in der Nationalen Volksarmee (NVA) wählten.²¹

Drittens ist es seit den Heidelberger Thesen dabei geblieben, dass die evangelische Kirche Christinnen und Christen die Entscheidung für oder gegen den Wehrdienst nicht autoritär vorgeben will und kann. Es kommt auf das einzelne Individuum an, eine selbstbestimmte Entscheidung zu treffen. Die Kirche sieht ihre Rolle darin zu informieren, zu beraten, das Gewissen zu bilden und Menschen seelsorglich zu begleiten. Das gilt für Menschen in den Streitkräften wie für solche, die den Dienst an der Waffe verweigern.

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts waren daher parallel die Militärseelsorge und die

19 Vgl. ebd., S. 117. Dieses so genannte „dynamische“ Verständnis der Komplementaritätsthese ist aber – anders als der Text an dieser Stelle suggeriert – durchaus in den Heidelberger Thesen angelegt, auch wenn die Komplementarität über Jahrzehnte eher als „statisch“ rezipiert wurde.

20 Ebd., S. 135.

21 In der DDR gab es kein Recht auf Kriegsdienstverweigerung und keinen Ersatzdienst außerhalb der NVA. 1964 wurde die Möglichkeit geschaffen, als unbewaffneter Bausoldat seinen Militärdienst abzuleisten, was viele Christen in der DDR in Anspruch nahmen, auch wenn es mit Nachteilen verbunden war.

kirchliche Arbeit mit Kriegsdienstverweigerern zentrale Arbeitsfelder. Die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden, die ab den 1960er Jahren in der Beratung und Betreuung von Kriegsdienstverweigerern aktiv ist, ist Ausdruck dieser Arbeit.²² Die wichtige Dachorganisation, die Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer, war über lange Jahre ebenso durch evangelische Pfarrpersonen geprägt: zu Beginn durch den schon erwähnten Friedrich Siegmund-Schultze, dann über 30 Jahre durch ihren Vorsitzenden Ulrich Finckh und nach der Jahrtausendwende durch Margot Käßmann.²³

Im September 2010 wurde nach 32 Jahren die „Zentralstelle für die Rechte der Kriegsdienstverweigerer (KDV)“, hier dessen damaliger Leiter Peter Tobiassen, aufgelöst.

Foto: Picture Alliance/dpa/Ingo Wagner



Auch die evangelischen Friedensdienste, etwa von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste oder die Freiwilligendienste von Brot für die Welt, gehören in den Kontext aktiver, evangelischer Friedens- und Bildungsarbeit in aller Welt und haben über die Jahre einen erprobten Schatz an Methoden ziviler Konfliktbearbeitung erarbeitet.²⁴

Evangelische Akteurinnen und Akteure waren wichtiger Bestandteil der Friedensbewegung der 1980er Jahre in der Bundesrepublik und der DDR, die unter dem Leitmotiv „Schwerter zu Pflugscharen“ (Micha 4.3) das christliche Friedenszeugnis hochhielten – bis weit über die Jahrtausendwende, als für andere kirchliche Akteurinnen und Akteure das Friedensthema nach dem „Ende der Geschichte“ (F. Fukuyama) längst erledigt schien. Die

Verlautbarungen von 2007 und insbesondere 2019, sind durch ihren pazifistischen, teils auch radikal-pazifistischen Geist geprägt. Der erneute Angriff Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 läutete dann aber für den Protestantismus eine „friedensethische Zeitenwende“ ein, so der ehemalige Ratsvorsitzende der EKD, Wolfgang Huber.²⁵

Die Entstehung und der Charakter der neuen Friedensdenkschrift

Bald nach dem 24. Februar 2022 setzte im deutschsprachigen Protestantismus eine breite und intensiv geführte friedensethische Debatte ein. War eine grundlegende Revision der bisherigen Position nötig oder aber waren ihre Potentiale nur nicht konsequent ausgeschöpft worden?²⁶ Im September 2022 beschloss der Rat der EKD, eine neue Denkschrift erarbeiten zu lassen. In der Vergangenheit hatte es dazu in der EKD ein System sog. „Kammern“ gegeben, in denen Expertinnen und Experten aus Kirche, Wissenschaft und Gesellschaft zu verschiedenen aktuellen Themen arbeiteten. Heute sind die Kammern durch ein Expertennetzwerk ersetzt. In diesem Fall beschränkt die Kirche einen neuen und noch partizipativeren Weg: Die sog. „Friedenswerkstatt“ der EKD führte insgesamt vier öffentliche Konsultationstagungen an evangelischen Akademien in ganz Deutschland durch, die den Meinungsbildungsprozess voranbringen sollten.²⁷ Aus dem bisweilen zähen Ringen um Positionen und Formulierungen formte ein Redaktionsteam unter Vorsitz des Münchner Professors für Systematische

22 Vgl. <https://www.eak-online.de/> [Stand: 24.02.2026].

23 Die Zentralstelle löste sich 2011 auf, weil sie ihren Auftrag als erfüllt ansah. Vgl. dazu: Peter Tobiassen: Die Zentralstelle KDV hat ihre Auflösung beschlossen, April 2011, <https://www.friedenskooperative.de/friedensforum/artikel/die-zentralstelle-kdv-hat-ihre-aufloesung> [Stand: 25.02.2026].

24 Dieses Engagement hätte laut Martin Tontsch in der aktuellen Denkschrift mehr Würdigung erfahren dürfen. Vgl. Tontsch (wie Anm. 10).

25 Vgl. Wolfgang Huber: „Die Alternative zur Gewaltfreiheit ist nicht Nichtstun“, epd-Gespräch mit Markus Geiler und Franziska Hein, 22. 07. 2022, <https://www.ekd.de/huber-die-alternative-zur-gewaltfreiheit-ist-nicht-nichtstun-74343.htm> [Stand: 24.02.2026].

26 Vgl. dazu exemplarisch: Johannes Fischer: Ein Scherbenhaufen. Kritische Anmerkungen zur offiziellen Friedensethik der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), 02.03.2022, verfügbar unter: <https://zeitzeichen.net/node/9604> [Stand: 25.02.2026] sowie: Fragen zum Frieden (II). Antworten von Margot Käßmann, 27.04.2022, verfügbar unter: <https://zeitzeichen.net/node/9730> [Stand: 25.02.2026].

27 Die Beiträge sind dokumentiert in: Gerechter Friede auf dem Prüfstand: Ein Lesebuch zu gegenwärtigen Suchprozessen evangelischer Friedensethik, hg. v. Maximilian Schell/Reiner Anselm/Friederike Krippner, Leipzig 2025.

Theologie, Reiner Anselm, sowie der Berliner Akademiedirektorin Friederike Krippner den Text der Denkschrift, den sich der Rat vor Veröffentlichung zu eigen machte.

So ist der Text einerseits als die maßgebliche öffentliche Positionierung der EKD zum Frieden zu betrachten. Die Denkschrift stellt aber andererseits kein lehramtliches Dokument dar, das die für alle in der Kirche zu vertretende Position vorgibt – allein schon, weil die evangelische Theologie und Kirche ein solches kirchliches Lehramt nicht kennt. Sie bietet in ihren Abwägungen vielmehr so etwas wie einen überlappenden Konsens (J. Rawls), hinter dem sich eine Mehrzahl der Beteiligten versammeln konnte, ohne die faktischen Unterschiede der Positionen innerhalb des Protestantismus zu leugnen oder zu kaschieren. Die Denkschrift selbst spricht von einem „ethischen Korridor“:²⁸ Der Text will Christinnen und Christen Orientierung für eigene Entscheidungen geben sowie Theologie, Kirche und Gesellschaft Anlass zu weiteren Debatten bieten. Die Debatte wird auch innerhalb des Protestantismus sehr grundsätzlich weitergeführt, wie etwa die Kritik der Sozialwissenschaftlerin Ines-Jacqueline Werkners, Leiterin des Arbeitsbereichs „„Frieden“ an der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft Heidelberg, zeigt. Für sie geht der ‚Versuch, eine Vorrangstellung der Dimension ‚Schutz vor Gewalt‘ zu begründen, [...] nicht auf.‘ Mehr noch: die ethischen Ausführungen zur Atomwaffenbewaffnung seien ein „permanentes Hin und Her“.²⁹

Die neue Friedensdenkschrift als Wegmarke eines unabgeschlossenen Lernweges

Evangelische Friedensethik versteht sich als eine Ethik, die sich vor dem Hintergrund bleibender Linien und festzuhaltender, einmal errungener Einsichten immer wieder kontextuell neu ausrichtet und auf die Herausforderungen der Zeit reagiert. Die zuletzt erschienene Denkschrift „Welt in Unordnung – Gerechter Friede im Blick“ stellt in diesem Sinne eine wichtige Wegmarke auf dem friedensethischen Lernweg des Protestantismus dar. Sie will in Kirche und Gesellschaft das individuelle Urteilsvermögen schärfen

28 Evangelische Kirche in Deutschland (wie Anm. 1), S. 146.

29 Ines Jaqueline Werkner: Eine Chance vertan. Warum die neue Friedensdenkschrift der EKD enttäuscht, 26.11.2026, verfügbar unter: <https://zeitzeichen.net/node/12162> [Stand: 25.02.2026].

sowie Gewissensbildung und eigene Entscheidungen möglich machen. Als „Denkschrift“ ist sie als eine Verlautbarung des Rates der EKD ausgewiesen. Seine Stimme wird oft als die öffentliche Stimme des Protestantismus angesehen. Dadurch gewinnen Denkschriften besonderes Gewicht, wie nicht zuletzt die Würdigung durch Außenminister Wadehul in Berlin zeigte, ohne lehramtlich bindend zu sein. Der Text bündelt zurückliegende Debattenstränge in einer breit vertretbaren, abgewogenen Positionierung, will und kann aber Debatten nicht autoritär entscheiden und beenden, sondern weitere Diskurse und praktische Angebote möglich machen.³⁰

Der Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern (ELKB), Christian Kopp, hat sich im Januar 2026 mit einem Schreiben unter dem Motto „Du entscheidest. Wir begleiten.“ an alle nun zur Stellungnahme aufgerufenen jungen Menschen in der bayerischen Landeskirche gewandt.³¹ Er selbst besucht verstärkt Schulen, um mit jungen Menschen in Diskussion zum neuen Wehrdienst zu kommen. Die Arbeitsstelle „kokon für konstruktive Konfliktbearbeitung“ der ELKB in Nürnberg koordiniert und bietet Beratung zur Kriegsdienstverweigerung an und baut die Angebote der Landeskirche dazu gerade aus.³²

Die Denkschrift kann diese konkrete Arbeit als Diskurs- und Orientierungsangebot unterstützen. Dabei ist sie selbst nicht frei von Widersprüchen und Ausdruck von „Suchprozessen evangelischer Friedensethik“.³³ Sie bleibt damit vorläufig, relativ und in zukünftigen Kontexten wieder revisionsbedürftig. Darum weiß sie selbst: „Wer sich als Geschöpf versteht, kann seine eigene Position nicht absolut setzen. Er weiß um seine Begrenztheit und ist gehalten, sich infrage stellen zu lassen.“³⁴ 🌱

30 Vgl. etwa: Forschungsstätte der Evang. Studiengemeinschaft (FEST): Welt in Unordnung – Reflexionen auf die neue Friedensdenkschrift (Heidelberger Forum zur Friedensethik, 12. bis 13. November 2025), epd-Dokumentation 6/26 sowie die neue Podcastreihe der EKD „Frieden denken“, verfügbar unter: <https://www.ekd.de/neue-podcast-reihe-frieden-denken-91782.htm> [Stand: 25.02.2026].

31 Vgl. <https://www.bayern-evangelisch.de/64041CBB5CE64869889DE2F42661DA38.php> [Stand: 25.02.2026].

32 Vgl. u.a. die Website: <https://kirche-an-deiner-seite.de/> [Stand: 25.02.2026].

33 Vgl. den Untertitel des Sammelbandes zur Dokumentation der vorbereitenden Konsultationstagen: Schell/Anselm/Krippner (wie Anm. 26)

34 Evangelische Kirche Deutschland (wie Anm. 1), S. 26.

DIE STÄRKSTE ARMEE EUROPAS



Andreas Hoffmann ist Grafiker und Illustrator aus München.

MUSIK UND POLITIK: DER SOUND DER ZEIT

NEIN, MEINE SÖHNE GEB' ICH NICHT

von Reinhard Mey



Reinhard Mey, deutscher Liedermacher, 1987

Foto: Picture Alliance/
United Archives/kpa

Der Titel von Reinhard Meys Lied wirkt wie ein sehr persönliches, trotziges Bekenntnis. Als er dieses im Jahr 1986 formuliert, spricht daraus die Perspektive eines Vaters, der die Geschichte zu kennen glaubt und ihr deshalb misstraut. Die Bundesrepublik befindet sich damals in einer Phase der Zuspitzung: NATO-Doppelbeschluss (1979), Friedensbewegungen und die reale Angst vor einem nuklearen Krieg. Die Wehrpflicht ist selbstverständlich, aber keineswegs unumstritten. In der Debatte der 1980er Jahre fügt Mey eine Stimme hinzu, die nicht laut, aber unmissverständlich ist. Der Kern des Liedes folgt weniger politischer Programmatik als individuellem Verantwortungsgefühl. Mey denkt den Krieg vom Ende her: von Verletzten, Gefallenen und Familien, die den Preis zahlen. Seine Absage richtet sich nicht nur gegen konkrete Konflikte, sondern gegen eine Logik, in der junge Menschen als verfügbare Ressource erscheinen. Zwischen Kasernenhof und Kinderzimmer, so ließe sich seine Haltung zuspitzen, vollziehen sich politische Entscheidungen oft leise – jenseits von Strategiedebatten. Gesellschaftlich steht das Lied für einen Scheideweg, an dem sich Männlichkeitsbilder ausformen. Wehrdienst sollte kein selbstverständlicher Initiationsritus sein, sondern eine Entscheidung, die man verweigern oder durch Zivildienst ersetzen konnte. Für viele bedeutete das, das eigene Gewissen oder persönliche Einstellungen gegen staatliche Erwartungen zu stellen. Meys Song wurde zum emotionalen Resonanzraum dieser Haltung. Heute, nach der Aussetzung der Wehrpflicht 2011, kehrt die Frage mit neuer Dringlichkeit zurück. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die sicherheitspolitische Lage Europas verändert. EU und NATO stehen vor der

Aufgabe, Abschreckung glaubhaft zu machen und militärisch handlungsfähig zu sein. Der Aufwuchs der Bundeswehr ist Ausdruck realpolitischer Notwendigkeiten: vertraglicher Verpflichtungen und strategischer Verantwortung. Gerade diese Realität verschärft den inneren Konflikt in Meys Lied. Wenn Verteidigungsfähigkeit eingefordert wird, stellt sich die Frage, wer sie tragen soll. Für heutige Generationen steht die Entscheidung für Bundeswehr bzw. Freiwilligendienste oder dagegen im Spannungsfeld von Sicherheit, Solidarität und Lebensplanung. „Nein, meine Söhne geb' ich nicht“ liefert keine einfachen Antworten, setzt aber einen deutlichen Kontrapunkt. Das Lied erinnert daran, dass militärische Stärke auf individuellen Entscheidungen beruht und dass sicherheitspolitische Strategien letztlich in privaten Biografien ankommen.

Gregor Köstler

SHOULD I STAY OR SHOULD I GO?

von The Clash



Die britische New-Wave-Band The Clash während eines Auftritts am 19. Mai 1981 im Kronebau des Circus Krone in München

Foto: Picture Alliance/
Fotograf: Frank Leonhardt

Soll ich bleiben oder soll ich gehen? Im Song von The Clash geht es ursprünglich um widersprüchliche Gefühle in einer Liebesbeziehung. Doch in unserem Leben gibt es viel mehr Stationen, die einer mehr oder weniger einfachen Entscheidung bedürfen. Ähnlich widersprüchliche Gefühle kann man sicherlich zwischen dem „staatsbürgerlichen“ und dem „individuellen“ Ich haben; gerade die jungen Menschen, die für einen möglichen Wehrdienst in Frage kämen, befinden sich entwicklungspsychologisch genau in diesem Zwiespalt. So wird die Frage aus dem Song von 1982 zur brandaktuellen Gewissensfrage der Generation Z.

Should I stay or should I go? — die Frage, die sich viele junge Menschen stellen, wenn der neue Wehrdienst diskutiert wird.

Für manche bedeutet der Dienst eine klare Pflicht und eine Chance Verantwortung zu übernehmen, Stabilität zu erfahren und einen gesellschaftlichen Beitrag zu leisten. Für andere stehen die persönliche Freiheit, der eigene Lebensweg und Bedenken hinsichtlich Einsatzmöglichkeiten, Belastung oder politischer Haltung im Vordergrund.

Viele überlegen: Welche Werte stecken hinter dem Dienst? Gemeinwohl, Sicherheit, Dienst an der Gesellschaft oder eher Pflichtgefühl? Welche beruflichen Perspektiven ergeben sich? Förderprogramme, Ausbildung oder Ende von Karriereplänen? Wie wirkt sich der Dienst auf Studium, Ausbildung oder Auslandserfahrung aus? Welche Alternativen gibt es, etwa ziviler (Ersatz-) Dienst oder Freiwilligendienste? Welche Risiken und Belastungen sind zu erwarten, und wie gut wird Unterstützung angeboten?

Am Ende kann die Entscheidung von einer Mischung aus persönlichen Zielen, Ausblicken auf die Zukunft und dem Verständnis dessen, was der Dienst konkret für jeden Einzelnen bedeutet, getragen sein. Die Frage bleibt: *Should I stay or should I go*: sicherlich den Weg, der am besten zu meiner individuellen Lebensplanung passt oder eben dem „staatsbürgerlichen“ Ich Rechnung trägt.

Aber was, wenn der Wehrdienst nun doch verpflichtend wird: *If I go, there will be trouble/And if I stay, it will be double?*
Nadja Renner

ARMY DREAMERS

von Kate Bush



Kate Bush, britische Sängerin, Tänzerin und Musikproduzentin, performt mit Begleitung ihren Song *Army Dreamers*, Deutschland 1983.
Foto: Picture Alliance/kpa

Lila Blumen schmücken einen Sarg, getragen von vier Männern in Uniform. *What could he do? Should have been a father. But he never even made it to his twenties*, fragt sich Kate Bush, die in *Army Dreamers* in die Rolle einer Mutter schlüpft. Sie trauert um ihren im Krieg gefallenen Sohn und fragt sich, was aus seinem jungen Leben hätte werden können: Ein Rockstar? Ein Politiker? Ein Vater? Bush kritisiert, dass die jungen Männer ohne Ausbildung, oft keine andere Perspektive hätten, als zum Militär zu gehen und dort nur eine geringe Chance haben, zu überleben – *what a waste of army dreamers*.

Das Lied drückt aus, was sich in Anbetracht der Debatte um die Wiedereinführung der Wehrpflicht viele denken. Was bedeutet es, im Militär zu sein? Was macht es mit meiner Zukunft, mit der Zukunft meiner Kinder oder meiner Geschwister? Wie ist es, den Dienst an der Waffe anzutreten? Auch wenn ein Wehrdienst nicht zwangsläufig bedeutet, tatsächlich im Krieg eingesetzt zu werden, so ist diese Möglichkeit doch nicht ausgeschlossen. Und durch die Debatten rückt der Gedanke daran, dass die Zeit, die wir hier in Europa in Frieden leben konnten, vorbei sein könnte oder Frieden nicht mehr so selbstverständlich ist, wie es möglicherweise einmal war, immer mehr ins Bewusstsein. Bei vielen Menschen löst das ein Gefühl von Unsicherheit und Angst aus. Denn es wird deutlich: Diejenigen, die für Kriege rekrutiert werden, sind formell schon erwachsen, haben ihr Leben aber noch vor sich. Der Dienst an der Waffe beendet die Zuversicht auf eine unbeschwerte, glückliche Zukunft schlagartig. Das gilt in den 1980ern, als Kate Bush das Lied veröffentlicht, genauso wie heute.

Deshalb gehen Schülerinnen und Schüler auf die Straße. Der „Schulstreik gegen die Wehrpflicht“ hat zum Tag des Gesetzesbeschluss zum Neuen Wehrdienst zum Streik aufgerufen. Laut Angaben der Bewegung waren deutschlandweit ca. 14.000 Menschen auf den Demonstrationen. Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen fordern ihr Recht ein, selbst zu bestimmen, welchen Weg sie gehen. Sie wollen nicht in militärische Strukturen gedrängt werden und so formuliert es das Bündnis, sechs Monate lernen, wie man tötet, oder gar im Krieg sterben. Dem Krieg fallen unzählige (junge) Menschen zum Opfer und mit ihnen alle Träume, Wünsche und Ambitionen – damals wie heute. Dieses Gefühl von Verlust und Sinnlosigkeit all dieser Tode, von den verheerenden Auswirkungen von Krieg auf die Menschen, übermittelt Kate Bush sehr eindrücklich.

Miriam Markert



INFO

Wir freuen uns über
Zuschriften von Leserinnen und
Lesern, die ebenfalls einen Song
zu dieser Thematik empfehlen.

Bitte schreiben Sie uns:
landeszentrale@blz.bayern.de

WIE POLITISCH IST DER GLAUBE?

von Udo Hahn

Die Frage nach dem Verhältnis von christlichem Glauben und politischem Engagement ist alt. Und die Praxis bis heute geprägt von Konflikten. Die Gratwanderung der Kirchen zwischen Politik machen und Politik möglich machen, zwischen Engagement und Zurückhaltung immer herausfordernd.



Informations-
abend der
Bürgerbewegung
1989 in der
Dresdner Kathedrale,
Oktober
1989

Foto: Picture Alliance/
Fotograf:
Gunter Hübner

Sollten sich die Kirchen in die Tagespolitik einmischen?

„Wenn Kirche manchmal zu beliebig wird, oder zu tagesaktuellen Themen Stellungnahmen abgibt wie eine NGO (Nicht-Regierungsorganisation, Anm. der Redaktion) und nicht mehr die grundsätzlichen Fragen von Leben und Tod im Blick hat, dann wird sie leider auch austauschbar. Ich meine: Klar kann sich

Kirche auch zu Tempo 130 äußern, aber dafür zahle ich jetzt nicht unbedingt Kirchensteuer. Gut, es ist ein freies Land, da kann man alles sicherlich tun und machen. Aber ich glaube, von Kirche erwartet man sich diese sinnhafte Begleitung, diese Antwort auf Fragen, die ich in meinem Alltag habe, vielleicht

auch Trost und Stabilität.“¹ Mit diesen Worten hat Bundestagspräsidentin Julia Klöckner (CDU) in der Bild am Sonntag an Ostern 2025 eine öffentliche Debatte befeuert, die so alt ist wie die Kirche(n). Die immer aktuelle Frage lautet in wenigstens drei Varianten: Soll die Kirche politisch sein? Darf sie sich in die Politik einmischen? Und ist das Christentum überhaupt politisch?

Die Frage nach dem Auftrag der Kirche(n) und ihrer Rolle in der Gesellschaft ist legitim. Sie wird in der Politik immer wieder aufgeworfen. Auch in den Kirchen wird sie gestellt, von Gläubigen wie von Menschen, die sich nicht religiös verorten, und kontrovers diskutiert. Julia Klöckner ist in ihrem Statement differenzierter als die zusammenfassende Schlagzeile: „Bundestagspräsidentin kritisiert politische Botschaften der Kirchen“. Als Christin, katholische Theologin und Bürgerin lieferte sie einen diskussionswürdigen Einwurf. Ihr Debattenbeitrag löste eine wochenlange Kontroverse aus, übrigens auch in der eigenen Partei. So hielt ihr Armin Laschet, der ehemalige Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen und frühere Kanzlerkandidat der Union, entgegen: „Kirche war immer politisch... Wer aus der christlichen Botschaft ableitet, dass man die Welt verändern soll(...), dann ist das immer eine politische Botschaft.“ Die Kirche werde mit ihrer Botschaft immer „ein Ärgernis sein, und das ist auch gut so“. Laschet wünscht sich „eine lebendige Kirche, die ihren Beitrag auch leistet zum Zusammenhalt der Gesellschaft“. Der Vorsitzende des CDU-Sozialflügels, Dennis Radtke, kritisierte, die Bundestagspräsidentin wolle den Kirchen Vorgaben machen: „Ich finde es maximal irritierend, dass wir meinen, wir hätten das Recht, die Kirchen zurechtzuweisen und in ihrer Kommunikation auf ihre vermeintlichen Kernaufgaben zurückzudrängen, wie Julia Klöckner das jetzt getan hat.“ Die Kirche habe „das Recht und auch die Pflicht, sich zu Wort zu

melden“.² Ähnliche Voten kamen auch aus der SPD, etwa von Generalsekretär Matthias Miersch: „Christinnen und Christen haben sich immer politisch eingemischt. Und das ist gut so.“ Er sei irritiert, „wenn Christinnen und Christen heute fordern, Kirche solle sich aus politischen Debatten heraushalten“. Und an die Adresse der Union gerichtet: „Das C im Parteinamen verträgt nicht die Aufforderung an Geistliche, keine Stellung zu beziehen und sich auf Seelsorge zu beschränken.“³

Ende Januar 2025, wenige Wochen vor Klöckners Votum, hatten sich die evangelische und die katholische Kirche besorgt über die Pläne der Unions-Fraktion geäußert, notfalls auch mit der AfD weitreichende Änderungen in der Asylpolitik durchzusetzen. „Zeitpunkt und Tonlage der aktuell geführten Debatte befremden uns zutiefst“, schrieben Prälatin Anne Gidion als Bevollmächtigte des Rates der Evangelischen Kirche Deutschland (EKD) und Prälat Karl Jüsten für das Kommissariat der deutschen Bischöfe in einem Brief an die Fraktionen des Bundestags. Die Debatte sei dazu geeignet, „alle in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten zu diffamieren, Vorurteile zu schüren“, heißt es in dem Schreiben. Mehr noch sehen die evangelische und die katholische Kirche in dem Gesetzentwurf Punkte enthalten, „die unserer Auffassung nach rechts- bzw. verfassungswidrig sind oder geeignet erscheinen, die Grundpfeiler der Europäischen Union zu erschüttern“. Neben inhaltlichen Vorbehalten kritisieren beide Kirchen ausdrücklich, dass die Union riskiert, erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik ein Gesetz mit Stimmen einer vom Verfassungsschutz als rechts-extremer Verdachtsfall eingestuften Partei zu beschließen. Die Fraktionen hätten sich mit der Auflösung der Ampelkoalition darauf verständigt, keine Abstimmungen herbeizuführen, in der die Stimmen der AfD ausschlaggebend seien. „Wir befürchten, dass die deutsche Demokratie massiven Schaden nimmt, wenn dieses politische Versprechen aufgegeben wird“, heißt es in dem Brief.

1 Florian Kain/Burkhard Uhlenbroich: Die Kirche hat wirklich eine Chance verpasst, 20.04.2025. <https://www.bild.de/politik/inland/bundestagspraesidentin-julia-kloeckner-die-kirche-hat-wirklich-eine-chance-verpasst-680366d42793c538f560545c> 20.4.2025 [Stand: 26.02.2026].

2 DIE ZEIT: Julia Klöckner stößt mit Kirchenkritik auf Widerstand, 22.04.2025. <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2025-04/kirche-julia-kloeckner-kritik-armin-laschet> [Stand: 26.02.2026].

3 Ebd.

Mit Transparenten gegen den Paragraphen 218 empfangen junge Frauen Bundesjustizminister Dr. Gerhard Jahn, als er am 2. Juli 1971 im Münchner Künstlerhaus an einer SPD-Frauenveranstaltung teilnahm. Sie forderten den Minister verblichlich auf, eine Solidaritätserklärung der „Aktion 218“ zu unterschreiben oder gar Selbstanzeige zu erstatten. Jahn erwiderte den Demonstrantinnen, dass es eine Reform des Paragraphen 218 geben, eine ersatzlose Streichung jedoch nicht in Frage kommen werde.

Foto: Picture Alliance/Fotograf: Hans Gregor



„Die Kritik nehmen wir an, aber umgekehrt müssen wir auch unsere Meinung sagen dürfen – auch ich als gläubiger Christ“, sagt der CSU-Vorsitzende Markus Söder. Er freue sich, wenn die Kirchen sich engagieren, sagt der bayerische Ministerpräsident und empfahl: „Ich würde mir aber auch bei Fragen, die den Kern des Christentums berühren, eine lautere Stimme der Kirchen wünschen – beispielsweise beim Lebensschutz und beim Paragraphen 218.“⁴

Dass sich die Kirche einmischen muss, unterstreicht der katholische Theologe Thomas Söding: „Die Kirche ist von ihrem Ursprung her politisch, auch wenn sie nicht um der Politik willen gegründet worden ist. Diesen Auftrag nimmt sie wahr, immer in Kontakt mit den Herausforderungen der Zeit. Auf der einen Seite haben wir einen starken sozial-ethischen Anspruch. Auf der anderen Seite sind wir entschieden für die Freiheit des einzelnen Menschen,

gerade dann, wenn es sich um vulnerables Leben handelt.“⁵

Die hessen-nassauische Kirchenpräsidentin Christiane Tietz weist darauf hin, es sei eine Aufgabe der Kirche, den Staat an seine Aufgabe zu erinnern: „Die Würde der Menschen zu achten, für Recht, Gerechtigkeit sowie Frieden und Freiheit zu sorgen.“ Und wenn die Politik dann Kritik von der Kirche zu hören bekomme, sei das nicht parteipolitisch, auf Linie einer bestimmten Partei, sondern eine Erinnerung an die Grundwerte unseres Zusammenlebens.⁶

Politische Äußerungen werden auch innerhalb der Kirchen kritisch gesehen. Der evangelische

4 Epd: Söder: Kirchen zu leise bei Paragraph 218, 13.02.2025. <https://www.evangelisch.de/inhalte/239352/13-02-2025/streit-um-kirchenkritik-union-soeder-kirchen-zu-leise-bei-paragraph-218> [Stand: 26.02.2026].

5 Taz: Die Kirche muss sich einmischen, 15.07.2025, <https://taz.de/Katholik-ueber-Kirche-und-Politik/!6100265/> [Stand: 26.02.2026].

6 Sonja Süß: Dürfen die Kirchen der CDU die Leviten lesen?, 05.02.2025. <https://www.hessenschau.de/gesellschaft/kritik-an-migrationspolitik-duerfen-die-kirchen-der-cdu-die-leviten-lesen-v1,rhein-kirche-100.html> [Stand: 26.02.2026].

Theologe Reiner Anselm warnt immer wieder vor einem zu hohen Eindeutigkeitsanspruch der Kirche. Wo Religion sich zu sehr ins Politische begeben, drohe sie, Politik zur Religion zu machen.⁷ Sein Kollege Ulrich Körtner wünscht sich von den Kirchen „etwas mehr Demut“. Sie träten als eine Art Lobbyinstitution auf und stünden in der Gefahr, ihre gesellschaftliche Stellung und ihre Rolle in der Politik zu überschätzen. Aufgabe der Kirche sei vielmehr, „etwas Grundlegendes zur politischen Kultur zu sagen und zu den Spielregeln einer modernen Demokratie und weniger zu der Frage, soll jetzt der Dieselmotor bis 2030 abgeschafft werden oder nicht?“⁸

Die biblische Botschaft war schon immer politisch

Der Anspruch auf Weltgestaltung („Suchet der Stadt Bestes“, Jeremia 29,7) ist mit dem Christentum immer schon verbunden gewesen. Themen wie Gerechtigkeit und Frieden, Einsatz für die Armen und die Begrenzung der Macht durch das Recht, sind kirchliche Anliegen. Im Mittelpunkt der biblisch-theologischen Grundlagen, die anzuführen sind, steht die Gottebenbildlichkeit des Menschen, wie sie in der Schöpfungserzählung zu Beginn der Bibel zum Ausdruck kommt: „Und Gott schuf den Menschen nach seinem Bilde; zum Bilde Gottes schuf er ihn; und schuf sie als Mann und Frau.“ (1. Mose 1,27). Die Bibel verkündet die von Gott allen Menschen geschenkte Würde. Sie widerspricht damit jeder Ideologie, dass bestimmte Menschen aufgrund ihrer Herkunft, ihres Geschlechts, ihrer Religion weniger wert seien als andere.

In der Hebräischen Bibel – die Kirchen nennen sie Altes Testament –, gibt Gott seinem Volk die Zehn Gebote. Diese sollen lebensfördernd wirken, genauer: Recht und Gerechtigkeit wahren und die Schwachen schützen. Denn Gott selbst hat

an seinem Volk so gehandelt. Diese Urerfahrung wird in der Hebräischen Bibel immer wieder erinnert. Sie leitet auch die Zehn Gebote ein: „Ich bin der Herr, dein Gott, der dich aus Ägyptenland, aus der Knechtschaft, geführt hat. Du sollst neben mir keine anderen Götter haben.“ (2. Mose 20,2 f). Deshalb stehen Menschen, die von Missachtung, Diskriminierung oder Ausgrenzung bedroht sind, selbstverständlich unter Schutz. „Wenn bei dir ein Fremder in eurem Land lebt, sollt ihr ihn nicht unterdrücken. Der Fremde, der sich bei euch aufhält, soll euch wie ein Einheimischer gelten, und du sollst ihn lieben wie dich selbst; denn ihr seid selbst Fremde in Ägypten gewesen. Ich bin der Herr, euer Gott.“ (3. Mose 19,33f). Dieser Schutz – „Gott behütet die Fremdlinge“ (Psalm 146,9) – schließt die rechtliche Dimension ein, keine Gewalt gegen Fremde auszuüben (Jeremia 7,6).

Im biblischen Kontext lässt sich zeigen, dass es hier nicht um abstrakte Forderungen geht. Sie zielen darauf, dass der Einzelne Verantwortung übernimmt, weil er sich selbst im Hilfesuchenden und Schutzbedürftigen erkennt. Der bayerische Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm spricht deshalb von einer „Ethik der Einfühlung“. Es ist eine menschliche Qualität, sich einfühlen zu können: „Die Fremdlinge sollt ihr nicht unterdrücken; denn ihr wisset um der Fremdlinge Herz, weil ihr auch Fremdlinge in Ägyptenland gewesen seid.“ (2. Mose 23,9). Das Gebot der Nächstenliebe (3. Mose 19,18) leitet sich davon ab und erfährt in der expliziten Erwähnung der Fremdenliebe (3. Mose 19,34) eine Präzisierung. Das Liebesgebot wird als Summe aller jüdisch-christlichen Ethik in der Übersetzung Martin Bubers besonders gut sichtbar: „Liebe deinen Nächsten, denn er ist wie du.“

Oder mit den Worten Jesu im Neuen Testament: „Alles, was ihr wollt, dass euch die Leute tun sollen, das tut ihnen auch. Das ist das Gesetz und die Propheten.“ (Matthäus 7,12). Die Quintessenz der Bibel. Im Volksmund wird die „Goldene Regel“ so erinnert: „Was du nicht willst, das man dir tu, das füg auch keinem andern zu.“ Diese Haltung prägt das Denken Jesu – von den Seligpreisungen der Bergpredigt (Matthäus 5) bis hin zu Jesu Gleichnis vom Weltgericht (Matthäus 25,39-46): Hungrige speisen, Durstigen zu trinken zu geben, Fremde gastfreundlich aufnehmen und Nackte bekleiden – sind nur einige Werke der Barmherzigkeit.

7 Pressestelle der Evangelischen Akademie Tutzing: Wie politisch ist das Christentum?, 16.08.2023, <https://www.ev-akademie-tutzing.de/wie-politisch-ist-das-christentum/> [Stand: 26.02.2026].

8 Evangelische Akademie zu Berlin: Klassische Funktion der Akademien fehlt. Interview mit Ulrich Körtner, 29.08.2017, <https://www.eaberlin.de/aktuelles/2017/interview-ulrich-koertner/> [Stand: 26.02.2026].

Das Neue Testament charakterisiert diese Haltung so: „Seid untereinander gesinnt, wie es dem Leben in Christus entspricht“ (Philipper 2,5). In der Nachfolge dieses Urbildes ist es möglich, Gutes von Bösem zu unterscheiden und dem Bösen zu widerstehen (1. Thessalonicher 5,22) sowie das Böse mit Gutem zu überwinden (Römer 12,21). Christinnen

in letzter Konsequenz und Instanz vor Gott verantworten muss. So steht nicht mehr der Kaiser an erster Stelle, sondern Gott. Kein irdischer Herrscher kann sich demnach mehr absolut setzen. Folglich wird irdische Herrschaft, die göttliche Allmacht behauptet, kritisiert.



Christen und Christinnen demonstrieren vor dem Hauptsitz der US-Behörde ICE am Aschermittwoch, Februar 2026. Foto: Picture Alliance/Fotograf: Gina M Randazzo

und Christen sind aufgerufen, Gottes Freundlichkeit gegenüber allen Menschen zu zeigen (Philipper 4,5). Die Früchte einer solchen Haltung sind Liebe, Freude, Frieden, Geduld, Güte, Sanftmut und Selbstbeherrschung (Galater 5,22). Der christliche Glaube – so sein Selbstverständnis – entfaltet diese verbindende Kraft nicht nur innerhalb der Kirche, sondern auch im Blick auf das gesellschaftliche Zusammenleben.

Die biblische Botschaft, so könnte man sagen, war schon immer politisch. Und politisches Handeln erfolgte immer im zeitbedingten Kontext. Das Christentum entwickelte sich in einer Welt, die von einer universellen politischen Religion geprägt ist: dem Kaiserkult. An dieser Stelle – am Absolutheitsanspruch – entzündete sich letztlich der Konflikt mit dem christlichen Glauben. Dabei gehorchen Christen der Obrigkeit und beten für diese, also den Kaiser. Aber sie gehorchen einer Obrigkeit, die sich

Besonders in Zeiten des Unrechts trägt die Kirchengemeinde politische Verantwortung

Staat und Politik „enthüllen sich in einem radikalen Sinn als menschliche Schöpfung, als ‚Menschenwerk‘. Das Politische ist nichts Göttliches. Es wird – christlich gesprochen – zu sich selbst, zu seinen irdischen Zwecken befreit“, so der katholische Religionsphilosoph Hans Maier.⁹

Der Konflikt, wie er im Altertum entstand, findet seine Fortsetzung bis heute. Die „Redivinisierung“ des Staates zeigt sich in totalitären Systemen

9 Hans Maier: Entgöttert?, 30.08.2017, <https://www.kas.de/de/web/die-politische-meinung/artikel/detail/-/content/entgoettert> [Stand: 26.02.2026].

wie Kommunismus und Nationalsozialismus. Es ist nicht zufällig, dass diese Gewaltregime von einem Personenkult geprägt sind.

Das Christentum machte politisches Handeln rechenschaftspflichtig vor Gott und dem Gewissen, so Hans Maier. Jeder Versuch einer Vergöttlichung politischer Herrscher erscheint – zugespitzt formuliert – als Blasphemie. Erst der moderne Verfassungsstaat schafft eine Ordnung mit klaren Verantwortungsräumen und Verantwortungszeiten – und Kontrollinstanzen. Verantwortliche Regierung (*responsible government*), das Prinzip der Rechenschaftspflicht, bildet das Fundament der parlamentarischen Demokratie.

Vor diesem Hintergrund sehen die Kirchen nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, sich zu politischen Fragen zu äußern. Wie das geschieht und wo die Grenzen gesehen werden, das ist durchaus umstritten.

Der evangelische Theologe Dietrich Bonhoeffer (1906-1945), der wenige Wochen vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs im Konzentrationslager Flossenbürg ermordet wurde, sprach ausdrücklich von einer politischen Verantwortung der Kirche. „Es gehört zum Wächteramt der Kirche, Sünde Sünde zu nennen und die Menschen vor der Sünde zu warnen.“¹⁰ Ferner gehöre es „zur Verantwortlichkeit des geistlichen Amtes, daß es die Verkündigung der Königsherrschaft Christi ernst nimmt, daß es auch die Obrigkeit in direkter Ansprache in aller Ehrerbietung auf Versäumnisse und Verfehlungen, die ihr obrigkeitliches Amt gefährden, aufmerksam macht“.¹¹ Wo aber der Staat zum Unrechtsstaat werde, da hätten Christen Gott mehr zu gehorchen als den Menschen. Die politische Verantwortung des Einzelnen, der sich in seinem Gewissen vor Gott gebunden wisse, könne bis zum Widerstand gegen die Staatsgewalt reichen. Begründet und begrenzt aber wird die politische Verantwortung der Kirche nach Bonhoeffer allein durch das Evangelium. Die Aufgabe des Predigers sei es nicht, „die Welt zu verbessern, sondern zum Glauben an Jesus Christus zu rufen, die Versöhnung durch ihn und seine Herrschaft zu bezeugen. Nicht die Schlechtigkeit

der Welt, sondern die Gnade Jesu Christi ist das Thema der Verkündigung.“¹² Das Evangelium hat aber als solches eine politische Dimension, insofern es das Kommen des Reiches Gottes bezeugt und die Begrenzung aller irdischen Mächte und Gewalten durch Gott verkündigt.

In dieser Eindeutigkeit haben in der Zeit der Diktatur des Nationalsozialismus nur wenige argumentiert. Ungeachtet des Einsatzes Einzelner wie bestimmter Widerstandsgruppen (u.a. Weiße Rose) war es nicht gelungen, in den Kirchen als verbindliche institutionelle Festlegung einen Konsens zu erzielen, was mit dem christlichen Glauben nicht vereinbar ist.

„Rechtsextremes Gedankengut ist mit christlicher Theologie unvereinbar“

Rechtsextremismus, das ist in den Kirchen längst Konsens, verletzt alle wesentlichen Grundsätze, die das Christentum in anthropologischer und ethischer Perspektive ausmachen – und verlangt aus dieser Perspektive entschiedenen Widerspruch, wenn diese Festlegungen ignoriert bzw. geleugnet werden: die Gleichheit aller Menschen als Geschöpfe Gottes, ihre Gottebenbildlichkeit, die biblische Ethik der Einfühlung gegenüber Bedürftigen, zu denen die Fremden gehören, sowie die grundsätzliche Überschreitung von sozialen und ethnischen Grenzen.

Rechtsextremes Gedankengut ist geprägt von einem antipluralistischen, antidemokratischen und autoritären Gesellschaftsverständnis. Politischen Ausdruck findet es in Bemühungen, den Nationalstaat zu einer autoritär geführten „Volksgemeinschaft“ in einem rassistischen Sinn umzugestalten. Der Staat als freiheitliche Demokratie mit den im Grundgesetz verbrieften Menschenrechten wird deshalb abgelehnt und bekämpft.

Um es klar zu sagen: Rechtsextremes Gedankengut ist mit christlicher Theologie unvereinbar. Dies gilt prinzipiell und ohne Ausnahme für alle menschenfeindlichen Einstellungen in Deutschland, die unter „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“

10 Dietrich Bonhoeffer: Ethik, hg. v. Eberhard Bethge, München 1992, S. 350.

11 Ebd.

12 Ebd.

Zum Gedenken an die vor 70 Jahren ermordeten Widerstandskämpfer Sophie Scholl, Hans Scholl und Christoph Probst von der „Weißen Rose“ feiern am 22. Februar 2013 der Erzbischof von München und Freising, Kardinal Reinhard Marx, und der Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, Heinrich Bedford-Strohm, in der Kirche auf dem Gelände der Justizvollzugsanstalt Stadelheim einen Gottesdienst.

Foto: Picture Alliance/Fotograf: Claus Schunk



zusammengefasst werden. Dazu gehören u.a. Rassismus, Sexismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und Homophobie. Ihr gemeinsamer Kern: die Ideologie der Ungleichwertigkeit.

Im Lichte der biblisch-theologischen Grundlagen folgt für Christinnen und Christen die Verpflichtung, gegen jedwede Abwertung und Missachtung von Menschen aufzustehen und für die Würde aller einzutreten. Dieses Engagement ist umso notwendiger, da rechtsextreme politische Kräfte erneut versuchen, christliche Traditionen und Werte für ihre Zwecke zu instrumentalisieren – wenn sie etwa die Parole von der „Rettung des christlichen Abendlandes“ ausgeben.

Die Inanspruchnahme der christlichen Religion durch Rechtspopulisten ist diffus. Die Stoßrichtung ist nicht religiöser, sondern im Kern politischer Art, wenn es etwa um die Einheit der Nation, die Gemeinschaft des Volkes oder die Beschwörung eigener kultureller Größe geht. Religion bleibt ein inhaltsleerer Identitätsbegriff. Es geht gar nicht um Frömmigkeit – und schon gar nicht um Verantwortung aus einem an der Bibel orientierten Glauben. Aus christlicher Perspektive muss man klar sagen: Ein Christentum, das der nationalen Identitätsstabilisierung dienen soll, wird missbraucht. Es wird seiner universalen,

Länder, Völker und Nationen überschreitenden Perspektive beraubt. Religiös aufgeladen und überhöht werden hingegen die Vorstellungen von Nation, Volk und Kultur.

In den letzten Jahren sind zahlreiche Bündnisse für Toleranz, zum Schutz der Menschenwürde und gegen Rechtsextremismus auf Bundes- und Länderebene sowie in den Kommunen entstanden, auf Initiative der Kirchen und mit ihrer maßgeblichen Unterstützung.

Menschenwürde und Toleranz sind christliche Werte – und nur in einer Demokratie zu verwirklichen

Zum Lernen aus der Geschichte gehört auch, dass die evangelische Kirche ihr Verhältnis zur freiheitlichen Demokratie – zum Staat des Grundgesetzes – klärt. Dieser Prozess nahm vierzig Jahre in Anspruch, ehe der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland 1985 eine wegweisende Denkschrift vorlegt.

Auch bei diesem Thema muss der Bogen über die NS-Diktatur hinaus in die Weimarer Republik gespannt werden. Dass die erste deutsche Demokratie

scheiterte, wird meist mit der Beobachtung verbunden, Weimar sei eine „Demokratie ohne Demokraten“ gewesen. Auch hier tragen die Kirchen eine Mitverantwortung.

Diese Denkschrift von 1985 steht unter dem Titel: „Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie. Der Staat des Grundgesetzes als Angebot und Aufgabe.“¹³ Erstmals erfährt die Staatsform der liberalen Demokratie eine eingehende Würdigung durch die evangelische Kirche. Ihre Zustimmung zur Demokratie schließt die Überzeugung ein, dass die politische Ordnung „verbesserungsfähig und verbesserungswürdig“ ist.

Demokratie im evangelischen Verständnis heißt mit den Worten der Denkschrift: „Als evangelische Christen stimmen wir der Demokratie als einer Verfassungsform zu, die die unantastbare Würde der Person als Grundlage anerkennt und achtet. Den demokratischen Staat begreifen wir als Angebot und Aufgabe für die politische Verantwortung aller Bürger und so auch für evangelische Christen. In der Demokratie haben sie den von Gott dem Staat gegebenen Auftrag wahrzunehmen und zu gestalten.“¹⁴

Die Wertschätzung der Demokratie ist darin begründet, dass zu ihren Grundelementen die Achtung der Würde des Menschen sowie die Anerkennung der Freiheit und der Gleichheit gehören, aus denen das Gebot politischer und sozialer Gerechtigkeit folgt. Wie der demokratische Staat seinen Auftrag wahrnimmt, darin ist eine Nähe zum christlichen Menschenbild erkennbar. „Nur eine demokratische Verfassung kann heute der Menschenwürde entsprechen“¹⁵, heißt es in der Denkschrift.

Zu den Vorzügen der Demokratie rechnet die Denkschrift auch die Toleranz als ein „grundlegendes Strukturmerkmal“. Ausdrücklich gewürdigt werden u.a. das Rechtsstaatsprinzip, die Grundrechte und die Gewaltenteilung. Zusammenfassend heißt es:

13 Evangelische Kirche Deutschland: Evangelische Kirche und die freiheitliche Demokratie. Der Staat des Grundgesetzes als Angebot und Aufgabe, Gütersloh 1990, https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/evangelische_kirche_und_freiheitliche_demokratie_1985.pdf [Stand: 26.02.2026].

14 Ebd., S. 12.

15 Ebd., S. 14.

„Keine heute bekannte Staatsform bietet eine bessere Gewähr, die gestellten Probleme zu lösen, als die freiheitliche Demokratie.“¹⁶

In den Stellungnahmen der evangelischen Kirche seither und auch in denen, die im ökumenischen Kontext entstanden sind, ist das Bewusstsein für den Wert der Demokratie weitergewachsen. Das politische Engagement der Kirchen bleibt eine verpflichtende Aufgabe. Sie ist geprägt von dem Willen, aus den Irrtümern unserer Geschichte zu lernen.

Bis heute müssen sich die Kirchen den Vorwurf gefallen lassen, sie hätten in der Diktatur des Nationalsozialismus versagt. Mir scheint, ihr politisches Handeln ist seither von einem Trauma geprägt: sich nicht noch einmal vorwerfen lassen zu wollen, sie hätten nicht früh genug und nicht entschieden genug ihre Stimme erhoben. Im Lichte dieser Sorge lässt sich m.E. manche Stellungnahme und manches Votum kirchlicher Verantwortungsträger erklären.

Kirchen als politisches Forum

„Die Kirchen wollen nicht selbst Politik machen, sie wollen Politik möglich machen.“ In ihrem gemeinsamen Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland im Jahre 1997 („Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“, Ziff. 4) haben die evangelische und die katholische Kirche eine programmatische Aussage getroffen, die ihnen viel Spielraum lässt.

Der ehemalige Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Heinrich Bedford-Strohm, konkretisiert diesen Rahmen wie folgt: „Für Menschen, die vom christlichen Glauben her öffentlich Position beziehen, muss klar sein: Es gibt eine Ebene der Verbindlichkeit bei den Grundorientierungen, die nicht einfach beliebig zur Disposition gestellt werden kann. Darunter würde ich etwa die biblische Option für die Armen rechnen oder den Vorrang der Gewaltfreiheit, aber auch die mit der Gottebenbildlichkeit gegebene Gleichheit. Die Diskussionen aber um die Frage, wie diese Grundorientierungen im Leben von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Gestalt gewinnen können, müssen aber in einem ergebnisoffenen Diskurs geführt

16 Ebd., S. 40.



Eindeutige Parteinahme auch durch die evangelische Kirche: Mehrere tausend Menschen demonstrieren zum „Fest der Demokratie“ gegen die Neugründung einer AfD-Jugendorganisation, Gießen, 29. November 2025.

Foto: Picture Alliance/Fotograf: Paul-Philipp Braun

werden. Sachauseinandersetzungen können nicht mit einer moralischen Keule beendet werden. Wo die Beiträge sich als christlich gegründete Beiträge verstehen, müssen sie sich allerdings auch daran messen lassen, ob sie den damit verbundenen Grundorientierungen entsprechen.“¹⁷

Die Wahrnehmung dieses Auftrags der Kirchen ist mehr und mehr davon geprägt, dass viele Menschen keine eigenen, persönlichen Erfahrungen mit dem kirchlichen Leben haben, sondern die Kirchen nur noch über die Medien wahrnehmen. Da sich diese mehr für Statements kirchlicher Leitungspersonen zu (tages-) politischen Themen interessieren und kaum für Theologie und Frömmigkeit, entsteht eine Fehlwahrnehmung, die Kirche sei politisiert, beobachtet der evangelische Theologe Johann Hinrich Claussen. Dies werde von interessierten Kräften bestärkt. „Die evangelische Kirche ist für Rechtspopulisten und Rechtsextreme zu einem Feindbild geworden und wird massiv angegriffen.

Dazu gehört, dass man versucht, sie mundtot zu machen. Es geht nicht um berechtigte Kritik im Einzelnen, sondern um gezielte Totalentwertung. Es ist nicht zu übersehen: Die AfD, nicht nur in den neuen Bundesländern, betreibt eine Fortsetzung der Anti-Kirchen-Politik der SED. Sie will die Kirche als Institution, die öffentlich für christliche Humanität eintritt, ins Schweigen abdrängen“, so Claussen.¹⁸

Das gesellschaftspolitische Engagement der Kirchen gleicht einer Gratwanderung, auf der Absturzgefahr besteht. Die Kirchen müssen eine Balance finden aus „Nächstenliebe und Nüchternheit, Barmherzigkeit und Besonnenheit“ (Johann Hinrich Claussen). Und sie müssen wieder mehr zu einem Forum werden und als solches wahrgenommen werden, in dem viele unterschiedliche Positionen und Sichtweisen eine Verständigung suchen. Davon hätten alle etwas: Politik und Gesellschaft – und auch die Kirchen. ▲

17 Heinrich Bedford-Strohm: Öffentliche Theologie. Impulse zum Weiterdenken, Tutzing 2023, S. 3, https://www.ev-akademie-tutzing.de/wp-content/uploads/2023/08/HBS_Schlussimpuls.pdf [Stand: 26.02.2026].

18 https://chrismon.de/kolumnen/kulturbeutel/56916/ist-die-kirche-zu-politisch-wem-die-debatte-nutzt?mtm_source=google&mtm_medium=cpc&mtm_campaign=chrismon&mtm_content=8mtm_kwd=8gad_source=1&gad_campaignid=22287722060&gclid=EAlaIqobChMI7PWR5630kgMVCGBBAh2snBzZEAAYASAAEgl5J_D_BwE [Stand: 26.02.2026].

VERFASSUNGSKONVENT UND GRUNDGESETZ ERKUNDEN IM VERFASSUNGSMUSEUM HERRENCHIEMSEE



Seit ihrer Eröffnung im August 2023 ist die Dauerausstellung „Der Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee 10.-23. August 1948“ auf der Herreninsel Schauplatz vielfältigster Veranstaltungen.

Für schulische Besuche hat die Landeszentrale unter

fachkundiger Mitwirkung von Lehrkräften Materialien entwickelt, mit denen sich auch ohne explizites Vorwissen die Verfassungsarbeit von Anton Pfeiffer, Carlo Schmid und Co. verstehen lässt. Mit einem Inselfspiel lassen sich Insel und Verfassungskonvent erkunden; für Mittel- und Förderschulen gibt es ein Arbeitsheft, das wie eine Art Schnitzeljagd funktioniert. Mit der sog. „ActionBoundApp“ kann man einen informativen Spaziergang über die gesamte Insel absolvieren. Am 18.3., dem von Bundespräsident Steinmeier ausgerufenen „Tag der Demokratiegeschichte“



haben über 100 Schülerinnen und Schüler aus Mittel- und Realschule wie dem Gymnasium die Materialien erprobt und engagiert über Demokratie damals und heute diskutiert.

Öffnungszeiten Dauerausstellung zum Verfassungskonvent

- » April – 24. Oktober 9:00 Uhr bis 18:00 Uhr
- » 25. Oktober bis März 10:00 Uhr bis 16:45 Uhr
- » Besuche mit Klassen müssen vorher angemeldet werden >> info.herrenchiemsee@bsv.bayern.de |

Wie 2025 findet auch in diesem Jahr im Neuen Schloss die spektakuläre Kunstaussstellung „Könnt Ihr noch? Kunst und Demokratie“ statt - 2026 bietet sich wie im letzten Jahr eine Verknüpfung mit der Dauerausstellung zum Verfassungskonvent an.

Könnt ihr noch? – Kunst und Demokratie

Schloss Herrenchiemsee
18.05.2026 – 18.10.2026

Workshops

Wer sich auf eine diskursive Reise von Demokratie und Kunst einlassen möchte, kann an folgenden Terminen an einem zweistündigen Workshop „Abenteuer Demokratie“ auf der Insel teilnehmen:

Eine Begegnung von Verfassungsfragen und moderner Kunst

SO 31.05. | SO 07.06. | SO 26.07. | SA 30.08. |
SO 27.09. | SO 11.10. | jeweils 13.00–15.30

Treffpunkt: Kasse ehem. Augustinerchorherrenstift/Verfassungsmuseum, dort sind Teilnahmegebühren zu entrichten | Inselfticket oder Ticket Altes Schloss wird benötigt zzgl. Teilnahmegebühr 6 Euro | Dauer: ca. 2,5 Stunden | Beschränkte Zahl an Teilnehmer:innen | Anmeldung über:

- » info.herrenchiemsee@bsv.bayern.de
In Kooperation mit der Bayerischen Verwaltung der staatlichen Schlösser- und Seen sowie der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit.



PIONIERIN DER GRÜNEN UND LANDTAGSABGEORDNETE DER ERSTEN STUNDE

LANGJÄHRIGE FRAKTIONS-VORSITZENDE, BEKENNENDE FEMINISTIN UND KÄMPFERISCHE AKTIVISTIN FÜR MENSCHENRECHTE

von Daniela Neri-Ultsch

”

Ich wollte feministische Ideen und gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in der Parteiprogrammatik und Satzung der Grünen verankern.¹

Margarete Bause gehörte zu den Grünen der ersten Stunde, als diese erstmals bei der Landtagswahl am 12. Oktober 1986 mit 7,5 Prozent der Stimmen in das Maximilianeum einziehen konnten. Die Partei setzte sich aus verschiedenen politischen Strömungen wie der Anti-Atomkraft- und Umweltbewegung, den neuen sozialen Bewegungen, der Friedens- und Bürgerbewegung und der Neuen Linken der 1970er Jahre zusammen. Sie verstand sich als eine neue politische Kraft, die sich von den etablierten Parteien nicht nur inhaltlich, sondern auch hinsichtlich der Parteistrukturen abheben wollte. Der Landtagswahlkampf von 1986 war

stark geprägt von der Debatte um die Reaktor-Katastrophe von Tschernobyl,² die der neuen Partei insbesondere als Umweltpartei erheblichen Zulauf verschaffte. Die erste Landtagsfraktion der Grünen umfasste 15 Abgeordnete, davon waren acht weiblich. Es stellte damals ein Novum dar, dass eine Fraktion mehr Frauen als Männer aufwies. Mit dem Einzug der Grünen stieg der Frauenanteil im Bayerischen Landtag von bisher 7,5 Prozent auf 12,8 Prozent. Mit 27 Jahren war Margarete Bause damals nicht nur das jüngste Fraktionsmitglied ihrer Partei, sondern auch die jüngste Landtagsabgeordnete der 11. Wahlperiode (1986 – 1990). Sie

2 Am 26. April 1986 kam es in der damaligen Sowjetunion, in der Stadt Prypiat in der Ukraine, zu einer Kernschmelze in einem der Reaktorblöcke, die eine Explosion auslöste und zu einer Umweltkatastrophe ungeahnten Ausmaßes führte. Ihr fielen zahlreiche Menschen zum Opfer, die gesamte Region musste geräumt werden und große Teile Europas wurden mit radioaktivem Niederschlag überzogen. Vgl. dazu Reinhold Koepp: Tschernobyl: Katastrophe und Langzeitfolgen, Stuttgart 1996.

1 Zit. nach: Maximilianeum 5 (1990), S. 52.



übernahm als erste Frau den Fraktionsvorsitz der Grünen nach dem Doppelspitzenprinzip³ zusammen mit Hartmut Bäumer und gleichzeitig auch die Aufgabe der frauenpolitischen Sprecherin. „Ich würde mich auch heute noch als Feministin bezeichnen, wenn ich auch nicht mehr so ausschließlich in dieser

3 Die Grünen haben bei ihrem Einzug in den Bayerischen Landtag die Fraktionsführung paritätisch besetzt, d.h. mit einer Frau und einem Mann nach dem damals eingeführten Doppelspitzenprinzip. Mit dem 1986 beschlossenen Frauenstatut verankerte die Partei ihre Frauen- und Gleichstellungspolitik verbindlich in der Parteisatzung. Sie galt für alle parteiinternen Wahlen und Versammlungen und stellte sicher, dass Frauen mindestens die Hälfte der Ämter und Mandate erhalten, um strukturelle Benachteiligungen zu überwinden. 2023 beschloss die Landtagsfraktion von Bündnis90/Die Grünen die Doppelspitze abzuschaffen. Katharina Schulze hat derzeit den Fraktionsvorsitz alleine inne. Vgl. zu den Grünen in Bayern: https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/B%C3%BCndnis_90/Die_Gr%C3%BCnen_in_Bayern#Organisationsstruktur_und_F%C3%BChrungspersonal [Stand: 26.02.2026].

Richtung tätig bin“,⁴ erläuterte Margarete Bause in einem Gespräch 1996.

Ihre Forderung und ihr Einsatz für eine gleichberechtigte Teilhabe der Frauen in Politik und Gesellschaft brachten sie in den Bayerischen Landtag, jedoch wurde ihr rasch klar: „Frauen müssen sich jetzt alle Bereiche der Politik erobern. Allein das ist wichtig, um die Gesellschaft zu verändern“,⁵ wie sie nach einigen Jahren als aktive Politikerin feststellte. Deshalb setzte sie sich vehement dafür ein, dass Frauen sich nicht nur in den frauentypischen Politikfeldern wie Soziales und Bildung engagieren, sondern in der gesamten Bandbreite der politischen Themenfelder, insbesondere in der Wirtschaftspolitik. Hier erkannte Bause großen Handlungsbedarf, da Frauen in Zeiten finanzieller Knappheit und großer Arbeitslosigkeit sehr schnell aus dem Arbeitsmarkt in den 1990er Jahren hinausgedrängt wurden und damit ein Teil der Erfolge der 1980er Jahre wieder verloren ging. Sie wechselte nach ihrer ersten Wahlperiode von der Fraktionsarbeit an die Spitze des

4 Hilde Balke: Sie waren die Ersten. Frauen im Bayerischen Landtag nach 1945, München 1996, S. 93.

5 Ebd.

Am 8. März 2002, dem Tag der Frauenrechte, demonstrieren Margarete Bause und Claudia Roth für den Schutz verfolgter Frauen durch das geplante Zuwanderungsgesetz.

Foto: Picture Alliance/Fotograf: Frank Mächler



Auf dem Almenhof verbrachte Margarete Bause ihre Kindheit, Aufnahme aus dem Jahr 2011 mit ihren Eltern.
Foto: Picture Alliance/Fotograf: Felix Hörhager

Landesverbands der Grünen in Bayern und prägte ihre Partei in der wichtigen Reformphase der 1990er Jahre, indem sie z.B. früh die Bedeutung des Internets als wichtiges Kommunikationsmittel erkannte. 2003 kehrte sie in den Bayerischen Landtag zurück und übernahm erneut die Führung der Fraktion der Grünen zusammen mit einem Fraktionskollegen. Nach mehr als 19 Jahren Politik für die Grünen im Bayerischen Landtag wechselte Bause 2017 in den Bundestag nach Berlin. 2021 zog sie sich aus der aktiven Politik zurück; seit 2023 engagiert sie sich u.a. im Vorstand der Petra-Kelly-Stiftung.⁶

Herkunft, Kindheit und frühere Prägungslinien

Margarete Bause wurde 1959 in Wertheim am Main in Baden-Württemberg, nahe der Grenze zu Bayern, als drittes von vier Kindern der Eheleute

Bause geboren. Sie wuchs mit drei Brüdern auf dem Einödhof „Almenhof“ bei Landshut auf, den ihre Eltern – ihr Vater war Landwirt und ihre Mutter Meisterin der ländlichen Hauswirtschaft – bewirtschafteten. Beide Eltern stammten nicht aus Bayern; ihr Vater war aus Thüringen und ihre Mutter aus dem Sudetenland geflüchtet. Durch ihr Aufwachsen auf einem Einödhof gehörten einerseits der intensive Umgang mit Natur und Tieren zu ihren wichtigen Prägungen; andererseits gab es auch das Gefühl der Fremdheit und den Kampf um Anerkennung als „Zugereiste“ in Niederbayern, da ihre Familie nicht aus der Gemeinde stammte. „Gepägt hat mich daher wohl auch der Umstand, dass man kämpfen muss und vor allem für mich als Mädchen, dass Bildung Zugang zur Welt bedeutet. Denn das war damals nicht selbstverständlich, dass Mädchen die gleiche Schulbildung bekamen wie die Jungs. Zum Glück für mich war das aber für meine

6 Die Petra-Kelly-Stiftung wurde 1997 in München in Erinnerung an Petra Kelly und ihr politisches Erbe gegründet und ist eine parteinahe Stiftung von Bündnis90/Die Grünen in Bayern.

Eltern immer selbstverständlich.“⁷ Ihre Eltern förderten die Bildung ihrer Tochter und unterstützten damit ihr Selbstbewusstsein: „Du schaffst das, du kannst das!“ Dieses Vertrauen, das mir meine Eltern entgegengebracht haben, hat mich auch sehr stark geprägt.“⁸

Eigenständigkeit und Unabhängigkeit waren Familie Bause immer sehr wichtig. So legte bereits ihr Vater großen Wert darauf, seinen eigenen Weg zu gehen; er wurde als Landwirt in Niederbayern Mitglied bei der FDP und Ortsvorsitzender in Ergolding. Seine Ziele auch gegen Widerstände durchzusetzen, hat sich schon früh bei Margarete Bause verankert. „Das hat mich wirklich sehr stark geprägt und verbindet mich auch heute noch mit meinem Vater“,⁹

wurde Margarete Bause mit 17 Jahren FDP-Mitglied. Als ihr Vater sie das erste Mal zu einer FDP-Veranstaltung mitgenommen hatte, fand sie das sehr abschreckend: „Lauter alte Männer. Es war langweilig, uninteressant, unattraktiv. Ich fühlte mich auch da absolut als Fremdkörper, bin nie wieder hingegangen. Aber die Mitgliedschaft habe ich erst später beendet, als die FDP 1982 die sozialliberale Koalition verlassen hat und von der SPD zur Union gewechselt ist.“¹⁰ Ihr politisches Interesse wurde jedoch schon früh durch die Diskussionen in der Familie und die Unzufriedenheit über die Rolle, die ihr als Mädchen in der Familie zugewiesen wurde, geweckt. Denn einerseits war es für ihre Eltern keine Frage, dass sie ein Gymnasium besuchen und



Nicht immer stößt Margarete Bause im Landtag auf Begeisterung. Im Hintergrund zu sehen: Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU), 2015
Foto: Picture Alliance/Fotograf: Peter Kneffel

betonte sie in einem Interview 2010. Da der FDP-Ortsverband nur wenige Mitglieder hatte, schrieb ihr Vater die ganze Familie in die Partei ein. So

Abitur machen konnte, zum anderen aber wurde gefordert, dass sie als Mädchen bei der Hausarbeit mithalf, ihre Brüder hingegen nicht. „Das Thema Gleichberechtigung auch gegenüber meinen Brüdern war mir schon sehr früh sehr wichtig.“¹¹

7 Margarete Bause im Gespräch mit Werner Reuß im BR-Alpha vom 29. Juni 2010, vgl. <https://www.br.de/fernsehen/ard-alpha/sendungen/alpha-forum/margarete-bause-gespraech100.html> [Stand: 26.02.2026].

8 Ebd.

9 Ebd.

10 Margarete Bause im Interview mit Sebastian Puschner, in: www.freitag.de/autoren/sebastian-puschner/grun-mit-dir [Stand: 26.02.2026].

11 Bause im Gespräch (wie Anm. 7).

Als politische Vorbilder galten für Margarete Bause zunächst Hildegard Hamm-Brücher „weil sie sich so mutig in der Männerwelt der Politik und der FDP behauptete“, und später die erste grüne Bürgermeisterin Münchens, Sabine Csampai, „weil sie sich als Feministin kämpferisch für die Gleichberechtigung einsetzte und mit klarem Blick schon Anfang der 1980er Jahre erkannte, wie wichtig die Quote ist.“¹²

Studium in München und ihr Weg zu den Grünen

Nach der Grundschule in Altdorf besuchte Margarete Bause das Hans-Leinberger-Gymnasium in Landshut. Nach dem Abitur ging sie 1978 nach München, um an der Ludwig-Maximilians-Universität Germanistik, Soziologie und Politikwissenschaft zu studieren. Da ihre Eltern sie finanziell nicht unterstützen konnten, musste sie sich ihr Studium selbst finanzieren: „Das Geldverdienen neben dem Studium machte mich auch viel selbständiger, d. h. ich war nicht abhängig von irgendwelchen Zuweisungen der Eltern.“¹³

In München fand sie schnell durch ihr großes Interesse an frauenpolitischen Fragen eine geistige Heimat in der Frauenbewegung und begann sich im Zuge der großen Debatten um den §218 und der Gleichberechtigungsthematik von Frau und Mann politisch zu engagieren. So gründete sie eine Uni-Frauengruppe und war maßgeblich am Aufbau des Vereins „Frauenstudien München“ beteiligt, der sich mit der Rolle der Frauen in der Wissenschaft auseinandersetzte. 1983 führte sie ihr Weg über den Landesarbeitskreis Frauen zu den Bayerischen Grünen, deren Landesverband in Bayern bereits im

Oktober 1979¹⁴ gegründet worden war. Die Frauengruppe der Grünen setzte sich damals intensiv mit der Thematik Lohn für Hausarbeit auseinander; ein Thema, das für Margarete Bause eigentlich schon überwunden schien: „worüber wir eigentlich schon hinaus waren. Das war der Grund, mich einzuschalten.“¹⁵ Sie engagierte sich bei den Grünen, da Gleichberechtigung von Mann und Frau von Anfang an eine zentrale Säule der grünen Politik war. Neben ihrem Studium übernahm sie eine Halbtagsstelle als Frauenreferentin beim Landesverband der Grünen in Bayern. Diese Stelle bot ihr Gestaltungsspielraum, den sie für gesellschaftspolitische Neuerungen zu nutzen verstand. Bayern war damals der erste Landesverband, der die Stelle einer Frauenreferentin einrichtete.

„ „Mein Bestreben war, innerhalb der Grünen für Frauen etwas durchzusetzen [...]. Ich habe es gern, wenn man auf diese Weise etwas Neues aufbauen kann. Man hat mehr Spielraum. Und ich konnte auch später, in der Fraktion, immer etwas Neues aufbauen. Man hat nicht so viel Vorgegebenes.“¹⁶

Ihr Fokus lag darauf, innerhalb der Partei Strukturen zu etablieren, die die Gleichberechtigung fest verankerten, und das frauenpolitische Programm zu entwickeln. Sie schrieb Stellungnahmen zu verschiedenen Grundsatzthemen und baute innerhalb der Grünen eine Informationsplattform und ein Netzwerk zu frauenpolitischen Themen auf. Ein wichtiges Anliegen für ihr Engagement bei den Grünen war es, feministische Ideen und die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in der Parteiprogrammatik und Satzung der Partei festzuschreiben. Margarete Bause war maßgeblich an der Einführung und Durchsetzung der Frauenquote

12 Margarete Bause bei der Fragebogenaktion im Bayerischen Landtag anlässlich der Ausstellung „Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort!“ – Frauen gestalten Politik in Bayern, die am 7. November 2017 im Bayerischen Landtag von Landtagspräsidentin Barbara Stamm eröffnet wurde.

13 Margarete Bause im Gespräch (wie Anm. 7).

14 Die Gründung des Landesverbandes der Grünen in Bayern erfolgte am 7. Oktober 1979, während sich die Partei auf Bundesebene erst 1980 formierte. Vgl. dazu: Markus Klein/Jürgen W. Falter: Der lange Weg der Grünen. Eine Partei zwischen Protest und Regierung, München 2003; Johannes Schwarze: Geschichte, Ideologie und Programmatik der Grünen, München 1999.

15 Zit. nach: Balke (wie Anm. 4), S. 96.

16 Zit. nach: ebd.

sowie der „Reißverschlussredeliste“¹⁷ beteiligt, die sicherstellen sollten, dass Frauen gleichberechtigt in der Partei vertreten sind. Ihr war es wichtig, dass die Grünen glaubwürdig Gleichberechtigung verkörpern und gesellschaftliche Veränderungsprozesse anstoßen.¹⁸

Durch ihr Engagement als Frauenreferentin, ihr Auftreten in Gremien und bei Landesparteitagen machte sie auf sich aufmerksam und so erhielt sie vom Wahlkampfleiter der Landesgeschäftsstelle der Grünen in Bayern die Anfrage, ob sie für den Bayerischen Landtag kandidieren möchte. 1986 trat sie in die Partei ein und gleichzeitig erfolgte die erste Kandidatur für den Bayerischen Landtag.

Einzug in den Bayerischen Landtag - Wechsel in den Landesvorstand der Grünen und Rückkehr in den Landtag

Margarete Bause übernahm als erste Frau den Fraktionsvorsitz der Grünen nach dem Doppelspitzenprinzip zusammen mit Hartmut Bäumer¹⁹ und gleichzeitig auch die Aufgabe der frauenpolitischen Sprecherin. In ihrer ersten Legislaturperiode war sie Mitglied im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes. Sie setzte sich damals besonders für Frauenpolitik als gesamtgesellschaftspolitisches Thema ein, das sich in ihrem Verständnis quer durch alle Ausschüsse und Sachthemen erstreckte. Als nachhaltiges Erlebnis aus dieser ersten Wahlperiode blieb ihr die Frauen-Interpellation in Erinnerung, die großen Wirbel verursachte. Ihre Fraktionskollegin



Ingrid Psimmas²⁰ hielt eine Rede zum Thema „Gewalt gegen Frauen“ und „Vergewaltigung in der Ehe“, die eine hitzige Debatte auslöste. Während der Rede kam es zu häufigen Zwischenrufen und mitunter diskriminierenden Kommentaren, die den Kulturschock auf beiden Seiten verdeutlichte. Andererseits hatte diese Diskussion auch bewirkt, dass schließlich im Haushalt Finanzmittel zur Einrichtung von Notrufstellen für betroffene Frauen eingerichtet werden

Margarete Bause, Ruth Paulig und Armin Weiß am Wahlabend des 12. Oktober 1986 zur Wahl zum Bayerischen Landtag, als die Grünen erstmalig in den Landtag einzogen
Foto: Picture Alliance/Fotograf: Werek

17 Bei den Grünen wurden getrennte Frauen- und Männerredelisten geführt, die dann nach dem Reißverschlussystem zusammengeführt wurden. Das heißt, dass abwechselnd Frauen und Männer am Redepult standen, um somit die Gleichberechtigung auch in der Partei sichtbar zu machen und zu leben.

18 Vgl. dazu: Margarete Bause im Gespräch (wie Anm. 7).

19 Vgl. zu Hartmut Bäumer (geb. 1948), Mitglied des Bayerischen Landtags für die Grünen von 1986 – 1990: <https://www.bayern.landtag.de/abgeordnete/abgeordnete-von-a-z/profil/hartmut-baeumer/> [Stand: 26.02.2026].

20 Vgl. zu Ingrid Psimmas (1945-2009), Mitglied des Bayerischen Landtags für die Grünen von 1986-1990: <https://www.bayern.landtag.de/abgeordnete/abgeordnete-von-a-z/profil/ingrid-psimmas/> [Stand: 26.02.2026].

konnten. Rückblickend stellte Bause fest: „Als wir dann aber zum ersten Mal in diesen ehrwürdigen Gemäuern waren, haben wir schon sehr viel Ablehnung und Aggressivität uns gegenüber gespürt. Das war damals wirklich die prägende Stimmung uns gegenüber. Das heißt, das war ein Kulturschock für beide Seiten: für uns, weil wir dann in diesen Zusammenhängen Politik machen mussten, weil wir uns an bestimmte Strukturen wie z. B. an die dortige Geschäftsordnung mit ihren Vorgaben und Zeitplänen halten mussten.“²¹

1990 verzichtete Margarete Bause zunächst auf eine weitere Landtagskandidatur, denn sie war gerade Mutter geworden und es war ihr wichtig, ihr Studium der Soziologie und Politikwissenschaft 1995 abzuschließen: „Ohne Studienabschluss und Beruf wird man von der Politik abhängig.“²² Nach dem Verzicht auf eine erneute Landtagskandidatur suchte sie neue Herausforderungen. Inmitten der Reformdebatten innerhalb der Grünen zu Beginn der 1990er Jahre wurde sie aufgefordert, für den Landesvorstand in Bayern zu kandidieren. Mit Unterstützung ihres Mannes konnte sie die Vereinbarkeit von Familie und politischer Aufgabe sicherstellen, da er sich bereit erklärte, die Familienarbeit mit zu übernehmen.

Margarete Bause setzte nun ihr politisches Engagement auf Parteiebene durch ihre Tätigkeit als Landesvorsitzende von 1991 bis 1993 und von 1998 bis 2003 fort. Nach der Fraktionsarbeit im Bayerischen Landtag widmete sie sich jetzt als Landesvorsitzende der Weiterentwicklung der Partei. Als wichtiges neues Politikfeld hatte sie dabei die Medienpolitik für die Partei entdeckt. Sie gründete einen Arbeitskreis Medienpolitik im Landesverband der Grünen in Bayern, um das Thema auch in die Bundesarbeitsgemeinschaft einzubringen und damit eine neue Thematik in der Partei fest zu verankern. Früh und gleichzeitig nachhaltig setzte sich Margarete Bause für das Arbeiten mit dem Medium Internet und den Sozialen Netzwerken ein.

”

„Ich möchte, dass die Grünen die Kommunikationstechnik nicht ablehnen, sondern für den demokratischen Prozess einsetzen.“²³

21 Margarete Bause im Gespräch (wie Anm. 7).

22 Margarete Bause, in: Maximilianeum 5 (1990), S. 52.

23 Zit. nach: Balke (wie Anm. 4), S. 102.

Es war ihr wichtig die Grünen dafür zu sensibilisieren, das Internet auch als wichtiges Kommunikationsmittel im Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern gezielt zu nutzen. „Der Vorteil ist, dass man nicht nur Infos abrufen, sondern auch geben kann, und zwar genau an jene Zielgruppe, die man erreichen will.“²⁴ Im Jahr 2000 stieß sie maßgeblich mit dem Kongress „Green the Future“²⁵ innerhalb der Grünen-Partei technologie- und zukunftspolitische Debatten an und prägte damit nachhaltig den bis heute wesentlichen grünen Grundsatz der Vereinbarkeit von Ökologie und Ökonomie.

Margarete Bause bezeichnete rückblickend diese intensive Parteiarbeit als eine wichtige Ergänzung zu ihren Erfahrungen als Fraktionsvorsitzende im Bayerischen Landtag. Die Arbeit im Landesverband bot hier im Vergleich zur Fraktionsarbeit unterschiedliche Schwerpunkte und Vorteile. In der Fraktionsarbeit sah sie mehr direkte Handlungsmöglichkeiten, da dort politische Themen auf die Tagesordnung gesetzt und der politische Gegner zu Stellungnahmen aufgefordert werden konnte. Die Fraktionsarbeit ermöglichte konkret an landespolitischen Themen zu arbeiten und erzielte durch die parlamentarische Tätigkeit unmittelbare Wirkung. An der Arbeit im Landesverband hingegen schätzte Margarete Bause die größere Freiheit und in größeren Zusammenhängen denken zu können: „Im Parlament müssen nun einmal bestimmte Themen in einer bestimmten Form und zu einem bestimmten Zeitpunkt thematisiert werden, in der Partei hat man also mehr Freiheiten ein bisschen längerfristig zu denken, größer zu denken, in anderen Zusammenhängen zu denken. Im Landtag hingegen muss man immer darauf achten, was landespolitisch relevant ist, was auf Landesebene verändert, gestaltet werden muss. Als Partei hat man einfach den größeren Fokus.“²⁶ Denn die Partei kann gesellschaftliche Diskussionen anstoßen, sie weiterentwickeln und Veränderungen vorantreiben, ohne an die engen Vorgaben des parlamentarischen Betriebs gebunden zu sein. Insgesamt bewertete Margarete Bause die Zusammenarbeit zwischen

24 Ebd.

25 Vgl. dazu: <https://web.archive.org/web/20160304141650/http://www.blz.bayern.de/blz/publikationen/katalog/beschreibungen/500089.html> [Stand: 26.02.2026].

26 Margarete Bause im Gespräch (wie Anm.7).



Im Straßenwahlkampf 2017
Foto: Picture Alliance/Fotograf: Robert Haas

Fraktion und Partei als wesentlich, da beide Ebenen sich ergänzen und gemeinsam gesellschaftliche Veränderungen bewirken können. Für sie war es eine wichtige Erfahrung in beiden Bereichen tätig gewesen zu sein.

Bei der Landtagswahl 2003 gelang ihr die Rückkehr in den Bayerischen Landtag; sie engagierte sich nunmehr mit verschiedenen politischen Schwerpunkten vor allem in der Bildungs- und Umweltpolitik sowie einer nachhaltigen Wirtschafts- und Medienpolitik. Ebenso stand sie nun wieder an der Spitze der Fraktion zunächst mit Sepp Dürr und ab 2008 mit Sepp Daxenberger²⁷.

Bei den Landtagswahlen 2013 führte Margarete Bause ihre Partei Bündnis90/Die Grünen als Spitzenkandidatin an; und sicherte ihren erneuten Einzug ins Maximilianeum mit einem Wahlergebnis von 8,6 Prozent.²⁸ Auch im neugewählten Landtag

leitete sie die Fraktion der Grünen zusammen mit ihrem Fraktionskollegen Ludwig Hartmann und arbeitete u.a. im Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen mit.

Abschied vom Bayerischen Landtag und Aufbruch in den Deutschen Bundestag

Nachdem Bause 2002 das Angebot, bei den Bundestagswahlen zu kandidieren, abgelehnt hatte, entschied sie sich nach mehr als 19 Jahren des politischen Einsatzes in der bayerischen Landespolitik dafür, auf die Bundesebene zu wechseln. Bei den Bundestagswahlen 2017 trat sie für den Wahlkreis München-Ost an und zog auf Anhieb auf der Landesliste von Bündnis90/Die Grünen in den Deutschen Bundestag ein. Durch ihren Wechsel nach Berlin auf die Bundesebene, legte sie ihr Mandat im Bayerischen Landtag nieder. Zu wichtigen Aktiva ihres politischen Engagements im Landtag zählte sie den Kampf gegen die Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf, den Ausstieg aus der Atomenergie, die Stärkung der Frauenrechte, die Durchsetzung der Quote, erst innerparteilich und dann sukzessive in anderen Bereichen, sowie den Einsatz für verschiedene Volksbegehren, wie beispielsweise die Abschaffung der Studiengebühren und den Nichtraucherschutz. Als besondere persönliche

27 Sepp Daxenberger gab das Amt des Co-Fraktionsvorsitzenden kurz vor seinem Tod 2010 an Martin Runge ab, der mit Bause bis zum Ende der 16. Wahlperiode zusammenarbeitete.

28 Vgl. zum Ergebnis der Landtagswahl von 2013: <https://www.bavariathek.bayern/medien-themen/portale/geschichte-des-bayerischen-parlaments/landtage-seit-1819/landtag/374.html> [Stand: 26.02.2026].



Margarete Bause auf einer Kundgebung vor dem Innenministerium in München. Die Forderung: ein sofortiges bayerisches Aufnahmeprogramm für alleinlebende Frauen mit und ohne Kinder, für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und für Menschen mit Behinderung
Foto: Picture Alliance/Fotograf: Peter Kneffel

Erlebnisse wertete sie die Wahl zur Spitzenkandidatin der bayerischen Grünen für die Landtagswahl 2013 und die Begegnung mit dem Künstler und Menschenrechtsaktivisten Ai Weiwei 2014 in Peking.²⁹ Auch die Bedeutung der Oppositionsarbeit unterstrich die Politikerin in einem Interview als essenziell für die Demokratie, da sie politische Optionen aufzeigt und den demokratischen Diskurs ermöglicht. Sie bezeichnete Opposition als Grundlage für Veränderung und als Mittel, um gesellschaftliche Mehrheiten zu erkämpfen.³⁰

Margarete Bause gehörte von 2017 bis 2021 dem Deutschen Bundestag als Abgeordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an und wirkte im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe. Zudem engagierte sie sich als stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Als Sprecherin der Menschenrechte ihrer Fraktion setzte Bause sich nachdrücklich für zentrale Anliegen ein: den Schutz von Kindern vor Gewalt, den Zugang zu Bildung, einen würdigen Umgang mit Pflegebedürftigen sowie die chancengleiche Teilhabe von Menschen mit Behinderungen.

Sie trat für ein solidarisches Europa ein, betonte die Bedeutung der zivilen Seenotrettung und sprach sich gegen deren Kriminalisierung aus. Ferner sprach sie sich für ein starkes Lieferkettengesetz mit Sanktionen und Haftung aus, um Menschenrechte in Unternehmen weltweit durchzusetzen

29 Vgl. dazu: Margarete Bause bei der Fragebogenaktion im Bayerischen Landtag anlässlich der Ausstellung „Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort!“ – Frauen gestalten Politik in Bayern (wie Anm. 12).

30 Vgl. dazu: Margarete Bause im Gespräch (wie Anm. 7).

und Ausbeutung zu beenden. Bause forderte eine menschenrechtsorientierte Außenpolitik ein. Außerdem unterstrich sie die Verknüpfung von Klima- und Menschenrechten: Die Politikerin betonte, dass Klimaschutz ein unmittelbarer Schutz der Menschenrechte sei, da Extremwetter und Ressourcenknappheit zu Armut, Flucht und Konflikten führen könnten.³¹

“ Es ist etwas Schönes, etwas Angenehmes, sich zusammen mit anderen Menschen für eine Sache einzusetzen, Dinge verändern zu wollen, gemeinsam in Gruppen zu arbeiten, zu einem gemeinsamen Ergebnis zu kommen und Erfolg zu haben, etwas auch gegen Widerstände durchsetzen zu können. (...) So etwas macht eben auch Spaß: Es ist also eine innere Freude und eine Lust, etwas zu tun. Ich glaube wirklich, dass man nur aus dieser Lust heraus Veränderungen erreichen kann. Diese Lust ist ansteckend und bringt dann auch andere dazu mitzumachen, was wiederum neue Freude bringt.“³²

Bei der Bundestagswahl 2021 verlor sie bei der Kampfabstimmung parteiintern das Direktmandat München – Ost an die 29-jährige Vaniessa Rashid. Nach der ersten Enttäuschung entschied sie sich mit einem Listenplatz in den Bundestagswahlkampf zu ziehen. Denn sie war der Ansicht, dass sich die Grünen nicht „zwischen frischem Schwung und erfahrenen Leuten entscheiden müssten. Wir haben die Chance, die Fraktion zu verdoppeln, können also beides haben.“³³ Da damals die Chancen für eine Regierungsbeteiligung der Grünen aussichtsreich waren, hatte sie gehofft erneut in den Bundestag einzuziehen zu können, was ihr mit Listenplatz 22 jedoch nicht gelang. Nach ihrem Ausscheiden aus dem Bundestag zog sich Margarete Bause nach mehr als

31 Vgl. dazu die verschiedenen Reden Margarete Bauses im Deutschen Bundestag in der 19. Wahlperiode (2017-2021): <https://www.bundestag.de/mediathek?filterset=wp19&rednerid=9032&scroll=mod536668> [Stand: 26.02.2026].

32 Vgl. dazu: Margarete Bause im Gespräch (wie Anm. 7).

33 Vgl. dazu: „Bause kämpft weiter um den Einzug in den Bundestag“ in: SZ vom 8. April 2021.

35 Jahren aus der aktiven Politik zurück, engagiert sich jedoch weiterhin u.a. im Vorstand der Petra-Kelly-Stiftung. Für ihren jahrzehntelangen politischen Einsatz erhielt sie die bayerische Verfassungsmedaille in Silber und in Gold. 2022 wurde sie mit dem Bayerischen Verdienstorden ausgezeichnet. Die Entscheidung in die Politik zu gehen hat sich für sie als die richtige erwiesen.

”

„Es gab zum Beispiel auch diese berühmte Reißverschlussredeliste, d. h. dass getrennte Männer- und Frauenredelisten geführt wurden, die dann wie bei einem Reißverschluss nacheinander eingefädelt wurden, damit nicht immer nur und permanent Männer vorne am Redepult stehen. Das sind so die Strukturen, die einfach mit dazugehören, wenn man Gleichberechtigung glaubwürdig verkörpern will. Diese Strukturen habe ich damals zusammen mit anderen Parteimitgliedern entwickelt und dort auch durchgesetzt. Diese Strukturen waren so erfolgreich, dass sie nicht nur heute noch gültig sind bei uns, sondern dass andere Parteien sie sogar zum Vorbild genommen haben.“³⁴

Rückblickend sieht Margarete Bause mit Zufriedenheit auf die Politik der Grünen in Bayern zurück, denn in der konsequenten Oppositionsarbeit und dem Einbringen von alternativen Konzepten konnten sie zu gesellschaftlichen Veränderungen beitragen. Als Beispiele führt sie den Widerstand gegen die Gentechnik in der Landwirtschaft und den Kampf gegen die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf an. Bei beiden Themen konnten sie – trotz anfänglicher Skepsis – ein Umdenken in der Gesellschaft und auch bei anderen Parteien erreichen. Zudem betont sie die Rolle der Grünen bei der Förderung von Gleichberechtigung, insbesondere durch die Einführung von Quoten und Frauenförderprogrammen innerhalb der Partei, die später auch von anderen Parteien praktiziert wurden.

Auch wenn sich der Frauenanteil seit ihren Anfängen in der Politik in den Parlamenten deutlich



verbessert hat, unterstreicht Margarete Bause die Bedeutung von Frauen in der Politik, da sie aufgrund ihrer anderen Lebensrealitäten und -erfahrungen wichtige Perspektiven in die Politik einbringen können. Themen wie Kinderbetreuung, Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie Verantwortung für kommende Generationen werden von Frauen oft anders wahrgenommen und diskutiert. Sie sieht es als wesentlich an, dass Frauen ihre spezifischen Erfahrungen und Anliegen in die politische Debatte einbringen, um die Gesellschaft zu verändern und die Gleichberechtigung voranzutreiben. „Diese andere Lebensrealität bringen sie dann eben auch in der Politik zur Sprache, d. h. sie passen sich nicht den Vorgaben an, was angeblich politisch bzw. unpolitisch ist. Das verändert die politische Diskussion dann auch tatsächlich.“³⁵ Dennoch verweist sie auch darauf, dass Frauen in der Politik oft unter einem zusätzlichen Druck stehen, sich beweisen zu müssen, da sie in der Vergangenheit häufig in der Minderheit waren. Jedoch stellt sie fest, dass mit der zunehmenden Normalität von Frauen in politischen Führungspositionen bis hin zur ehemaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel, sich ein allmählicher Wandel vollzogen hat.³⁶ 🟢

Margarete Bause erhält den bayerischen Verdienstorden. Foto: Picture Alliance/Fotograf: Sammy Minkoff

34 Vgl. ebd. S. 6.

35 Vgl. ebd.

36 Vgl. dazu: Margarete Bause im Gespräch (wie Anm. 7).

„EIN ÜBERLEBEN LANG“

– DIE GESCHICHTE DES EDGAR KUPFER-KOBERWITZ ALS GRAPHIC NOVEL

„Es ist deine Pflicht, dass du das alles einmal erzählst, dass du es den Menschen sagst, was hier geschehen ist. ... Das bist Du uns als Kamerad schuldig.“¹



Titelblatt der
Graphic Novel
„Ein Überleben
lang“
Design: *navos
create/Golde-
ner Westen De-
sign Agentur*

Im Jahr 1940 wird der deutsche Schriftsteller Edgar Kupfer-Koberwitz, der auf Ischia lebt und arbeitet, von italienischen Behörden an das NS-Regime ausgeliefert, das ihn verhaftet und als Regimegegner in das KZ-Lager Dachau verbringt. Kupfer-Koberwitz, der zunächst gar nicht weiß, was man ihm vorwirft, durchlebt als politischer Häftling einen schier endlosen Leidensweg und wird Zeuge, wie Tausende von Häftlingen schutzlos der Willkür der sadistischen Wachmannschaft ausgesetzt sind. Viele werden gefoltert, leiden an Hunger und Krankheiten,

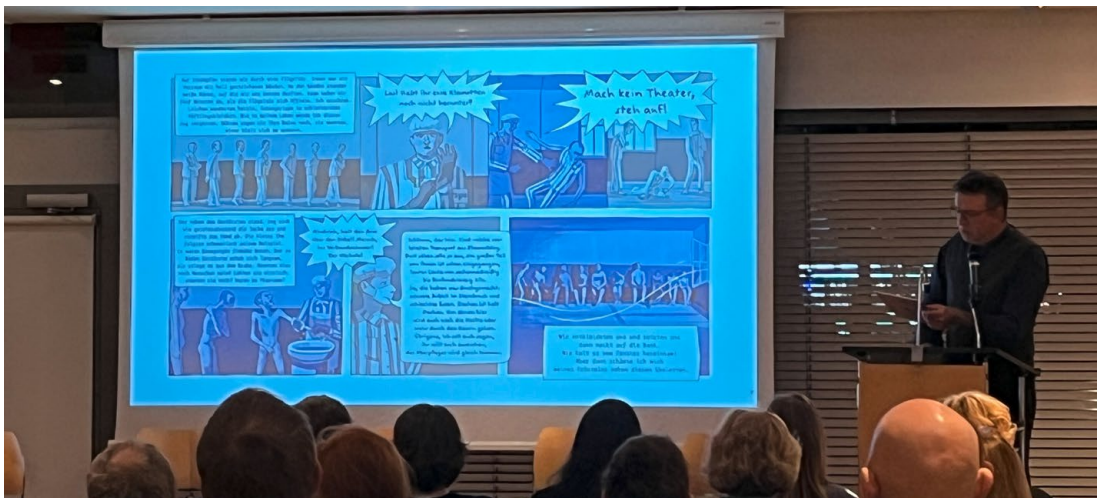
werden zu schwersten Arbeiten gezwungen, die darauf ausgelegt sind, möglichst viele Menschen zugrunde zu richten. Am schlechtesten geht es den Juden im Lager. Tausende sterben an den Folgen der menschenunwürdigen Bedingungen.

Von seinen Mithäftlingen wird Kupfer-Koberwitz aufgefordert, als Schriftsteller Zeugnis zu geben von den unvorstellbaren Zuständen im Lager. Er begreift das als seinen pflichtmäßigen Auftrag und wagt es, seine Tagebuchaufzeichnungen, versteckt im Boden eines Lagers, zu deponieren. Sie konnten 1945 geborgen werden.

In zwei Werken, dem Buch „Die Mächtigen und die Hilflosen“ in zwei Bänden sowie seinen posthum veröffentlichten Tagebuchaufzeichnungen, schildert er die Unmenschlichkeit, den Sadismus und beispiellosen Zynismus der NS-Aufseher, die die Häftlinge während der Arbeit auch noch dazu zwingen, fröhliche Lieder zu singen und so nach außen hin den Anschein einer geordneten Lagerkultur vorzugeben.

Die dokumentierenden Erzählungen Edgar Kupfer-Koberwitz' gehören zu den bedeutendsten unmittelbaren Quellen der Geschichte des KZ Dachau. Aufbauend auf der täglichen pädagogischen Arbeit hat sich die Bildungsabteilung der Gedenkstätte vor zwei Jahren entschieden, seine Geschichte als Graphic Novel zu gestalten – für diejenigen, die keine 2.000 Seiten lesen wollen, aber auch für ein jüngeres Publikum, das sich über das visuelle künstlerische Medium der Graphic Novel dem Thema gut nähern kann.

1 Edgar Kupfer-Koberwitz: Die Mächtigen und die Hilflosen. Als Häftling in Dachau, Stuttgart 1957, S. 220.



Der Schauspieler und Sprecher Peter Wolter bei der szenischen Lesung der Graphic Novel
Foto: Gregor Köstler/BLZ

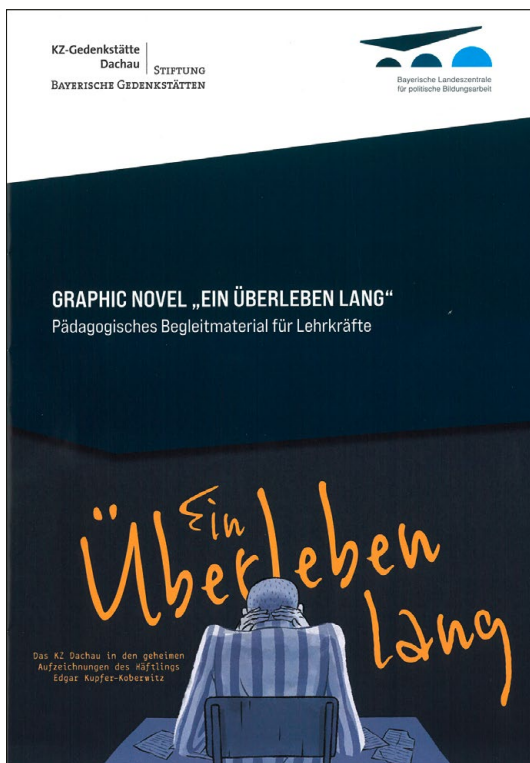
Gerade in der politischen Bildung haben sich Graphic Novels als wirkungsvolles Medium erwiesen. Die Kombination aus Bild und Text eröffnet neue Perspektiven auf historische Ereignisse und politische Zusammenhänge. Visuelle Darstellungen können Emotionen und Atmosphäre vermitteln, während der begleitende Text historische Kontexte und individuelle Erfahrungen einordnet. Für viele Leserinnen und Leser – insbesondere für Jugendliche – entsteht dadurch ein niedrigschwelliger,

zugleich aber inhaltlich anspruchsvoller Zugang zu Geschichte und Politik.

Die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit (BLZ) setzt seit einigen Jahren verstärkt auf dieses Format und hat damit begonnen, ein Graphic-Novel-Zentrum aufzubauen. Zahlreiche Veröffentlichungen zeigen, wie sich politische Geschichte und gesellschaftliche Debatten in dieser Form anschaulich und differenziert darstellen lassen und welches Potenzial das Genre besitzt: Historische Forschung, dokumentarische Quellenarbeit und künstlerische Gestaltung verbinden sich zu einer erzählerischen Form, die Wissen vermittelt und zugleich zum Weiterdenken anregt.

Die Graphic Novel „Ein Überleben lang“ greift Kupfer-Koberwitz' historische Aufzeichnungen auf und macht sie in einer eindringlichen visuellen Erzählform zugänglich. Zahlreiche Passagen basieren unmittelbar auf Originalzitaten aus den Notizen Kupfer-Koberwitz', wodurch eine enge Verbindung zwischen historischer Quelle und künstlerischer Darstellung entsteht. Auch die Bildgestaltung orientiert sich weitgehend an historischen Fotografien und dokumentierten Orten des ehemaligen Lagers, von denen einige heute noch auf dem Gelände der KZ-Gedenkstätte erkennbar sind.

Die gedruckte Ausgabe der Graphic Novel sowie die Handreichung wurden am 19. März in der Evangelischen Stadtakademie München im Rahmen einer szenischen Lesung und einer anschließenden Podiumsdiskussion erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt.



Die Handreichung zur Graphic Novel
Design: navos create/Goldener Westen Design Agentur



INFO

Die Graphic Novel und die Handreichung sind online im Bestellshop erhältlich. Lehrkräfte können die Graphic Novel auch im Klassensatz bestellen.



[KOMMUNALWAHLEN 2026]

ZUR EINORDNUNG UND ANALYSE DER KOMMUNALWAHLEN IN BAYERN AM 8. MÄRZ 2026

von Simon Bein

Kommunen: Die Demokratie ganz nah

Der Begriff Demokratie setzt sich zusammen aus den griechischen Wortteilen ‚*Demos*‘ („das Volk“) und ‚*Kratos*‘ („die Herrschaft“) und meint folglich „die Herrschaft des Volkes“. In der langen

war die Demokratie die größte Zeit ihres Bestehens nur in sehr begrenzten Räumen vorhanden.

Die Athener zum Beispiel trafen sich schon um 500 v. Chr. vierzig Mal im Jahr auf einem Hügel zur gemeinsamen Vollversammlung, der *Ekklesia*.¹ Wikingerstämme kamen zwischen 600 und 1000 n. Chr. in runden Steinansammlungen, dem *Thing*, zusammen,



Versammlungs-
orte der Wiking-
er: ein Stein-
kreis in Nähe
der Ostsee
Bild: Picture Alli-
ance/Fotograf:
Bernhard Klar

Geschichte hat diese politische Ordnungsform jedoch sehr unterschiedliche konkrete Formen angenommen. Eine der zahlreichen Transformationen war die von der unmittelbaren, direkten Demokratie hin zur repräsentativen Demokratie. Tatsächlich

1 Georg Eckert/Thorsten Beigel: Geschichte der Demokratie. Von der Antike bis in unsere Zeit, Stuttgart 2023, S. 107.



Appenzeller während der Abstimmung. Auf der Versammlung der Landsgemeinde am 30. April 1989 in Hundwil räumten die Herren im Schweizer Kanton Appenzell ihren Mitbürgerinnen nun auch auf Gemeindeebene das Wahlrecht ein. Die Landsgemeinde ist eine Bürgerversammlung unter freiem Himmel. Abstimmungen über politische Entscheidungen erfolgen nicht in geheimer Wahl, sondern durch Handzeichen.

Foto: Picture Alliance/Keystone

um (vor-) demokratisch zu beraten. Weitere unabhängige Ursprünge der Demokratie sind um 1500 n. Chr. aus den heutigen Gebieten Syriens und Irans sowie aus Mittelamerika bekannt, ebenfalls immer in kleinen Gebieten oder bei festen sozialen Einheiten.² Gemeinsam ist diesen Ursprüngen der Demokratie die Entstehung in kleinen Räumen: In einer relativ begrenzten Gruppe von Menschen herrschte die Vorstellung vor, alle Mitglieder seien von sich aus gleich (in Athen waren dies aber beispielsweise nur die freien erwachsenen Männer). Aus dieser Situation heraus entstanden dann Verfahren und Formen der kollektiven Selbstbestimmung.³ Erst mit der Gründung von Nationalstaaten durchläuft die Demokratie dann eine weitere Transformation hin zur repräsentativen Demokratie, in der das Prinzip der direkten Mitbestimmung durch das Repräsentationsprinzip ersetzt wurde. Ein bekanntes Beispiel dafür: Durch den „Rütli-Schwur“ schlossen sich Gesandte dreier Schweizer Kantone 1291 n. Chr. zu einem gemeinsamen Bündnis zusammen.⁴

Im Inneren haben viele moderne Demokratien ihre Einteilung in weitere untergeordnete Ebenen behalten (Zentralstaat, Gliedstaaten, Bezirke, Kommunen). Im Schweizer Kanton Appenzell wird nach wie vor jährlich die Landsgemeinde abgehalten, eine Vollversammlung aller stimm- und wahlberechtigten Einwohner, in der per Handheben abgestimmt wird. Diese föderale Struktur vieler Demokratien bezweckt, dass sich die Menschen in den Teilgebieten selbstständig um die Probleme kümmern können, die nur sie betreffen. Das bezeichnet man als Subsidiaritätsprinzip. Daher sind auch die Hürden für eine aktive Beteiligung niedriger, was die Kommune zu einer Art „Schule der Demokratie“ macht: Entscheidungen können stärker vom konkreten Bedarf abhängig gemacht werden; die höheren politischen Ebenen werden entlastet und widmen sich den übergeordneten Aufgaben; Gemeinden stoßen Innovationen an und erzielen so Nachahmungseffekte; schließlich ergeben sich für die Bürgerinnen und Bürger eine Vielzahl von niedrigschwelligen Partizipationsmöglichkeiten beispielsweise in Parteien, Bürgerinitiativen oder Stadtteilprojekten.⁵

2 John Keane: *The Life and Death of Democracy*, Sydney 2009.

3 Robert A. Dahl: *On Democracy*, New Heaven/London 1998, S. 9 f.

4 Michael Becker: Einführung in das politische System der Bundesrepublik Deutschland, Opladen/Toronto 2022, S. 281-285.

5 Tom Mannewitz/Wolfgang Rudzio: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 2022, S. 359.

In ihrem tatsächlichen Entscheidungsspielraum stehen die Kommunen allerdings am Ende der „föderalen Nahrungskette“, was auch ausschlaggebend für zunehmende finanzielle Schwierigkeiten ist.⁶ Zu den maßgeblichen Kompetenzen der Kommunen in Deutschland gehören Aufgaben der Selbstverwaltung, zum Beispiel von Theatern und Museen, der Unterhalt von Straßen und öffentlicher Infrastruktur sowie die Aufsicht über Bauvorhaben, Landschaftsschutzprojekte oder die Abfallbeseitigung. Hinzu kommt die „Organhilfe“ für Land und Bund, indem deren Gesetze umgesetzt werden.⁷

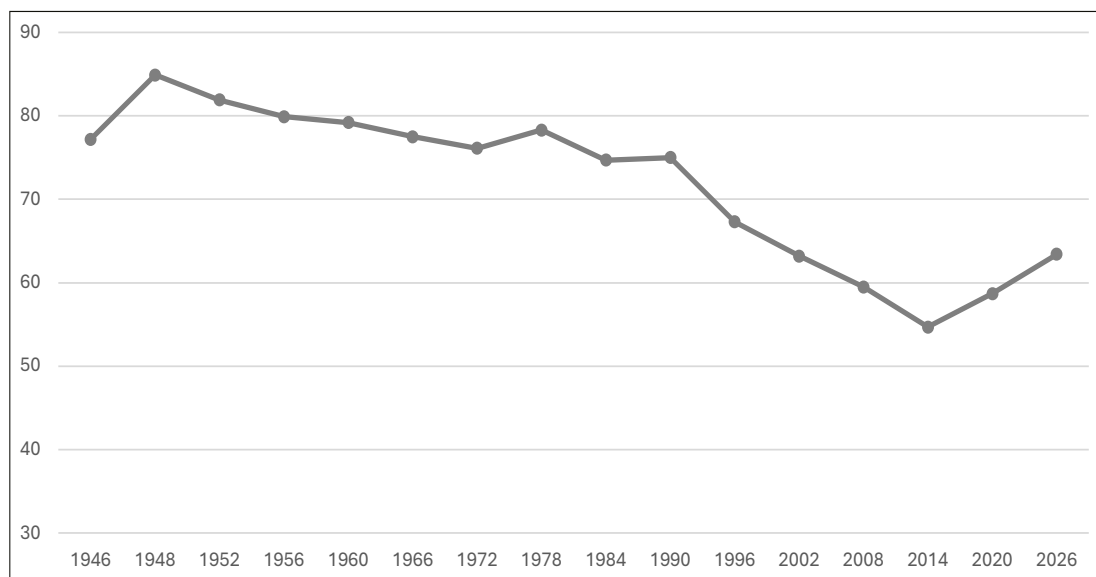
Trotz der hohen demokratietheoretischen Bedeutung als Schule der Demokratie galten Kommunalwahlen daher lange eher als unpolitisch, wenig ge-

Wer und was wird gewählt? Zur Struktur der kommunalen Ebene in Bayern und ihrer Akteure

Am 8. März 2026 fanden in Bayern nach Ablauf der regulären Wahlperiode von sechs Jahren die Kommunalwahlen statt. Diese werden auch als allgemeine Gemeinde- und Landkreiswahlen bezeichnet. Die kommunale Ebene im Freistaat Bayern besteht aus insgesamt 25 kreisfreien Städten, 71 Landkreisen und 2.031 kreisangehörigen Gemeinden. Abgehalten wurden Personen- und Gremienwahlen. Turnusmäßig fand überall dort über die Personenwahl die Wahl der Oberbürgermeister

Abbildung 1: Entwicklung der Wahlbeteiligung bei bayerischen Kommunalwahlen.

Quelle: Eigene Darstellung. Daten des Bayerischen Landesamts für Statistik. Angaben in Prozent.



prägt von den großen parteipolitischen Frontlinien und stärker verwaltungstechnisch bedingt. In jüngerer Zeit steigt allerdings die Politisierung – auch in Zusammenhang mit einer gesellschaftlichen Polarisierung – und der konfliktorientierte Parteienwettbewerb prägt auch die Kommunen immer mehr.⁸ Die Wahlbeteiligung ist mithin bei den letzten beiden bayerischen Kommunalwahlen wieder deutlich gestiegen (s. Abb. 1).

und Oberbürgermeisterinnen (OB) (in kreisfreien Städten), der Ersten Bürgermeister und Bürgermeisterinnen (in Gemeinden) sowie der Landräte und Landrätinnen (in Landkreisen) statt. Über die Gremienwahl wurde die Zusammensetzung der Gemeinde- bzw. Stadträte bestimmt. Auf Landkreisebene waren die Kreistage zu wählen. Einzig in der Landeshauptstadt München wurden zusätzlich auch die Bezirksausschüsse der jeweiligen Stadtbezirke gewählt.⁹ Damit waren in ganz Bayern

6 Bertelsmann-Stiftung: Kommunalreport 2025, Gütersloh 2025. <https://www.bertelsmannstiftung.de/de/publikationen/publikation/did/kommunaler-finanzreport-2025> [Stand: 15.03.2026].

7 Mannewitz/Rudzio (wie Anm. 5), S. 360.

8 Ebd.

9 In einigen Kommunen oder Landkreisen fand nur die Gremienwahl statt, weil – zum Beispiel in Würzburg oder Ingolstadt – die Personenwahl (des Oberbürgermeisters oder der Landrätin) außerhalb des regelmäßigen Turnus stattfand (zum Beispiel aufgrund von Rücktritten).

über zehn Millionen Stimmberechtigte zur Wahl aufgerufen, um mehr als 39.000 Mandate zu vergeben. Auch EU-Bürgerinnen und Bürger ohne deutsche Staatsbürgerschaft, die seit mindestens zwei Monaten ihren Hauptwohnsitz in einer bayerischen Gemeinde haben, waren stimmberechtigt.

Zentrales Merkmal kommunalpolitischer Akteure ist ihre größtenteils ehrenamtliche Stellung.¹⁰ Für die Stadt München beispielsweise gilt, dass der Oberbürgermeister für die Dauer seines Mandats kommunaler Beamter und damit mit einem Jahresverdienst von etwa 220.000 Euro hauptberuflich angestellt ist.¹¹ Der Stadtrat hingegen ist ein ehrenamtliches Gremium, dessen Mitglieder lediglich eine Aufwandsentschädigung erhalten.¹² Das Problem der Überlastung im Ehrenamt ist groß, die Tätigkeit entspricht häufig mindestens einem Halbtagesjob.¹³ Eine Studie über ehrenamtliche Bürgermeister in Deutschland¹⁴ berichtet für Bayern sogar über eine durchschnittliche Arbeitszeit von 40 Wochenstunden. Insgesamt erscheint es unter diesen Bedingungen nicht verwunderlich, dass es in der Kommunalpolitik eine gewisse Schiefelage in der Repräsentativität gibt: Frauen sind unterrepräsentiert, Lehrer, Rentnerinnen, Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst tendenziell überrepräsentiert, was auch mit deren besserer „Abkömmlichkeit“¹⁵ für die kommunalpolitische Tätigkeit erklärt werden kann.

Besonderheiten des Wahlrechts: Große Stimmzettel und viel Auswahl

Das Kommunalwahlrecht räumt den Wählerinnen und Wählern bei der Gremienwahl besonders viel Entscheidungsspielraum ein, indem sie durch das sogenannte „Panaschieren“ und „Kumulieren“ die Stimmzettel bearbeiten können. Gleichermaßen erhöht sich dadurch die Komplexität des Wahlrechts und auch die Größe des Stimmzettels enorm. Bei der Personenwahl hingegen ist nur eine Stimme für einen Kandidaten oder eine Kandidatin zu vergeben. Erhält im ersten Wahlgang keine Person mindestens die Hälfte aller Stimmen (also eine absolute Mehrheit), treten die beiden Bestplatzierten in einer Stichwahl erneut gegeneinander an. Zwei Besonderheiten sind bei der Personenwahl des Weiteren zu nennen: Steht in einer Gemeinde höchstens eine Person zur Wahl, können die Stimmberechtigten auch jeden anderen Namen eines Gemeindemitglieds auf den Zettel schreiben. Wird ein Name mit absoluter Mehrheit genannt, ist er oder sie automatisch gewählt. So kommt es, dass Helmut Knaus, Bürgermeister der Gemeinde Philippsreut im Landkreis Freyung-Grafenau, erneut zum Bürgermeister gewählt wurde, obwohl er nach zwölf Jahren Amtszeit nicht wieder angetreten ist. 216 Stimmberechtigte (und damit 57,1 Prozent) haben seinen Namen auf einen leeren Zettel geschrieben.

Bei der Gremienwahl haben die Stimmberechtigten so viele Stimmen, wie insgesamt in dem Gremium Mandate zu vergeben sind. Das reicht von 80 Stimmen in München, 70 Stimmen in Nürnberg bis zu acht Stimmen in Gemeinden mit weniger als 1.000 Einwohnern. Kumulieren bedeutet, dass die Wählerinnen und Wähler einer Person auf der Liste unabhängig von deren Platzierung bis zu drei Stimmen geben können. Panaschieren ermöglicht, dass dies nicht nur innerhalb einer Liste möglich ist, sondern quer über den gesamten Stimmzettel. Gleichermaßen ist es möglich, lediglich ein Kreuz bei der Parteiliste zu machen. In diesem Fall werden die Stimmen von oben nach unten verteilt. Beim Kumulieren und Panaschieren darf insgesamt die Gesamtzahl der Stimmen nicht überschritten werden, sonst wird der Stimmzettel ungültig. Bei den Kommunalwahlen 2026 waren insgesamt über 202.000 Stimmzettel ungültig, was einem Anteil von 3,1 Prozent entspricht. Trotz der hohen Komplexität sind die demokratietheoretischen Vorteile zu nennen, denn die Einflussmöglichkeiten auf das Wahlergebnis sind deutlich größer. Mit diesen wahlrechtlichen Möglichkeiten ist die Kommunalwahl

10 Je nach Einwohnerzahl der Kommune kann der Gemeinderat per Mehrheitsbeschluss den ehrenamtlichen Ersten Bürgermeister auch ins Hauptamt berufen (in Gemeinden zwischen 2500 und 5000 Einwohnern) oder dieser ist per se hauptamtlich im Geschäft (ab 5000 Einwohnern), solange der Gemeinderat nicht explizit widerspricht.

11 Heike Batzer: Wenn der Bürgermeister das Rathaus nebenbei führen muss, Süddeutsche Zeitung 2026. <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/fuers-tenfeldbruck/bayern-buergermeister-ehrenamt-beruf-doppelbelastung-li.3343508?reduced=true>. [Stand: 15.03.2026].

12 Sebastian Krass: Was Oberbürgermeister und Stadträte in München verdienen, Süddeutsche Zeitung 2026. <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-verdienst-oberbuergermeister-stadtrat-kommunalwahl-li.3375709>. [Stand: 15.03.2026].

13 Mannewitz/Rudzio (wie Anm. 5), S. 376.

14 Jörg Bogumil/David Gehne/Anna Louisa Süß: Ehrenamtliche Bürgermeister in Deutschland. Das unbekannte Wesen, Wiesbaden 2024, S. 69.

15 Mannewitz/Rudzio (wie Anm. 5), S. 375.

Der Umgang mit den riesigen Stimmzetteln ist eine Herausforderung für sich.

Foto: Picture Alliance/Fotograf: Wolfgang Maria Weber



stärker personalisiert, Bekanntheit und Sympathie sowie persönliche Kontakte können einzelnen Kandidaten helfen, in der Liste nach oben zu klettern, andere verlieren möglicherweise gegenüber ihrer ursprünglichen Listenposition. Dadurch wird auch der Einfluss der Parteien geringer, die auf Bundesebene die alleinige Hoheit über die Listenplatzierungen haben.

Die Ergebnisse

Im Folgenden werden nun die Ergebnisse der Personen- und Gremienwahlen vom 8. März 2026 dargestellt. Insgesamt ist bei Durchschnittswerten immer zu bedenken, dass es erhebliche Schwankungen geben kann, die bei einem Mittelwert verschleiert werden. Auch innerhalb der kreisfreien Städte unterscheiden sich die Ergebnisse einzelner Parteien je nach Wahlbezirk teilweise erheblich. Während die Grünen bei der Wahl des Stadtrats in München-Sendling beispielsweise fast 35 und die CSU lediglich 15,1 Prozent erzielen konnten, erreichte die CSU in Allach-Untermenzing wiederum 34,6 und die Grünen 20,5 Prozent. Je nach sozio-ökonomischem Milieu oder politisch-kulturellen Spezifika ergeben sich auch innerhalb von Gemeinden und größeren Städten erhebliche Differenzen beim Wahlverhalten.

Die Personenwahl

Bei den OB-Wahlen in den kreisfreien Städten Bayerns konnte in 22 Wahlen nur fünfmal ein Sieger oder eine Siegerin im ersten Wahlgang ermittelt werden. Die einzige kreisfreie Stadt, in der sich die CSU auf Anhieb durchsetzen konnte, ist Kaufbeuren. Sie erreichte dennoch immer mindestens die Stichwahlen. Mit zwei Ausnahmen: In der Landeshauptstadt München kam der CSU-Kandidat nicht die Stichwahl, dort traten Dieter Reiter, der Amtsinhaber von der SPD, und Dominik Krause von den Grünen gegeneinander an. Das Gleiche gilt für Bamberg, wo die CSU-Vertreterin Melanie Huml mit 28,2 Prozent nur den dritten Platz einnahm. Da in vielen großen Städten das Erreichen einer absoluten Mehrheit schwieriger ist und der Anteil der Stichwahlen dort hoch ist, müssen diese Ergebnisse dann auch im Lichte der noch offenen Stichwahlen neu bewertet werden.

Insgesamt 1.896 kreisangehörigen Gemeinden fanden Personenwahlen statt, wovon in 1.648 Fällen bereits im ersten Wahlgang ein Bürgermeister oder eine Bürgermeisterin ermittelt werden konnte. Davon fallen 531 auf die CSU (entspricht 28 Prozent der Fälle), 44 auf die FW, 78 auf die SPD, 4 auf die Grünen, 32 auf sonstige Parteien und ganze 341 auf gemeinsam von mehreren Parteien getragene Wahlvorschläge. Den größten Anteil (605) machen

lokale Wählergruppen aus. In 13 Gemeinden fand die Wahl ohne vorherigen Wahlvorschlag statt. Die Ergebnisse der Landratswahlen sowie der Wahlen zum Ersten Bürgermeister oder Ersten Bürgermeisterin in kreisangehörigen Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern sind in der folgenden Graphik dargestellt.

Hier zeigt sich die Dominanz der CSU eindrucksvoll. Auch die Freien Wähler (FW) können bei der Personenwahl in einigen Landkreisen sehr gute Ergebnisse, vor allem durch die Bekanntheit einiger Kandidaten,¹⁶ einfahren. Tanja Schweiger holte so im Landkreis Regensburg 60,3 Prozent. Durch die häufige Zusammenarbeit der FW mit lokalen

Städten starke Ergebnisse: In Schwabach (63 Prozent), Fürth (72,1 Prozent) und Coburg (51,8 Prozent) stellt die Partei den Oberbürgermeister sowie im Landkreis Schweinfurt den Landrat (59,2 Prozent). Die einzige andere Partei, die es neben CSU, FW und SPD in eine Stichwahl geschafft hat, sind die Grünen (in München, Landsberg am Lech, der Stadt Landshut sowie im Landkreis Würzburg). Daneben gilt dies auch für einige lokale Wahlvereinigungen und Bürgerlisten sowie einige Listen, die von mehreren Parteien getragen wurden. Zwei davon haben sogar die Mehrheit erzielen können: Florian Wiedemann von der Freien Wählergemeinschaft Bayreuth ist mit 52,2 Prozent zum Landrat gewählt

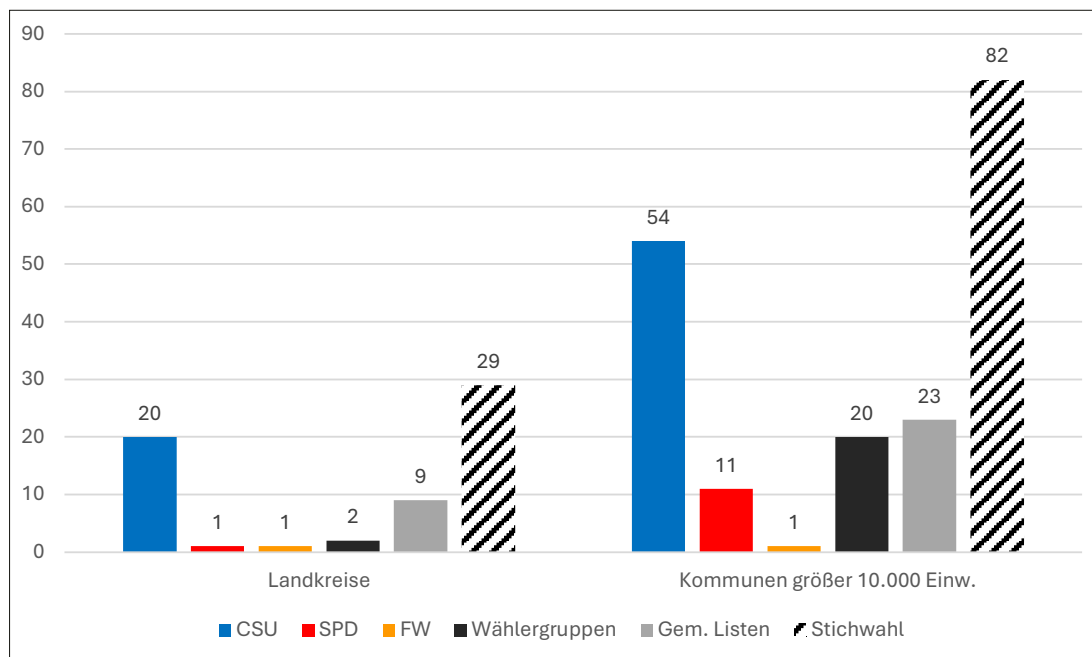


Abbildung 2: Ergebnisse der Personenwahlen in Landkreisen und kreisangehörigen Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern (Sieger im 1. Wahlgang nach Partei)

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik. Eigene Darstellung. Wählergruppen teilweise als lokale Ableger der FW

Wählergruppen sind diese in der Statistik getrennt aufgeführt. Solche Bündnisse der FW mit lokalen Freien Wählergruppen gewannen die Landratswahl in Rhön-Grabfeld (50,6 Prozent), Kitzingen (64,3 Prozent), im Nürnberger Land (51,2 Prozent) und im Unterallgäu (52,6 Prozent). Die SPD zeigt besonders in Franken und in dortigen mittelgroßen

worden, ebenso wie Anton Speer mit 66,2 Prozent in Garmisch-Partenkirchen (Freie Wähler der Landkreisgemeinden).

Damit wird deutlich, dass die CSU insbesondere bei den Personenwahlen immer noch die dominante Kraft auf kommunaler Ebene in Bayern, aber zumindest in den großen Städten weit von einer absoluten Mehrheit entfernt ist. Das betrifft auch den Vergleich mit den letzten Wahlen 2020: In den 25 OB-Wahlen der kreisfreien Städte gewann die CSU zehn, die SPD zwölf und die FDP eine, die übrigen zwei fielen auf gemeinsame Wahlvorschläge mehrerer Parteien.

Offensichtlich bleibt auch die weiterhin fehlende Repräsentation der Alternative für Deutschland (AfD): Kein einziger AfD-Kandidat konnte auch nur in die Stichwahl einziehen. Gute Ergebnisse, die

16 Theresia Eingartner/Markus Hametner/Stefan Kloiber/Sören Müller-Hansen/Oliver Schnuck/Sarah Unterhitzenberger: Welche Parteien die Kommunalwahlen gewonnen haben, Süddeutsche Zeitung 2026. <https://www.sueddeutsche.de/projekte/artikel/bayern/kommunalwahlen-2026-bayern-parteien-gewinner-datenanalyse-e584335/?reduced=true>. [Stand: 15.03.2026].

dennoch nur für Platz drei reichten, erzielte die AfD beispielsweise bei den Landratswahlen in Günzburg (24,2 Prozent), Dingolfing-Landau (18,3 Prozent) und Passau (16,9 Prozent). Allerdings konnte die AfD in vielen Kreisen und Gemeinden keinen eigenen Kandidaten aufstellen.

Die Gremienwahl

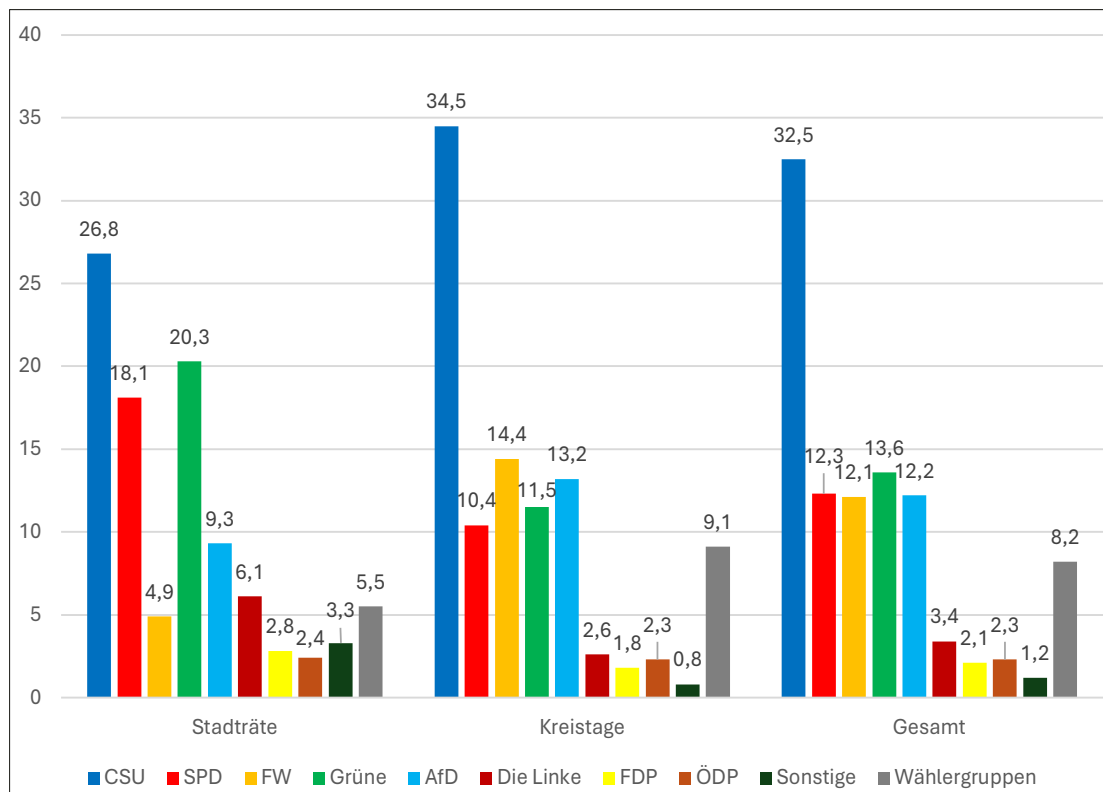
Bei der Gremienwahl fällt die Dominanz der CSU nochmals deutlicher aus. In der Zusammenfassung aller Gremienwahlen (Stadträte, Kreistage sowie Gemeinderäte) entfallen auf die Christlich-Soziale Union 32,3 Prozent. Das sind knapp zwei Prozent weniger als noch 2020, womit sich die Verluste insgesamt in Grenzen halten. Allerdings entspricht dies auch dem schlechtesten bayernweiten Abschneiden der CSU bei Kommunalwahlen seit 1952. Die Freien Wähler liegen bei 12,1 Prozent (plus 0,2) und können ihr Ergebnis von 2020 damit sogar leicht verbessern. Bei der Gegenüberstellung der Gremienwahlen in den kreisfreien Städten und Landkreisen (s. Abb. unten) wird deutlich, dass der Erfolg der FW ein stärker ländliches Phänomen ist und die Partei in den Städten lediglich knapp fünf Prozent der Wähler und Wählerinnen anspricht. Die

Sozialdemokratische Partei Deutschlands kommt bayernweit auf 12,2 Prozent, wobei sich hier der umgedrehte Effekt einer deutlich größeren Wählerschaft in den Städten zeigt (18,1 Prozent). In deren Stadträten stellt die SPD nach Bündnis 90/Die Grünen, die bei den Stadtratswahlen 19,5 Prozent erzielt haben (minus 2,9), die drittstärkste Kraft. Die Grünen verlieren damit knapp vier Prozent im Vergleich zu 2020.

An vierter Stelle liegt die Alternative für Deutschland, die mit 12,2 Prozent und einem Plus von 7,5 Prozent im Vergleich zu 2020 ihre Bedeutung in den kommunalen Parlamenten erheblich ausbauen kann. Auf Landkreisebene ist die AfD mit 13,2 Prozent sogar auf Platz zwei. In den Stadträten bewegt sich der Gewinn der AfD im Vergleich zu 2020 niedriger, bei 4,5 Prozent, was den größeren Zuspruch der Partei auf dem Land verdeutlicht. In den Stadträten fällt außerdem die Linkspartei ins Gewicht, die hier auf durchschnittlich 6,1 Prozent kommt und ihr Ergebnis in den kreisfreien Städten nahezu verdoppelt hat. Auch in den Landkreisen gewann die Partei 1,5 Prozent dazu und ist in zahlreichen Kreistagen vertreten. Die Bedeutung von lokalen Wählergruppen liegt insgesamt bei 8,2 Prozent. Dabei fällt auf, dass die Werte in den Städten deutlich niedriger ausfallen, wo Parteien zum einen weniger Probleme

Kumulierte Ergebnisse der Gremienwahlen

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik. Eigene Darstellung. Angegeben sind die Werte entsprechend der Statistik „Zusammenfassung der Parteien und gemeinsame Wahlvorschläge“.





Plakatwände in München-Waldperlach, Februar 2026
Foto: Picture Alliance/Fotograf: Wolfgang Maria Weber

hatten, eigene Kandidaten aufzustellen und auch unabhängige Bürgervereinigungen eine geringere Bedeutung besitzen als in kleineren Kommunen oder auf Landkreisebene.

Fazit

Welche Erkenntnisse liefern die bayerischen Kommunalwahlen im März 2026? Die CSU dominiert die bayerische Kommunalpolitik trotz des schlechtesten Abschneidens seit 1952 immer noch. Insbesondere bei den Personenwahlen geht der größte Anteil an die Christsozialen. In einigen wenigen Städten kann die SPD ihre vormals insbesondere in den Großstädten dominante Stellung halten. Vor allem bei den Gremienwahlen zeigt sich allerdings, dass die Grünen in München und vielen anderen Großstädten die SPD als Partei des urbanen Großstadtmilieus abgelöst haben. Die AfD hat bayernweit ihre Bedeutung auch auf kommunaler Ebene erheblich ausbauen können und ist in vielen Gremien, insbesondere in ländlichen Gebieten, zweit- oder drittstärkste Kraft. Auch in einigen Städten wie Ingolstadt kann die AfD deutlich zulegen (16 Prozent). Bei den Personenwahlen spielt die Partei keine große Rolle: Im ersten Wahlgang hat neben der CSU nur die SPD in einigen Städten und die Freien Wähler in einigen Landkreisen, zusammen

mit lokalen Wählervereinigungen, direkt gewinnen können. In zwei Großstädten (Bamberg und München) konnten die Grünen zumindest die Stichwahl erreichen.

Durch die starke Präsenz der AfD in vielen Gremien wird das politische Klima voraussichtlich angespannter. Die Demokratie in den Kommunen steht vor der großen Frage, wie sie mit in Teilen radikalen und extremistischen Akteuren umgehen soll. Eine Studie aus Sachsen-Anhalt¹⁷ weist darauf hin, dass „Brandmauer“-Diskussionen um die notwendige Abgrenzung zur AfD auf kommunaler Ebene oft wenig realitätsnah sind.¹⁸ Die Vorteile der kommunalen Ebene liegen ursprünglich in der stärkeren Sachorientierung, einer übergreifenden Kompromiss- und Lösungsorientierung und der geringeren parteipolitischen Aufladung. Die Polarisierung wird nun auch auf der untersten Ebene der Demokratie weiter zunehmen und diese Vorteile womöglich gefährden. Insbesondere in Zeiten, in

17 Nikolas Dietze/Marvin Müller/Mathias Quent: Normalisierung von unten: Das Ringen der AfD um kommunale Ämter, Institut für demokratische Kultur 2024. https://idk-lsa.de/wp-content/uploads/2024/07/Das-Ringen-der-AfD-um-kommunale-Aemter_Bericht.pdf. [Stand: 15.03.2026].

18 Ebd., S. 29.

denen viele Kommunen vor erheblichen finanziellen Schwierigkeiten stehen, viele Bürgerinnen und Bürger zunehmend misstrauisch gegenüber der Demokratie und ihren Institutionen sind und sich enorme Transformationsaufgaben (Energie, Mobilität, Wohnraum etc.) stellen, wurzelt die Stabilität

der und das Vertrauen in die Demokratie auch in der tagtäglichen Erlebbarkeit von Politik in der direkten Umgebung der Bürgerinnen und Bürger. Ambiguitätstoleranz, demokratischer Streit mit klarer Abgrenzung zu den Extremen und effektive Lösungsorientierung sind dafür Voraussetzung!

Viel Wechsel, Abschwächung des Amtsbonus: die Ergebnisse der Stichwahl am 22. März 2026

Bei den Stichwahlen wurden bei allen Personalauswahlungen, die im ersten Wahlgang keinen Kandidaten mit einer absoluten Mehrheit hervorbrachten, die Sieger ermittelt. Dies war in 17 kreisfreien Städten der Fall: Die CSU und die SPD gewannen dabei je sieben Mal das Rennen um das OB-Amt. Die Rathäuser in Aschaffenburg, Ansbach, Hof, Nürnberg, Erlangen, Weiden i. d. Opf. und Landshut gingen an die CSU. Bayreuth, Schweinfurt, Bamberg, Regensburg, Passau, Rosenheim und Augsburg werden zukünftig von einem Oberbürgermeister oder einer Oberbürgermeisterin der SPD regiert. Ein „Paukenschlag“ gelang bei der Stichwahl in der Landeshauptstadt München Dominik Krause von den Grünen, der mit 56,4 Prozent der Stimmen das Rathaus eroberte; seine Partei gewann ebenfalls mit 61,5 Prozent die Landratswahlen im Kreis Landsberg am Lech. Damit stellt neben CSU, SPD und Freien Wählern (FW) auch Bündnis90/Die Grünen einen Landrat,

in diesem Fall mit Daniela Groß eine Landrätin. Bei den übrigen 28 Stichwahlen um die Landratsposten erhielten 17 Kandidaten oder Kandidatinnen der FW (oder mit ihnen verbundener lokaler Wählervereinigungen) die Mehrheit, neun gewann die CSU. Die Freien Wähler stärken damit ihre kommunalpolitische Position deutlich und verdoppeln ihre Landratsposten von 14 auf 28. Ob sich damit auch das koalitionsinterne Verhandlungspotenzial der FW in der Bayerischen Landesregierung, die sie zusammen mit der CSU stellen, ändert, bleibt abzuwarten. Erwähnt seien auch noch die 82 Stichwahlen in kreisangehörigen Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern, in denen 31 die CSU, 9 die FW, 4 die Grünen und 17 die SPD gewann. Die übrigen Wahlen gewannen sonstige Wählervereinigungen, die in den kleineren Gemeinden stärker sind als in großen Städten und Landkreisen. Insgesamt ist festzustellen, dass bisherige Amtsinhaberinnen und –haber vielfach ihre Sitze räumen mussten, das bisher gerade bei Kommunalwahlen häufig zu beobachtende Phänomen des „Amtsbonus“ wurde deutlich abgeschwächt, die Volatilität bei der Stimmabgabe steigt.



LESESTOFF

Die Europäische Union
Autor: Florian T. Furtak



„Die Europäische Union“ von Florian T. Furtak bietet einen klar verständlichen und zugleich fundierten Einstieg in die Strukturen und Prozesse der EU. Das Buch verbindet

kompakte Analysen mit praxisnahen Beispielen und macht komplexe Zusammenhänge greifbar. Ideal für alle, die in der politischen Bildungsarbeit tätig sind

oder sich einen zuverlässigen Überblick verschaffen wollen. Dieses Werk vermittelt Wissen, das motiviert, die europäische Politik aktiv und kritisch zu begleiten.

15. MÄRZ 2011 - EIN TAG, DER DIE GLOBALE POLITIK VERÄNDERTE?



Das Foto zeigt – festgehalten in einem Livestream – den Moment der Explosion eines Reaktor Gebäudes im Kernkraftwerk Fukushima Daiichi am 15. März 2011. Nach einem schweren Erdbeben und einem Tsunami mit tausenden Toten kam es im Nordosten Japans zu Kernschmelzen in mehreren Reaktoren. Das Bild steht für eine der folgenschwersten Nuklearkatastrophen seit dem Reaktorunfall in Tschernobyl am 26. April 1986.

Für Japan bedeutete Fukushima eine langjährige Evakuierung weiter Landstriche, hohe

wirtschaftliche Kosten und eine grundlegende Neuordnung der Energiepolitik, wenn auch keine Abkehr von der Kernenergie. Weltweit wurden Sicherheitsstandards überprüft. In Deutschland leitete die Bundesregierung unter Angela Merkel wenige Monate später den beschleunigten Ausstieg aus der Kernenergie ein. Diese Entscheidung prägt die Energiepolitik bis heute – vom Ausbau erneuerbarer Energien bis zu Debatten über Versorgungssicherheit, Klimaziele und Energiepreise.

EINSICHTEN + PERSPEKTIVEN

Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte

Impressum

Herausgegeben von der Bayerischen
Landeszentrale für politische Bildungsarbeit
Verantwortlich: Rupert Grübl, Monika Franz

Englschalkinger Str. 12, 81925 München
Telefon: 089 9541154-00
Fax: 089 9541154-99

landeszentrale@blz.bayern.de
www.blz.bayern.de

Redaktion

Monika Franz, Gregor Köstler, Nadja Renner

Redaktionsassistentz

Miriam Markert

Titelbildnachweis

Rekrutierplakat mit Uncle Sam aus dem Ersten Weltkrieg,
hier als Blechschild aus den 1960er Jahren
Foto: Picture Alliance/Fotograf: Klaus Steinkamp

Gestaltung

H.-24 Media GbR, Kreativ-Technologie-Agentur,
München

Druck

Aumüller Druck GmbH & Co. KG, Regensburg

BLZ auf Social Media



Die Beiträge stellen keine Meinungsäußerung der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Die Landeszentrale konnte die Urheberrechte ggf. nicht bei allen Bildern dieser Ausgabe ermitteln. Sie ist aber bereit, glaubhaft gemachte Ansprüche nachträglich zu honorieren.

Als editorische Notiz ist zu beachten, dass von der Redaktion der E+P die in Bayern gesetzte Doppelformel („Bürgerinnen und Bürger“) verwendet wird, externen Autorinnen und Autoren jedoch freigestellt ist, eine andere Schreibweise zu wählen.